

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Veretns-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 24. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

An unsre Leser und an die Partei in Berlin

wenden wir uns wieder vor Beginn eines neuen Vierteljahrs.

Das Abonnement auf den „Vorwärts“ muß jetzt erneuert und die Gelegenheit benutzt werden, um den Abonnentenkreis zu erweitern.

Wir haben es nicht nötig, den Genossinnen und Genossen die Bedeutung der Parteipresse klarzumachen. Mit jedem Tag tritt diese Bedeutung schärfer hervor. Mit jedem Tag zeigt es sich mehr, daß die Arbeiterpresse allein es ist, welche nicht bloß die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die der Gesamtheit des deutschen Volks, mit alleiniger Ausnahme der an Zahl schwachen, an Einfluß aber mächtigen Sonderinteressenten, ernsthaft vertritt und vertritt.

Wo ist außerhalb der Socialdemokratie, eine Presse, welche die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum wahrnimmt? Während der langen Reichstagsession, die vor kurzem zu Ende gegangen, hat es sich, jedem sichtbar, offenbart, daß, sobald die Herrschaft und Ausbeutungskraft des Kapitalismus zum Vorteil der Ausgebeuteten beschränkt werden soll, alle auf dem Boden des Kapitalismus stehenden Parteien einmütig zusammenstehen gegen die Socialdemokratie, und selbst für die einfachsten Forderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit taub sind. Wir wollen hier nur auf die Verhandlungen über die sogenannten Arbeiter-Versicherungs-Gesetze hinweisen, die von reklameflüchtigen Streibern dem Publikum als „Socialreform“ angepöbeln werden. Wo ist außer dem „Vorwärts“ ein einziges Blatt in Berlin, das während dieser langen und müherreichen Verhandlungen unsre im Reichstage ringenden Genossen unterstützt und den Arbeitern ein treues Bild dieser Kämpfe geboten hätte?

Mit der Entwicklung des Kapitalismus spitzen naturnotwendig die Klassen- und Interessengegensätze sich immer mehr zu; das ist auf politischem Gebiet ebenso zu bemerken, wie auf dem wirtschaftlichen. Das schlagendste Beispiel liefert die Flottenfrage und die sogenannte Welt-politik. Wir sagen: die Flottenfrage, denn mit Annahme der letzten Flottenvorlage ist auch nicht einmal für die nächste Zeit ein Abschluß gemacht, sondern heute schon ist eine neue Flottenvorlage in Sicht, wie unsre Genossen es im Reichstage voraus sagten und wie es durch die jüngsten Telegramme des deutschen Kaisers, des Urhebers der beiden letzten Flottenvorlagen, bestätigt wird. Liegt die Freiheit, der Wohlstand, die Größe der Völker in der Möglichkeit, die meisten Menschen töten zu können? Wenn die Ereignisse in China etwas gelehrt haben, so ist es der Wahnsinn der Weltpolitik. Die Tage der Wikinger-See-räuber und der kulturellen Kolonialgründungen im großen Stil sind vorüber — unbebaute Länder, aus denen sich Kolonialreiche entwickeln lassen, giebt es nicht mehr auf dem Erdball — wer heut Weltpolitik im Sinne unsrer Chauvinisten beginnen will, muß sich mit wertlosem Sumpf- und Fieberland begnügen, oder er muß den gemeinsten Landraub treiben. Und wozu der Landraub der Weltpolitik führt, das sehen wir in China. Das Volk von China hat gekämpft, was in all unsren Schulen und Kirchen als höchste patriotische Pflicht gerühmt und gelehrt wird — es hat sich gegen die Fremdherrschaft erhoben. Und weil das chinesische Volk diese patriotische Pflicht erfüllt, muß es niedergeschossen, muß sein Eigentum eingezwungen, muß sein Land verwüstet werden — also gebietet es die Weltpolitik!

Und die Wirkung? Wird die Kultur gefördert? Auch die cynischste Heuchelei kann rohe Barbarei nicht in Kultur umlagern. Wird der Handel gefördert? Aber der Handel gedeiht nur im Frieden; und durch friedliche Mittel, in Güte unsern Handel mit China auszudehnen, das war in unsrer Macht. Allein statt des friedlichen Wegs wählt die deutsche Weltpolitik den Weg der Eroberungen und — die Früchte ernten wir schon jetzt in China.

Das ist die Weltpolitik, mit der bisher in unbegreiflicher Verblendung gespielt worden ist. Aus dem Spiel ist blutiger Ernst geworden, und Deutschland ist in eine Lage geraten, die uns die schlimmsten Verwicklungen und die höchsten Gefahren bringen kann, ohne Aussicht auch nur auf den geringsten wesentlichen Vorteil.

Das alles verdanken wir der Weltpolitik, gegen welche allein die Socialdemokratie principiell angekämpft hat und ankämpft.

Dieser unheilvollen Politik hat der Reichstag vier und ein halbtausend Millionen Mark geopfert. Wie viel Gutes hätte dafür geschafft werden können? Für Kulturzwecke haben wir kein Geld. Die Schulen mögen verfallen, das Volk mag verrotten.

Doch genug — unsrem Vaterland stehen schwere Prüfungen, schwere Kämpfe im Innern und leider auch nach außen bevor. Da gilt es, ein Preßorgan zu haben, das die Wahrheit sagt und furchtlos für die Interessen des Volks und der Arbeiterklasse eintritt, schonungslos den Feind angreift.

Das thut der „Vorwärts“! Genossinnen und Genossen in Berlin! Tretet auch Ihr nun für den „Vorwärts“ ein, der in allen Fragen Euch zur Seite ist — belehrend, mahnend, kämpfend!

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil des Romans

„Auferstehung“

kostenlos nachgeliefert. Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsre Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig für die Monate Juli, August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Gutenberg.

Im Felsrot der modernen Zeit, da man begann die neue Welt in Europa zu entdecken, schuf sich der Gedanke, der zum erstenmal wieder nach den Jahrhunderten mittelalterlicher Fesselung getrieben von dem Ungeheim der gesellschaftlichen Umwälzungen den Flug zur Freiheit wagte, das kostvollste Mittel seines Wirkens, er erwarb sich die göttliche Eigenschaft der Allgegenwärtigkeit: durch die Erfindung der Buchdruckerkunst. Am heutigen Johannistag feiern wir den Tag, wo der Erfinder, der Tradition nach, zu Mainz vor fünf hundert Jahren der Menschheit gegeben ward.

Der Grundgedanke der Buchdruckerkunst, die Idee der mechanischen Vervielfältigung ist weit früher verwirklicht worden, als die That Gutenbergs geschah; in China wurde das Gesehene Buddhas bereits im Jahre 972 unsrer Zeitrechnung gedruckt. Aber erst die Erfindung der beweglichen Lettern, die Gutenberg gebührt, ermöglichte den stürmischen Aufschwung der mechanischen Reproduktion der Schrift. Und fast wunderbarer noch als die Erfindung selbst war die ungeheure schnelle Verbreitung, die sie nahm. In den ersten fünf Jahrzehnten nach der Erfindung wurden 1000 Druckereien in 250 Orten gegründet; etwa 18 000 Druckwerke sind aus dieser Zeit bekannt. Das zeigt, daß die That Gutenbergs die rechtzeitige Erfüllung einer Notwendigkeit war. Die Menschen hatten gleichsam auf sie gewartet. In schlaffen Verfallszeiten der Gesellschaft würde der einfach-geniale Gedanke mit beweglichen Typen zu drucken kaum eine praktische Wirkung gefunden haben. Aber in jenen regen Zeiten des Aufstiegs menschheitlicher Entwicklung, da alle Fesseln zu zerpringen schienen, suchte man nach einem geistigen Verkehrsmittel, und als Gutenberg es gab, griff man es begierig überall auf. Seitdem besitzt das Wort jene stumm-beredeten Sendboten, jene Armeen der paar bleiernen Soldaten, mit der die Welt erobert wird — allem Widerstand zum Trotz. An dem Beginn der neuen Zeit, die an dem Problem der demokratischen Gesellschaft arbeitet, steht diese demokratische Erfindung, die alle Erzeugnisse des menschlichen Denkens und Schaffens zum Gemeingut aller zu machen vermag.

Es ist ein weiter Weg von der Handpresse Gutenbergs bis zu der Zwillinge-Rotationsmaschine der heutigen Zeitungen, von den ungelenteten Typen des fünfzehnten Jahrhunderts bis zu der Setzmaschine, die gegenwärtig ihren Siegeszug antritt, der unter dem Zwang einer rücksichtslosen Weltwirtschaftsordnung freilich zum Raubzug wird. Aber wenn heute an einem einzigen Tage mehr Litteratur verbreitet werden kann, als vielleicht in der gesamten historischen Zeit vor Gutenberg hergestellt worden ist, so ist das nur eine Folge jener unabweisbaren Erfindung. Die heutige Welt läßt sich gar nicht denken ohne die Zeitungen, die das Buch der Masse darstellen, die in ihrem Inhalt unablässig wechselnde Bibel des Tages — Gutenbergs Kunst erst hat ihre Möglichkeit vorbereitet. Man denke sich dies Mittel der Vervielfältigung fort, man lehre in die Zeit zurück, da der Schreiber mühsam die Erzeugnisse geistiger Arbeiter kopierte und man ernstlich ganz die Größe von Gutenbergs That, unläugbar verbreiteten wir an einem Sonntagmorgen 700 000 Flugblätter in Berlin und Umgegend. Der Beschluß war ein paar Tage zuvor gefaßt, der Text wurde schnell geschrieben, gesetzt und in wenigen Stunden lieferte die Maschine die ungeheure Flut der Blätter. Gesezt ein

Schreiber brauchte nur eine Stunde zur Abschrift des Textes, so hätten zehntausend Personen bei zehnstündiger Arbeitszeit eine ganze Woche arbeiten müssen, um zu leisten, was einige Setzer und Maschinen in ein paar Stunden hervorgebracht haben.

Keine wissenschaftliche Leistung, kein künstlerisches Erzeugnis kann mehr verloren gehen. Das leicht verfallende gesprochene Wort wird durch Gutenbergs Jünger fester verehrt, als wenn es in Stein und Erz eingepreßt würde. Der Gedanke des Einzelnen wird durch die schwarze Kunst zum Besitz aller, er könnte es wenigstens werden.

Aber freilich noch fliegt auf den Schwingen des Drucks nicht nur Aufklärung und Erhebung durch alle Welt, auch die Finsternis bedient sich der heiligen Kunst, um die Köpfe im alten schlimmen Sinn zu erhalten. Wahrheit und Lüge, Freiheit und Knechtschaft, Liebe und Haß, Gerechtigkeit und Unterdrückung ringen gleichermaßen mit Gutenbergs Waffen um den Sieg. Und immer noch sind ungezählte Massen, für die Gutenberg unsonst die lichtbringende Kunst erlaut, in physisches und geistiges Elend so tief und fest durch die Sklavendäute des kapitalistischen Zeitalters gezwungen, daß kein Strahl der Vernunft zu ihnen dringt!

Wenn wir heute Gutenberg als den Befreier und Erwecker der Massen feiern dürfen, so schließt dieses dankbare Gedenken auch eine Pflicht und ein Gelübnis ein: Er hat das technische Hülfsmittel geschmiedet, wir aber haben es in seinem Geiste anzuwenden, im Dienst der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Dann erst wird sich erfüllen, was der Heidelberger Professor Adam Bernher Anno 1494 von Gutenberg sang:

Du bist Berater dem Erdbreis,
 Der sich gerne bekennet glücklicher durch deine Kunst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Agrarische Ziele.

Die Agrarier Mittel, mit denen die Regierung den Agrariern stets eifrig zu Diensten war, genügten den Junkern niemals. Ihr Sehnen bleibt gerichtet auf große Mittel, wie sie Graf Kanitz einst vorschlug, durch welche die Kornpreise dauernd auf eine künstliche Höhe emporgehoben werden sollen. Zu noch höheren Stützen holt der Bündlerführer Dr. Köstke jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ aus, indem er ein internationales Ausbeutungskartell der Getreideproduzenten empfiehlt. Nachdem Dr. Köstke dargelegt hat, daß die bisherigen Genossenschaftsbildungen der Landwirte nicht die gewünschten hohen Preise gebracht haben und überhaupt zur Erfüllung dieses Ziels nicht zureichend sein können, entrollt er den agrarischen Zukunftsstaat also:

„Ein Vorbild bieten uns bereits die industriellen Syndikate und Kartelle. Wir haben der durch die großen internationalen Börsen repräsentierten, bisher allein mächtigen Einkaufsorganisation des Handels eine geschlossene Verkaufsorganisation der Produzenten gegenüber zu stellen, mit dem letzten Ziel: diese Verkaufsorganisation nach Möglichkeit mit dem Repräsentanten des Getreidekonsums, dem Müllerengewerbe, in zweckentsprechende Verbindung zu bringen, wie es bereits in einem guten Vorbilde, im deutschen Spiritusgewerbe, mit bestem Erfolge geschehen ist.“

Die so gedachte Vereinigung setzt für ihre vollständig wirksame Funktion einen zellenartigen Unterbau ebenso notwendig voraus, wie andererseits einen organischen Zusammenschluß der einzelnen, isolierten „Zellen“ zu einem national abgeschlossenen Hauptkörper; endlich in letzter, aber nicht weniger wichtiger Hinsicht eine Vereinbarung aller einzelnen nationalen Verbände unter einander zwecks gemeinsamer Verfolgung einheitlicher Maßnahmen.

Die so gegebene Organisation wäre, so lange ein Deklarationszwang nicht gesetzlich eingeführt ist, besonders, vielleicht allein geeignet, eine unbedingt richtige und zutreffende Preisnotierung zu bewirken.

Zur Erreichung des Ziels ist die wichtigste Voraussetzung die Entfaltung einer umfassenden und energischen Propaganda, die sich die gleichzeitige Inangriffnahme aller drei Konstruktionssteile: des isolierten Zellenunterbaues, der nationalen Korporation und als letztes und idealstes Ziel eine internationale Verständigung von nationaler Organisation zur Organisation der anderen Nationen zum Ziele setzen muß. Man soll sich in dieser Beziehung wohl bewußt sein, daß hier der Begriff des Internationalen ein ganz anderer ist, als der landläufige. Es handelt sich hier nicht um internationale Beziehungen von Person zu Person, welche nationale Gegensätze und Eigenheiten verwischt, sondern im Gegenteil, es handelt sich um Herausarbeitung einer spezifisch nationalen Organisation, die nur, soweit es möglich und zweckentsprechend wird, einen Ausgleich der Auffassungen in der Marktlage mit ähnlichen nationalen Organisationen in andern Staaten herbeizuführen in der Lage wäre. Bei dieser Fühlungnahme bleibt die Rationalität voll bewahrt ganz im Gegensatz zu den internationalen Verbindungen des Großkapitals.

Eine ohne die Erreichung auch der andern Ziele kann nur Zellerfolge bringen.

Eine nach dem Prinzip der genossenschaftlichen Gleichverwertung errichtete Einzelzelle würde, was ohne weiteres einleuchtet, das volkswirtschaftliche Ziel der Preisbeeinflussung ebenso wenig erreichen können, wie die beiden eingangs geschilderten bestehenden Verkaufsformen. Andererseits könnte eine a priori geschlossene internationale Entente so lange nicht wirksam sich äußern, als nicht in den national geschlossenen Korporationen ihr diejenigen Organe zur Verfügung stehen, durch welche die generellen Dispositionen bis in jeden einzelnen Produktionsbezirk hinein wirksam gemacht werden können.“

Während die industriellen Syndikate vielfach den Schein zu erhalten suchen, als ob sie auf die Interessen der Konsumenten förderlich wirken wollten, gesteht Dr. Köstke die dreist ausbeuterische Absicht seines Getreide-Syndikats offen zu. Da aber die auf dem nationalen Verein beschränkte Preistreibe durch die ausländische Konkurrenz gehindert und durchkreuzt werden kann, so soll der Wucher international organisiert werden. Der Begriff des Internationalen ist hier allerdings — wir geben darin Herrn Dr. Köstke recht — „ein ganz anderer als der landläufige“. Es wird nicht auf eine Vereinigung von Nationen zur Förderung gemeinsamer Interessen aller Beteiligten abgezielt, sondern auf eine internationale Verbindung der großen Grundbesitzer zur gemeinsamen Schröpfung aller übrigen Klassen. Agrarier aller Länder vereinigt Euch!

So fern auch die Verwirklichung derartiger Pläne liegt, es ist gut, die gemeingefährlichen Untriebe der Storkwucherer sorgsam im Auge zu behalten.

Thesen als Sparlehren.

Sparmaßnahmen werden den schlechtbezahlten Beamten im Thesenkreis Ueberhörsfort erteilt. Den Beamten ist folgender Maaß unterbreitet worden:

„Es ist dringende Pflicht jedes gewissenhaften Mannes, seine Ausgaben dergestalt zu beschränken, daß sie durch die zu erwartenden Dienstleistungen gedeckt werden. Das Uebermaß der Ausgaben des Einkommens behndet eine Unbesonnenheit oder Leichtfertigkeit, bei welcher dem Beamten, der sich ihrer schuldig macht, nicht mehr das Vertrauen zur Seite stehen kann, das eine Dienstverpflichtung ordnungsmäßig und gewissenhaft erfüllen, insbesondere auch den Versuchungen widerstehen werde, welche eine zerrüttete ökonomische Lage immer mit sich bringt.“

Schon diese allgemeinen Rücksichten müssen jeden rechtschaffensten Beamten abhalten, größere Verpflichtungen einzugehen, als er unbedingt und ohne seine häuslichen und dienstlichen Verhältnisse zu zerstören, erfüllen kann. Dazu kommt aber noch, daß die Staatsbeamten durch bestehende Befehle gegen die Verfolgung wegen Schulden außerordentlich geschützt sind, und es deshalb für sie ehrenschändlich ist, ihre Ausgaben mit ihrem Einkommen völlig in Einklang zu bringen, damit sie sich zu ihrem Schutze nicht auf gesetzliche Privilegien zu berufen nötig haben, die sie nicht verdienen.

Da indes hin und wieder dennoch Beamte ihres Standpunktes gänzlich vergessen und sich hinter ein Privilegium verstecken, das sie nicht zu schätzen wissen, und dadurch das ganze Beamtenkorps in Mißkredit bringen, so wird die königliche Direktion demjenigen, welcher leichtfertig Schulden und namentlich zu einem so wichtigen Einkommen übertragenden Betrag kontrahiert, als ungeeignet zum Eisenbahndienst sein Dienstverhältnis kündigen. Diejenigen aber, die ihrer Dienststellung nach Ansichts haben, vereinst definitiv im Staats-Eisenbahndienst angestellt zu werden, können nur dann dazu gelangen, wenn neben den sonstigen Erfordernissen ihre ökonomischen Verhältnisse sich in bester Ordnung befinden.“

Jedermann weiß, daß Schulden machen leichter ist als Schulden bezahlen. Die Beamten werden sich eines bitteren Rächens nicht haben erwehren können, als ihnen solch weise Mahnungen von Amts wegen vorgetragen wurden, nachdem der Minister jedoch jede Aussicht auf Gehaltserschönlungen nicht nur abgeschnitten, sondern auch die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte des Petitionierens bei der Volksvertretung sowie der Adalation zwecks Förderung der gemeinsamen Interessen rücksichtslos zu vernichten verurteilt hatte. Erst jetzt man den unteren Beamten im Eisenbahndienst Gehälter, die unter den heutigen Lebensverhältnissen nicht ausreichend sind, dann bedroht man sie für den Fall des häufig infolge besonders schwieriger Familienverhältnisse entschuldigen Schuldensummen mit Dienstentlassung.

Der Krieg in China.

Die Lage der internationalen Truppen in Tientsin muß nach den gestern und heute eingelaufenen Telegrammen als eine nahezu verzweifelte angesehen werden. Bereits am 21. ist eine Entschafftruppe in der Stärke von 2000 Mann von Taku aus nach Tientsin abgegangen, ohne daß es ihr bis jetzt gelungen wäre, mit den in Tientsin belagerten Truppen Fühlung zu gewinnen. Daß man von den Aktionen dieser Entschafftruppen noch gar nichts weiter gehört hat, ist um so auffällender, als eine Meldung behauptet, daß die Bahnverbindung von Taku nach Tientsin bis auf 15 Kilometer von Peking völlig unversehrt sei. Das Entschaffcorps hätte demnach mit Vermeidung der Bahnverbindung leicht bis in die nächste Nähe von Peking vordringen können, wenn sich ihm nicht in Gestalt eines feindlichen Heeres ein Hindernis in den Weg gestellt hat. Daß man hierüber nicht das geringste hört, kann nur darin seine Erklärung finden, daß auch das für Tientsin bestimmte Entschaffcorps ebenso wie das für Peking bestimmte inzwischen abgegriffen worden ist.

Ueber die Kämpfe in Tientsin liegen die verschiedensten Nachrichten vor, die, so sehr sie im einzelnen von einander abweichen, darin miteinander übereinstimmen, daß die internationalen Truppen aufs äußerste bedrängt sind. Seit acht Tagen haben sie sich der immer erneuten Angriffe zu erwehren gehabt, so daß ihnen die Munition ausgegeben droht. Sollte die Munition wirklich erschossen sein, bevor Entschaff eintrifft, so wäre aber das Schicksal besiegelt, da die Chinesen mit wüthender Erbitterung fechten. Außerdem sind auch die Chinesen vorzüglich bewaffnet, sollen doch am Donnerstag reguläre Truppen unter Prinz Tuan die Truppen der Mächte mit fünf und vierzig Krupp'schen Schnellfeuergeschützen angegriffen haben. Wie bei Taku sind es also auch in Tientsin die berühmten Mordwerkzeuge unfres weltpolitischer Entrepreneurs, des Essener Kanonenkönigs, die das Verderben in die Reihen der Opfer der Weltmachtspolitik speien. Nach dem gestrigen Telegramm waren die Verluste der Mächte schwer, genaue Angaben liegen nicht vor. Vor einigen Tagen wurden sie schon auf 100 Mann angegeben und ein New Yorker Telegramm bezieht allein den Verlust der Amerikaner auf 50 Tote und Vermundete. Ein von einem Detachement von 75 bereits am 17. bestandenen Einzelgefecht kostete den Mächten 9 Tote und 12 Vermundete, unter den Toten befindet sich auch ein Deutscher. Eine andre vom Admiral Kempff stammende New Yorker Drahtung meldet, daß der amerikanische Konsul, 40 anglo-amerikanische Missionäre und eine größere Zahl von Missionären ermordet worden seien.

In dieser mehr als kritischen Situation ist man um so geneigter, sich an einen Strohhalm zu klammern. Dieser Strohhalm ist abermals Li-Hung-Tschang. Der Berliner chinesische Gesandte hat nämlich dem Auswärtigen Amt heute mitgeteilt, daß Li-Hung-Tschang telegraphisch sofort nach Peking beordert sei. Li-Hung-Tschang beabsichtigt, zuerst

die Voyer zu unterdrücken, um alsdann in Verhandlungen einzutreten. Er äußere den Wunsch, daß die Mächte von der Entsendung weiterer Truppen nach China Abstand nehmen möchten. Und ein Telegramm aus Yokohama besagt, daß man dort von der Mission Li-Hung-Tschangs die besten Ergebnisse erwarte. Ob die Mächte, namentlich England, dem Wunsch des Viceröngs entsprechen werden? Schwerlich, denn England bringt bekanntlich dem alten, als russenfeindlich beschriebenen Fuchs wenig Vertrauen entgegen. Die japanische Empfehlung Li-Hung-Tschangs wird auch keine besondere Beruhigung für es sein, munkelte man doch davon, daß man es in Japan allmählich politisch rational hatte, mit Rußland statt mit England zu kooperieren. Auch ist daran zu erinnern, daß man befürchtete, daß auch in Kanton nach der Abreise Li-Hung-Tschangs der Aufruhr ausbrechen werde. Londoner Blätter melden auch bereits aus Wei-hai-wai, daß dort fast alle Fremden-Konzessionen niedergebraut worden seien.

Auch in Shanghai fühlt man sich nicht recht behaglich. Nach einem Telegramm hat man die dort ankommenden chinesischen Kriegsschiffe aufgefordert, den Hafen zu verlassen, nach einem andern fühlt man sich wieder durch die Abfahrt der dort liegenden fünf Kriegsschiffe beunruhigt und fragte an, welchen Zweck man mit der Abfahrt verfolgte, worauf man die Antwort erhielt, die Kriegsschiffe beabsichtigten, die Voyer niederzuwerfen!

Eine befremdende Nachricht zirkuliert übrigens in vieler Marinekreise. Danach soll nämlich der Kreuzer „Gaisa“ in den chinesischen Gewässern ein chinesisches Schiff in den Grund gebohrt und ein andres gelapert haben. 50 Chinesen seien getödtet und 70 verwundet worden.

Die Verluste des „Zitis“ stellen sich jetzt übrigens als viel bedeutender heraus, als anfangs gemeldet wurde. Sie betragen 8 Tote, darunter Lieutenant Hillmann, und 14 Vermundete, darunter der Kommandant schwer verwundet. In Taku wurden 4 chinesische Torpedozerstörer genommen, die die Russen, Franzosen, Engländer und Deutschen unter sich teilten.

Ueber Peking und das von Admiral Seymour befehligte Expeditionscorps fehlen alle Nachrichten. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie kritisch schon die Lage in Tientsin ist, so kann man den beruhigenden Versicherungen des chinesischen Gesandten in Berlin unmöglich allzubiel Glaubwürdigkeit beimessen.

Die „nationale“ Presse weiß in patriotischer Begeisterung von dem großen Zudrang der Freiwilligen für die chinesische Expedition zu berichten. Das Angebot der Kampflustigen übersteigt weit den Bedarf. Auf die Stimmung der Masse des Volks läßt sich daraus auf keinen Fall ein Schluß ziehen. Daß der militärische Drill bei manchem der ihm Unterworfenen kriegerische Instinkte weckt, ist von uns nie geleugnet worden. Wir haben gerade darin eine der größten Kulturverfahren des Militarismus erblickt. Die Begierde, sich im Felde auszuzeichnen, kriegerischer Vorbeeren teilhaftig zu werden, der dunkle Abenteuerdrang, der auch Tausende Uebelberater zu den Fremdenlegionen anderer Mächte treibt, all das hat mit wahren Patriotismus, mit dem klarerkannten idealen Pflichtbewußtsein, für die Kulturgüter der Nation einzutreten zu müssen, herzlich wenig zu thun. Auch die englischen Soldaten, die in Südafrika das von allen „nationalen“ Blättern über die Hutjunktur verherrlichte Voerenbölzchen erdroffeln, haben sich freiwillig zu ihrem Handwerk anwerben lassen.

Die sämtlichen Mächte rüsten krampfhaft weiter, um von der vermeintlichen Konkurrenz ihren Anteil an sich reißen zu können, selbst Italien schickt vier wahre Kriegsschiffe ab, um sich seinen „Platz an der Sonne“ zu sichern. Auch die Wölfe flattern in die sengende Flamme.

Deutsches Reich.

Herr Stöder als Spiritistendirektor.

Einst zog Herr Stöder lässlich aus, um die Sozialdemokratie zu bezwingen — heute setzt er sich beschiedener Ziele: er kämpft gegen die Sekte der Spiritisten und zwar in derselben Tonhalle, in der er vordem den Sozialdemokraten und Juden fürchterliche Gemeinel mit blutigen Wigen lieferte.

Vor wenigen Tagen fand in Berlin eine Pastorenkonferenz statt, in der man sich, wie das auf derartigen Konferenzen üblich, mit der sogenannten „geistigen Verwahrlosung“ des Volks befaßte. Unter den Faktoren, die angeblich diese Verwahrlosung hervorgerufen hätten, zählte man auch den Spiritismus, dessen Lehren in den letzten Jahren besonders stark in die weitesten Schichten des Volks Eingang gefunden haben sollen. Fast alle geistlichen Herren verdammen den Spiritismus und besonders war es Herr Hofprediger a. D. Stöder, der zu einem modernen Kreuzkruz gegen die Satanslehren aus der vierten Dimension aufrief. Doch das Geistesgeschwören — und namentlich das der spiritistischen Geister — ist eine heikle Sache, denn nicht jeder wird die Geister, die er rief, auf eine billige Weise los. So ging es auch dem Herrn Hofprediger a. D. Stöder.

Ob den auf der Pastorenkonferenz gefassten Beschlüssen gegen den Spiritismus hatte nämlich der Bund der spiritistischen Vereine Berlins am Freitag eine öffentliche Versammlung in der „Tonhalle“ einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Herr Hofprediger a. D. Stöder war schriftlich zu dieser Versammlung eingeladen worden und auch erschienen.

Zwei Vorträge und freie Aussprache über diese standen auf der Tagesordnung. Zuerst sprach Herr Prof. Oberhämpfle über die Bedeutung des Okkultismus für die Wissenschaft. Der Redner gab einen kurzen geschichtlichen Ueberblick, verdamnte die leider noch immer vorkommenden Betrugsfälle und hob die Bedeutung des Okkultismus für die Medizin und die Philosophie hervor; seiner Ansicht nach sei es Aufgabe der okkulten Lehren, dort einzuwirken, wo der Materialismus und die modernen Naturwissenschaften, deren Gebiete im Sinnlich-Wahrnehmbaren erschöpft seien, versagen. Jeder denkende Mensch, der über sich und die Welt ins Klare kommen will, muß Spiritist werden, denn nur der Spiritismus sei eine Wissenschaft in des Wortes höchster Bedeutung und alle andern Wissenschaften seien gewissermaßen dazu bestimmt, dem Spiritismus die Bahn zu ebnen.

Nummehr sprach Herr Groß über die Bedeutung des Spiritismus für die Ethik. Die Ausführungen dieses Redners, die durch zahlreiche Beobachtungen an sich und andern illustriert waren, gipfelten in der Behauptung, daß die Pflanze, gleichviel ob man sie Bioklektricität oder Lebenskraft nenne, und der Glauben an ein Fortleben derselben nach dem Tode einen hohen erzieherischen und ethischen Wert habe, denn jeder, der an eine Verantwortung der Pflanze nach dem Tode glaube, müsse schon bei Lebzeiten dahin streben, sich möglichst moralisch zu verhalten. Nummehr trat eine Pause ein, die von weltgeschichtlicher Bedeutung werden sollte. Fast hatte es den Anschein, als ob die Geister zur Befragung der beiden Vorträge ein unheimliches Spiel inszenieren wollten — allein es war nur ein Geist, der hier sein Wesen trieb, und das war — wie man dem Schreiber dieser Zeilen versicherte — der Geist der Echerischen „Woche“, die wenigstens

auf diese Weise auch einmal in eine nähere Verbindung mit dem Reich des Geistes, oder vielmehr der Geister, kommen wollte. Noch war die halbe Pause nicht verstrichen, da starrte auch schon der photographische Apparat in der Mitte des Saales und beim Verpuffen eines Magnesiumblitzlichts vollzog sich der Wahn der Geister.

Die Pause hatte ihr Ende erreicht und der Wahn des Abends, Herr Hofprediger a. D. Stöder, ergriff als erster Disquisitionsredner das Wort. Der Spiritismus, führte der Redner aus, sei für ihn keine Wissenschaft und könne in dem Sinn, wie es die Herren Spiritisten meinten, nie eine werden. Schon die Niederchriften und die Ausführungen der verschiedenen spiritistischen Kapazitäten seien derart widerwärtig, daß man ihnen unmöglich eine wissenschaftliche Bedeutung beimessen könne. Man habe ihm vorgeworfen, er hätte nicht genügend Erfahrung in spiritistischen Dingen, um über sie urteilen zu können. Darauf könne er nur erwidern, daß er den einzelnen Personen das, was sie in einem erregten oder angeregten Zustand gesehen oder gehört haben wollten, gern glaube, daß er sich aber diese Dinge anders erkläre, als auf spiritistischen Wege; überhaupt brauchten diese vorgeliebten Erscheinungen noch keine Thatfachen zu sein. Die sogenannten okkulten Wissenschaften: Astrologie, Alchimie und Mythologie würden erst dann wirkliche Wissenschaften, wenn sie ihren okkulten Charakter abwürfen, d. h. wenn sie sich zur Astronomie, Chemie und Geschichte umgestalteten. Im übrigen seien ihm wunderbare Ereignisse aus der Bibel noch immer herrlicher und erhebender, als alle spiritistischen Trauererscheinungen. Die Spiritisten sollten vorzeitige Schlüsse vermeiden, die gar nicht beweisbar sind. Im wesentlichen handle es sich beim Spiritismus um noch nicht erforcht Naturkräfte, aber nicht um Geister. Die Spiritisten sollten erst im kleinen Kreise wissenschaftlich vorarbeiten und dann erst die fertigen Thatfachen ins Volk tragen, das durch mystisch ummantelte Halluzinationen nur irreführt und vom Christenglauben abtrümmelt gemacht werde.

Als zweiter Disquisitionsredner sprach Herr Dr. thool. Niemann (St. Nikolai), der sich eingehend mit dem Spiritismus beschäftigt hat. Auch dieser Redner erkennt das, was sich ihm als wahr herausgestellt habe, als Thatfache an; alle Thatfachen aber, die er gesehen und gehört, dürften sich wissenschaftlich erklären lassen. Mit der Religion aber habe der Spiritismus nie und nimmermehr etwas zu thun, im Gegenteil sei er religionsfeindlich und mehr nur die Zahl der Atheisten und Pantheisten. — Es sprachen dann noch drei andre Herren teils für, teils gegen den Spiritismus. Sodann kamen die beiden Herren Referenten zum Schlußwort.

Was Herrn Hofprediger a. D. Stöder anbetrifft, so hatte dieser schon vor Schluß der Versammlung den Saal verlassen, höchstwahrscheinlich mit dem Gefühl, daß auch im Geisterland für ihn keine Lorbeeren zu holen seien. So endete dann gegen Mitternacht diese Versammlung von Stäubigen aus der vierten Dimension. Neugierig darf man nur sein, ob auf der Photographie der „Woche“ nicht auch die Astralleiber einiger „Geister“ absonderlich sein werden, denn dann hätte Herr Schert nicht nur die „Morgenpost“, sondern auch die vierte Dimension erobert und könnte mit dem Abonnement- und Inseratenfang für die „Woche“ unter den Straßbürgern des Jenseits beginnen — wodurch eine so erhellende Werbung des Abonnementstandes erzielt werden würde, daß eine besondere Belegausgabe für das Reich der Abgeschiedenen notwendig werden würde.

Zehn Jahre Finanzminister. Am 24. Juni 1890 wurde Dr. Riquel, Oberbürgermeister in Frankfurt a. M., Finanzminister in Preußen. Er hat nicht nur die neue preussische Steuer-gesetzgebung geschaffen, sondern auf die Gestaltung aller preussischen Verhältnisse maßgebenden Einfluß geübt. Seit 1897 war er Vizepräsident des Staatsministeriums. In welcher Richtung der einstige Organisator von Bauernanständen, späterer Führer der National-liberalen, aber bald erblich geadelter Minister gewirkt hat, das zeigt am eindringlichsten das Zeugnis, das ihm das Blatt der juristischen Realakademie, die Erbschein des Liberalismus ausstellt; die „Kreuzzeitung“ sagt:

„Für uns konserverbaste ist hierbei seine Wirksamkeit noch zwei Richtungen hin besonders erweislich gewesen: erstens hat er vollständig vergehen lassen, daß er früher Parteiführer gewesen ist, und zweitens hat er für die Not der Landwirtschaft ein überraschendes Verständnis gezeigt. Das werden wir ihm stets danken. . . . Wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß seine hervorragende Arbeitskraft dem Staate noch lange erhalten bleiben möge.“

Altsad. Es verlautet, daß Ministerialdirektor Dr. Rügler an Stelle des aus dem Dienst geschiedenen Dr. Varich zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium auszuwählen sei. Dr. Rügler hat ohne Zweifel vollberechtigten Anspruch auf den höheren Posten des Ressorts, in dem er einer der ältesten und tüchtigsten Beamten ist. Dr. Rügler hat sich wiederholt gegen alle dreifache Herausforderungen der Realisationspartei in Schulfragen verwahrt. Er teilt nicht die Junkerüberzeugung, daß der dümmste Arbeiter der beste sei. Weil aber Dr. Rügler noch gewisse liberale Ueberlieferungen bewahrt hat, so wäre sein Emporkommen in die höhere Stellung, an die Seite des Ministers v. Studt, einigemmaßen auffällig in den Verhältnissen, da die schwarzen Parteien, Centrum und Konervative, unumschränkte Herrschaft in Preußen üben. Bewacht hat sich die Realpolitik, so würde das zeigen, daß der Altsadurs ausnahmsweise einmal ein wenig in liberale Gebiete hübergegriffen. Vorläufig hat sich in der bildungsfeindlichen Presse der Heimgang-Partei ein lautes Lob erhoben wider die unangenehme Erhebung Dr. Rüglers. Die „Germ.“ entrüsst sich schwer gegen die Ernennung Rüglers; „wir stehen nicht an, diese Ernennung, falls sie beabsichtigt oder schon erfolgt sein sollte, als einen Hauptschlag gegen die katholische Kirche und gegen das Centrum zu bezeichnen.“ Die „Germania“ lamm nur Beamte im Kultusministerium ertragen, die das deutsche Schulwesen der kirchlichen Frömmel anstößern und den letzten Rest freier Geistesbetätigung auszuwotten bereit sind.

General v. Sahnke, der Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, soll, wie ein Berliner Blatt erfahren haben will, zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichtes, das am 1. Oktober in Kraft tritt, in Aussicht genommen sein.

Es ist uns unbekannt, welche juristischen Verdienste dem General v. Sahnke für die oberste Stellung in der Militärjustiz geeignet erscheinen lassen.

Zum Präsidenten der Central-Gesellschaftsliste, als Nachfolger des verstorbenen Jahn v. Huene, ist Dr. Heiligenstadt ernannt worden, der dem Direktorium dieses Instituts bereits seit dem 1. Oktober 1895 angehört hat. Dr. Heiligenstadt ist seit 1898 national-liberales Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Wanzleben. Er hat eine Reihe größerer Aufsätze über Bankwesen und Bankpolitik, Handelsbilanz usw. veröffentlicht.

Ein Eisenbahnerkreis in Deutschland. Die „Post“ hatte dieser Tage genau den Weg vorgezeichnet, den die Sozialdemokratie bis zu ihrem Endziel noch zu durchlaufen hat. Die Durchscheidung der Industrie-Arbeiter vom sozialistischen Gift als vollendet angenommen folgt noch ihr: Straßenbahnerkreise, Forderung der Disziplin in den übrigen Verkehrsministerien (Eisenbahn etc.), Eindringen in die Armeen und Marine, Verbreitung des Geistes der Unbotmäßigkeit, schließlich — schließlich: Zukunftsstaat.

Die Eisenbahnerkreise der Lokalbahn Lärkheim-Brisshofen haben diesen Gang der Entwicklung begriffen, sie sind in den Streik eingetreten. Die „Mündener Post“ meldet darüber: Wegen plötzlicher ungerechtfertigter Entlassung eines Konduktors hat das gesamte Dienstpersonal der Lokalbahn Lärkheim-Brisshofen die Arbeit niedergelegt. An den betreffenden Konduktoren war die Zumutung gestellt worden, während der ohnehin sehr knapp bemessenen Mittagspause am Bahnhöfchen Gras zu rupfen. Als der Konduktor sich weigerte, auch nach Tagelöhnerdiensten zu verrichten, erfolgte seine Entlassung. Das übrige Dienstpersonal erklärte sich jedoch mit dem Entlassenen solidarisch und verlangte dessen Wieder-

„Instellung, was jedoch von Seiten der Verbandschaft rundweg abgelehnt wird. Darauf verliert das gesamte Personal den Dienst. Wenn jetzt Herr v. Tzielen nicht in Ohnmacht fällt und die Weltmacht zu Grunde geht! —

Die Flotten-Aussage der Schuljuglinge verspottet der „Laddebatist“ in der folgenden Satire:

Welche Anregungen für Verstand und Phantasie, Gefühl und Willen konnte der Besuch der Torpedoboote und der Marine-Ausstellung geben? Freiwillige Arbeit von Rachein Michaid.

Indem ich höre, daß in Varmen den Primaneru dieses Thema zur Bearbeitung gegeben worden ist, möchte ich folgendes äußern, obwohl ich durch einen Trauerfall in der Familie vom Besuche der Düsteldorfer Ausstellung abgehalten war, was mir den Verlust meines guten Onkels besonders schmerzhaft gemacht hat, da einem immer etwas dazwischen kommen muß, wenn man sich amüsieren will, und die Leute, die herben wollen, gar keine Rücksichten auf die festlichen Veranstaltungen nehmen, auf deren Befichtigung man sich so gefreut hat. Welche Anregung empfängt also der Verstand beim Anblick eines Torpedobootes? Man wird zu kolossalen Nachdenken über den Zweck dieser Seefahrzeuge auf dem Meere angeregt und begreift eigentlich leicht, daß diese Fahrt für das Avancement der Offiziere von hervorragender Bedeutung sein muß, um aber die Sache in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen, muß man die Phantasie zu Hilfe nehmen, wobei es einem klar wird, daß auch die Auslandschiffe bewilligt worden wären, hätte man wenigstens einige Kanonenboote bis nach Aden hinausfahren lassen, indem dann die „Adriatische Kolonisation“ ihr stolzes Wort „Erit die lex hinc“ in die Welt gesetzt hätte, besonders wenn sie gewußt hätte, daß die Größe des Mundes, den Herr v. Tzielen führt, in entgegengelegtem Verhältnis zu der Größe seines Einflusses auf das Centrum steht, was uns auf das Gefühl überleitet, daß die Torpedoboote hervorgerufen haben, und worüber ich mich nicht so gut äußern kann wie die höheren Töchter und die Dienstmädchen, die jetzt Matrosenbriefe in eigener Angelegenheit des Empfängers schreiben und alle Stellen in Kiel und Wilhelmshaven suchen, was bei dem dortigen Mangel an dienendem Personal eine erfreuliche Erscheinung und die Verhängung eines Willens ist, der den Matrosen zur „Kur immer weiter“, was aber von diesen so verstanden wird, daß sie nach China weiterfahren, wo einem die Mädchen wegen ihrer verhäpplten Zähne nicht nachlaufen können, wodurch manche Uebelstände vermieden werden, die Verstand, Phantasie, Gefühl und Willen manchmal nachteilig beeinflussen. —

Skandalöse reaktionäre Berichterstattung aus Italien hatten wir dem „Berliner Tageblatt“ nachgewiesen. Jetzt sucht sich der römische Korrespondent zu verteidigen. Das „kräftig aufreibende Land wolle von der Obstruktion nichts wissen“, sagt der Herr, der sich eines objektiven Urteils rühmt. Aber die letzten Wochen haben glänzende Fortschritte denjenigen Parteien gebracht, die durch Obstruktion die reaktionären Versuche, das Parlament durch Veränderung der Geschäftsordnung zu knebeln, bekämpfen. Nun erklärt jedoch der famose Römer des „Berliner Tageblatt“, daß die Geschichte mit dem neuen Reglement... doch erst nur eine Komödie“ sei. Wozu also der erdichtete Streit? Simulacrum und zweifelslos ist das Beginnen der Demokratie und der Sozialisten. Aber, wenn die Sache eine Komödie ist, warum macht die Regierung dieser Komödie nicht ein schnelles Ende, indem sie das Reglement zurückzieht? Der Korrespondent des „S. T.“ mutet der italienischen Regierung, die er verteidigt, den Widerspruch und das Verbrechen zu, daß sie um ein Nichts den das Land in seinen Tiefen erschütternden Kampf heraufbeschwört hat. Die hatten den Korrespondenten des „Berl. Tagebl.“ wenigstens als etwas geschickteren Verteidiger erlesenerischer Politik gewünscht. —

Das Generalkommando des 10. Armeekorps in Hannover erucht und, die in unserer Nummer vom 12. Juni veröffentlichte Notiz unter der Marke „Verhaftete Schupleute“ dahin zu berichtigen, daß 1. kein Offizier in der Garnison während der Krawalle von Schupleuten mit der Klinge geschlagen worden ist; 2. keine Militärpatrouille Schupleute verhaftet hat.

Unsere Mitteilung beruhte auf durchaus glaubwürdig erscheinenden Meldungen hannoverscher Blätter. —

Ausland.

England.

London, 20. Juni. (Gig. Ber.) Nachträglich sei noch eine bemerkenswerte Korrespondenz erwähnt, die sich zwischen dem Staatsminister des Innern, Sir Matthew White Ridley, und dem Sekretariat des Londoner Gewerkschaftsrats mit Beziehung auf die von dem ersteren ausgearbeitete Vorlage für die Abänderung des Fabrikgesetzes abgepielt hat. Wie seiner Zeit berichtet, haben Delegierte der englischen Gewerkschaften und Arbeiterinnen-Vereine sich am 23. April dieses Jahres auf einer in London abgehaltenen Konferenz nahezu einstimmig gegen diese Vorlage ausgesprochen und beschlossen, falls sie nicht deren Abänderung in den Hauptpunkten durchsetzen können, mit aller Energie ihre Verwerfung zu betreiben. Die betreffenden Beschlüsse wurden dem Minister vom Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrats, J. Macdonald, überreicht, worauf unterm 7. Juni dessen Antwort in Form eines Schreibens seines Unterstaatssekretärs an Macdonald zur Mitteilung an die Delegierten erfolgte. Das Schreiben ist überaus höflich und entgegenkommend gehalten, fast eine Entschuldigungsurkunde, in der die guten Absichten des Ministers betont werden und Punkt für Punkt der Nachweis versucht wird, daß dessen Gesetzentwurf doch eine Verbesserung gegen den derzeitigen Stand der Dinge in Gesetz und Praxis bewirken würde. Verschiedentlich wird auch betont, daß so der Entwurf noch nach den Wünschen der Arbeiter abgeändert werden könne.

So steht es mit Bezug auf den von der Konferenz sehr abfällig beurteilten Vorschlag der Einführung der Schichtarbeit in bestimmten Gewerben:

Der Paragraph wurde mit besonderer Bezugnahme auf gewisse Klassen von Fabriken, namentlich Munitionswerkstätten, ausgearbeitet, wo die abspannende Wirkung ununterbrochener Arbeit so groß ist, daß es wünschbar ist, die tägliche Arbeit auf acht Stunden herabzusetzen und diese in zwei, durch eine lange Pause getrennte Schichten von je vier Stunden einzuteilen. Ein Versuch mit Arbeit dieser Art ist bereits gemacht worden und zeigte einen guten Erfolg.

Sollte das Parlament den Paragraph annehmen, so würde jede auf Grund seiner verfaßte Anordnung durch bedingende Vorschriften genau eingezugt werden, die jenen Mißbräuchen, welche die Konferenz zu befürchten scheint, wirksam vorbeugen würden, und es ist daran zu erinnern, daß keine Anordnung verfaßt werden könnte, ohne dem Parlament unterbreitet zu werden. Jedoch scheinen einige gegen den Vorschlag erhobene Einwände, insbesondere diejenigen, die sich auf seine Minderwirkungen auf das Familienleben und die Erziehung beziehen, dem Staatssekretär großes Gewicht zu haben, und er wünscht nicht, auf Annahme des Paragraphen zu dringen, wenn derselbe nicht von den arbeitenden Klassen als eine Verfürgung der Arbeitszeit in schweren und aufreibenden Beschäftigungen gewünscht wird.

Mit Bezug auf die Bemerkung der in dem Entwurf vorgeschlagenen Abänderung der Regulierungen über zulässige Ueberzeitarbeit heißt es in dem Reskript, der Vorschlag sei völlig mißverständlich worden.

Seine Absicht ist, nicht das Quantum der zulässigen Ueberzeitarbeit zu erhöhen, sondern nur eine gewisse Flexibilität hinsichtlich der Daten im Jahre herbeizuführen, innerhalb deren das jetzt zulässige Quantum Ueberzeitarbeit stattfinden darf. Der Staatssekretär ist überzeugt, daß der Paragraph in der Praxis nicht zur Vermehrung der Ueberzeitarbeit führen würde. Wenn

aber befürchtet wird, daß er diese Wirkung haben würde, so kann dieser Punkt durch ein Amendement klargestellt werden.“

In diesem Ton geht es weiter, bis zum Schluß noch einmal des längeren dargelegt wird, daß, wenn in dem ministeriellen Entwurf ein großer Teil von Betriebsregeln, statt durch Gesetz ein für allemal prinzipiell festgesetzt zu werden, der Bestimmung durch ministeriellen Erlass überlassen wird, dafür nur Zweckmäßigkeitsgründe bestimmend gewesen seien, aber keinerlei Rücksicht, hinter die jetzige Praxis zurückzugehen. Jeder solcher Erlass müsse dem Parlament längere Zeit vorgelegen haben, bevor er endgültig bindende Kraft erhalte, die Arbeiter hätten somit reichlich Gelegenheit, jedesmal Einspruch zu erheben, wenn sie eine Verschlechterung des gegebenen Zustands von solchem Erlass befürchteten. Dagegen erlaube dieser Weg (der Verordnungen), in speziellen Fällen weitgehende Reformen durchzuführen, während auf dem Wege des für alle bindenden Gesetzes nur Mindestbeschränkungen gegeben werden könnten.

Die Zuschrift ist von den Vertretern der Arbeiter als nicht überzeugend erklärt worden. Sie anerkennen die große Zustimmung und die guten Absichten des Ministers, können aber in seinen Zusicherungen keine hinreichende Gewähr dafür erblicken, daß sich die Dinge in der Praxis in der angegebenen Weise stellen und dauernd gestalten werden. Jeder Ministerwechsel, jede Verschiebung im Parlament stelle das Erzwungene von neuem in Frage. Die Frage, ob bindendes Gesetz oder Regulierung durch Erlasse, sei für sie nicht eine solche der Zweckmäßigkeit, sondern des Prinzips. „Wir müssen daran erinnern“, heißt es in der von J. Macdonald und W. G. Vertrieb Endwell verfaßten Erwiderung, „daß die Verwaltung durch Erlasse schon versucht worden ist und, wie die 1870 zur Unterzeichnung der Bestimmungen des Fabrik- und Werkstätten-Gesetzes eingesetzte Kommission gezeigt hat, die höchst verwirrenden Folgen hatte. In den vorher sorgfältig sichergestellt und abgegrenzten Vollmachten hinsichtlich solcher Erlasse sehen wir etwas, was mit den weittragenden Veränderungen, wie sie die Regierungsvorlage von 1900 vorsieht, gar nicht verglichen werden kann.“

Die ganze Korrespondenz ist außerordentlich interessant — ein sehr bezeichnendes Dokument zur Zeitgeschichte. Und sehr gespannt darf man auf das Schicksal der Vorlage im Parlament sein. —

In Dublin lagte unter dem Vorsitz von John Redmond ein großer Konvent irischer Nationalisten, der die Vereinigung der irischen Nationalpartei ratifizieren soll. In dem Bericht vorläufig zur die Fraktion Redmond und die Fraktion Dillon-O'Brien, während Mr. Healy und die Mehrzahl seiner Anhänger ausgeblieben sind. Die beschlossenen Resolutionen erklären, daß die irische Rasse so lange der englischen Herrschaft feindselig gegenübersteht und diese Feindschaft gegebenenfalls geteilt werden muß, bis der Versuch, Irland mit Gewalt gegen den Willen der Regierten zu regieren, nicht aufgegeben werde, sowie für Befreiung der Landlords durch allgemeine zwangsweise Expropriation.

So radikal die Beschlüsse in formaler Hinsicht lauten, so läßt doch der bezüglich der nationalen Unabhängigkeit ziemlich deutlich die Bereitwilligkeit zu Kompromissen durchblicken. Die Fraktion haben stets Abstraktionszählungen genommen und von ihnen guten Gebrauch zu machen verstanden. Ein Beweis dafür ist die große Zahl von Mitgliedern der neuen Selbstverwaltungskörper auf der derzeitigen Konferenz. Statt diese Körper zu boykottieren, haben die Nationalisten sie überall eifrig kultiviert und benutzen sie jetzt in jeder nur möglichen Weise für die Förderung ihrer weitergehenden Bestrebungen. —

Frankreich.

Eine Rede Mitterands. Paris, 23. Juni. Der republikanische Ausschuss für Handel und Industrie hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Handelsministers Mitterand ein Bankett ab, zu welchem 600 Personen, darunter zahlreiche Senatoren und Deputierte, erschienen waren. Mitterand hielt bei dem Bankett eine Rede, in welcher er daran erinnerte, daß das Kabinett der republikanischen Verteidigung bereits ein Jahr bestünde, und in der er zur Eingabe aller an die Republik aufgeführten, in einer Ansprache forderte hierauf Brissen die Anwesenden auf, sich um das Kabinett der republikanischen Verteidigung zu sammeln. —

Spanien.

Die angeblichen „Anarchisten“ von Montjuich, deren trauriges Schicksal in der ganzen zivilisierten Welt einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, können nicht zur Ruhe kommen. Von neuem taucht, wie man uns schreibt, die Frage auf, was mit diesen Hermiten, die in den Katakomben und Höhlenkammern der Festung Montjuich bei Barcelona an Leib und Seele Schaden gelitten haben, geschehen soll. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß mehrere der „begnadigten“ Anarchisten ihren Weg nach London und Amerika genommen haben, „der Not gehorchend“, nicht dem eigenen Triebe, denn sie wurden gegen ihren Willen aus dem Vaterlande vertrieben. Aber nicht alle durften den heimatischen Boden verlassen. Die „Anarchisten“ Cima, Vis, Sala, Vilatorrada, Carbonell und Ripoll hatten anfangs die Absicht, nach Mexiko zu gehen; dann wählten sie England als Zufluchtsstätte. Als sie jedoch abreisen wollten, traf vom Ministerium der Vorseh ein, daß sie zwischen Amerika und Afrika zu wählen hätten, da keine europäische Macht geneigt sei, sie aufzunehmen, auch England nicht. In diesem Dilemma wählten die unglücklichen Opfer der mittelalterlichen spanischen Justiz Tanger in Marokko als Zufluchtsort und gaben der Regierung ihren Entschluß zu erkennen. Die Antwort der Regierung ist noch nicht eingetroffen, und die sechs „begnadigten Männer“ schmachten noch immer in den Gefängnissen von Santander, wozu man sie bald seit ihrer „Begnadigung“, d. h. vor etwa fünf Monaten, gebracht hat. Der Ministerpräsident Silvela ist übrigens von England sofort Lügen gestraft worden. Die englische Regierung ließ erklären, daß sie nie daran gedacht habe, den spanischen Verbannung die Gastfreundschaft, die sie jedem Englischen gewähre, zu verweigern. Aber solche Kleinigkeiten führen das jeiliche Gleichgewicht des Herrn Silvela nicht im geringsten. Das aus Anhängern aller politischen Parteien zusammengesetzte Komitee für die Revision des Montjuich-Prozesses will in allen spanischen Provinzen Meetings veranstalten, um die vollständige, wirkliche Begnadigung der sechs in Santander eingekerkerten „Anarchisten“ zu verlangen. Für die Provinz Barcelona hat der Generalkapitän jede Agitation verboten. Gegen dieses Verbot kann kein Einwand erhoben werden, da in Barcelona der Belagerungsstand herrscht. Dafür ist aber in Santander, Bilbao, Valencia, Sevilla usw. die Absicht des Revisions-Komitees mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden. —

Afrika.

Vom Boerenkrieg. London, 23. Juni. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Pretoria vom 19. Juni: Ein vollständiges Reg. wird nach und nach um die Stellung D. Weis durch die Streitkräfte der Generale Buller, Krabant, Rundle und Methuen gezogen. Wenn es notwendig werden wird, wird sich auch General Hamilton an dieser Aktion beteiligen. General Botha erklärte, er sei geneigt, die Uebergabe zu vollziehen, doch stelle sich dem der Präsident Kruger entgegen, welcher darauf bestohe, daß man ihn gestatte, im Lande zu bleiben; auch bilden die Operationen des Generals De Wet einen Grund für das Widerstreben Bothas, zu einem Abbruch zu kommen.

Die „Westminster Gazette“ weiß zu berichten, daß Präsident Kruger bis zum 12. Juli in den Händen der englischen Truppen und damit der Krieg beendet sein werde.

Vom Aschanti-Aufstand. London, 23. Juni. Aus Prasu wird gemeldet: Die Aschantis haben den Abansis 1500 Mann nach Domoasi in Hilfe geschickt. 460 Soldaten sind unter dem Befehl eines Obersten und 16 Offizieren hier eingetroffen. Dieselben verfügen über ein Geschütz.

Zur marokkanischen Frage. Wie die „Times“ erfahren, richtete die marokkanische Regierung am 9. d. M. an die französische Re-

gierung die formelle Forderung um Anrufung eines europäischen Schiedsgerichts über die Streitfragen, die durch die französischerseits erfolgte Besetzung der Oasen von Tuat, Tidjelt und Gurara, sowie des Distrikts von Igl zwischen den beiden Regierungen erwachsen sind.

Europa hat einstweilen genug an seinem ostasiatischen Handel. Erst nach Austrag der asiatischen Angelegenheit wird auch die marokkanische Frage wieder brennend werden. —

Partei-Nachrichten.

Die Kronstädter Konferenz und die Socialdemokratie. Die Socialdemokratie von Siebenbürgen und Süd-Ungarn hatte während der Pfingstfeiertage die erste Landeskonferenz in Kronstadt. Aus den sehr kurzen offiziellen Berichten über die Verhandlungen hatten wir einen Auszug gebracht. Ueber diese Konferenz sind nun mittlerweile der socialdemokratischen „Volkstimme“ Einzelheiten mitgeteilt worden, welche geeignet sind, den Charakter derselben in einem recht sonderbaren Lichte erscheinen zu lassen. So stellt die „Volkstimme“ fest, daß an den Verhandlungen auch ein Wilhelm Mezöfi, ein „Söbner Banffy“, beteiligt war. Die Beschlüsse seien denn auch so ausgefallen, daß Banffy seine helle Freude daran gehabt habe, „insbesondere gegen den bürgerlichen Blättern der Beschluß — so schreibt das Budapestener Partei-Organ —, der betrefte der Rationalitätenfrage gefaßt wurde und müssen wir konstatieren, daß die bürgerliche Presse von ihrem Standpunkt aus ein Recht hat, sich über diesen Beschluß zu freuen. Derselbe lautet im Anfang wie folgt: „Die am 3. und 4. Juni 1900 in Kronstadt abgehaltene Landeskonferenz spricht aus, daß sie an der ungarischen Staatsidee festhält und die ungarische politische Führerrolle anerkennt.“ — Ist der Beschluß wirklich in obiger Form gefaßt worden, so haben die ungarischen „Patrioten“ in der That alle Ursache, damit zufrieden zu sein, eben so sicher aber ist auch, daß diese Beschlüsse nichts zu thun haben mit den Prinzipien der Socialdemokratie.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— Bürgermeisterliche Sitzblüten. Die Genossin Frau Ziehl aus Hamburg hatte in Gesehweuda und in Blaue (Schwarzburg-Sonderhausen) über das Thema „Liebe Deinen Nächsten“ sprechen wollen. Die wohlwollende Polizei hatte die Versammlung verboten. Ueber die Innamehmschreien, deren Frau Ziehl sowohl als auch die Parteigenossen von Blaue dabei ausgesagt waren, geht der „Freier Arbeiter“ ein Bericht zu, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Da bei der Versammlung in Blaue nicht mehr bekannt gemacht werden konnte, daß sie nicht stattfinden konnte, so waren zahlreiche Besucher in dem betreffenden Lokal erschienen, die dann bei einem Glas Bier und bei Gesang fröhlich beisammen blieben. Um 9 1/2 Uhr erschien der Herr Bürgermeister und fragte in aufgeregtem Ton den Wirt, wo das „Mensch“, das „Frauenzimmer“ sei, das hier habe reden wollen. Darauf wandte er sich an die Genossin Ziehl, fragte sie barsch, wer sie sei, was sie wolle, sie solle sich legitimieren, das habe ihm schon der Herr Landrat auf seine Anfrage telegraphiert. Als Genossin Ziehl ihm fragte, was er denn eigentlich sei und wie er dazu komme, Legitimation zu verlangen, ward der Herr immer aufgeregter und erklärte: Sie wollen hier reden und da verlange ich Legitimation, sonst verhafte ich Sie. Als darauf einige Anwesende lachten, rief der Bürgermeister ganz außer sich: Wenn Sie noch lachen, löse ich die Versammlung auf, darob klärunglose Heiterkeit. Eine Versammlung, die gar nicht stattfindet, kann wohl nicht aufgelöst werden.

Genossin Ziehl mußte sich schließlich den Belästigungen des Bürgermeisters gegenüber um Schutz an den Wirt wenden, worauf sich der Bürgermeister entfernte. Nicht lange darauf erschien er jedoch wieder in Begleitung des Genbarren, die beide im Saal Platz nahmen. Als dann gegen 11 1/2 Uhr die meisten das Lokal verließen und Genossin Ziehl sich auf ihr Zimmer verfügen wollte, wurde sie vor der Thür des Saals vom Genbarren angehalten, um sich zu legitimieren. Sie wurde schließlich, wie auch der auf Agitation dort anwesende Cigarettenarbeiter Norman, nach dem Standesamt geführt, wo ihre Personalien aufgenommen wurden. Beschwerde über das Auftreten des Bürgermeisters ist eingereicht.

Der Krieg in China.

Der Verzweiflungskampf in Tientsin.

Berlin, 23. Juni. Der kaiserliche Konsul in Tschifu telegraphiert von gestern Abend:

„Die Beschlezung der Niederlassung in Tientsin dauert fort. Die meisten Gebäude sind niedergebrannt. Vom Entsatzkorps und Peking keine Nachrichten.“

New York, 23. Juni. Frederick Brown, der Leiter der Methodistischen Mission in Tientsin, sandte dem „New York Journal“ von Tschifu folgendes Telegramm:

Es entkam jedoch aus Tientsin auf einem deutschen Kanonenboot. Die Stadt wurde mehrere Tage von chinesischen Truppen beschossen. Das ganze Fremdenviertel ist zerstört. Lieutenant Bight von der amerikanischen Flotte und fünfzig Marinesoldaten, die zu unserem Schutze abgedandt worden waren, wurden getötet, beziehungsweise verwundet. Die Munition ist verbraucht. Die Garnison leidet schrecklich. Hilfe ist dringend nötig.

London, 23. Juni. Eine Washingtoner Meldung besagt: Es traf in Washington ein Kabeltelegramm des Admiral Kempff ein, welches mitteilt, daß in Tientsin der amerikanische Konsul, vierzig anglo-amerikanische Missionare und eine größere Zahl von Privatpersonen ermordet worden seien. Die Nachricht wurde dem General Mac Arthur nach Manila mit der Aufgabe übermitteln, ob er Truppen entbehren könne, damit diese nach China entsandt würden. Das Telegramm führt auch aus, daß nicht die Boger, sondern chinesische Soldaten in Tientsin auf die Europäer schossen.

Shanghai, 23. Juni. (Meldung des „Menterschen Bureau“.) Tientsin wurde am Donnerstag durch die chinesischen Truppen unter Peking-Tuan mit 45 Kruppischen Schnellfeuer-Geschützen angegriffen. Bis jetzt gelang es den Chinesen noch nicht, die Stadt zu nehmen, obwohl ihr Feuer beträchtlichen Schaden anrichtete.

London, 23. Juni. „Daily Express“ meldet vom gestrigen Tage aus Shanghai: Die Japaner erhielten bis zum 15. d. M. reichende Nachrichten aus Peking; danach wären dort über 100 Fremde getötet worden. Seit dem Tage sind in Tokio von den Gesandtschaften keine Nachrichten eingegangen. „Daily Chronicle“ meldet vom gestrigen Tage aus Paardekop: Die Schiffsbrigade vom Kriegsschiff „Fort“ ist abgerufen worden.

Die anfällige Verunstaltung des „Itis“

Ist endlich in Berlin eingegangen. Sie bezieht sich auf 8 Tote und 14 Verwundete. Das Telegramm lautet:

Berlin, 23. Juni. Soeben ist die folgende Wiederholung einer am 17. vom Chef des Kreuzgeschwaders über Port Arthur abgeschickten Depesche über das Gefecht bei Taku, die bisher nicht hierher gelangt war, eingetroffen:

Um 12 Uhr 50 Minuten nachts eröffneten die chinesischen Forts Feuer auf die 7 Kanonenboote im Fluß. Die Forts wurden in sechsundzwanzig harten Kämpfen besetzt und besetzt. Kommandant S. M. S. „Itis“ war die Seele des Unternehmens und hat hervorragend glänzend gekämpft. An S. M. S. „Itis“ sind Makine, Kessel, Schiffskörper und 88 Centimeter-Geschütze unbeschädigt, 37 Centimeter-Geschütze und Aufbau stark beschädigt. Es sind gefallen: Oberleutnant Heilmann, Wächnermachermaat Baeklein, Obermatrose Solopf, Bothe, Raas, Johannes, Matrose Behnsoff, Oberheizer Polm; schwerverwundet der

Kommandant Korvetten-Kapitän Hans, Obermatrose Splinter, Matrose Schoppengerd, Berichtsführer Herrings vom Ostasiatischen Lloyd, leichtverwundet 10 Mann. Letzte Stunde war Oberleutnant Hoffmann Kommandant. Er folgte dem Beispiel des Kapitäns Hans, Haltung der Mannschaft war glänzend. Hilfe von Schiffen auf See war unmöglich.

Weitere Angaben über die Verluste der Mächte werden in folgenden Telegrammen gemacht:

Petersburg, 23. Juni. Das im „Regierungsboten“ veröffentlichte Telegramm des Vice-Admirals Nezejew aus Port Arthur vom 20. Juni meldet ferner: Die Verluste des englischen Kriegsschiffs „Algerine“ bei Tatu betragen: 2 Offiziere und 4 Matrosen verwundet; vom französischen Kriegsschiff „Lion“ 3 Matrosen verwundet.

Li-Hung-Tschang als christlicher Missionar.

Hongkong, 22. Juni. Wie die „Hongkong Daily Press“ meldet, teilte Li-Hung-Tschang gestern mit, er habe von der Kaiserin den Befehl erhalten, sich nach Peking zu begeben, die Vögel zu unterdrücken und den Frieden mit den Mächten herzustellen. Er reise am 27. Juni von Canton über Hongkong und Shanghai ab.

Berlin, 23. Juni. Der hiesige chinesische Gesandte hat dem Auswärtigen Amte heute mitgeteilt, daß er soeben ein Telegramm vom Vizekönig von Kwangling erhalten habe, mit dem Inhalt, daß der Vizekönig Li-Hung-Tschang telegraphisch beordert ist, sofort nach Peking zu kommen, und daß der kaiserliche Deutsche Gesandte (in Peking) sich in Sicherheit und wohl befindet.

Berlin, 23. Juni. Aus der hiesigen chinesischen Gesandtschaft wird mitgeteilt, daß nach einem Telegramm des Vizekönigs Li-Hung-Tschang dieser nach Peking zur Audienz befohlen ist, um die Vermittlerrolle zwischen China und den Mächten zu übernehmen. Li-Hung-Tschang beabsichtigt, zuerst den Aufstand der Vögel zu unterdrücken und dann die Verhandlungen aufzunehmen. In dem Telegramm wird ferner der Wunsch ausgesprochen, daß die europäischen Mächte von der Absendung weiterer Truppen nach China absehen möchten.

Gleichzeitig erhielt die Berliner chinesische Gesandtschaft ein Telegramm des Direktors der chinesischen Eisenbahnen und Telegraphen, welches besagt, daß die Gesandten in Peking unverfehrt seien.

Aus dem übrigen China.

Shanghai, 23. Juni. Die Konsuln richteten an den chinesischen Admiral eine Note, er möge seine Schiffe von hier wegbringen. Infolgedessen werden zwei Schiffe heute bei Eintritt der Flut, die übrigen morgen von hier auslaufen.

Ferner wird aus Shanghai gemeldet, daß fünf chinesische Kriegsschiffe gestern bei Wookung ausgelaufen sind. Von den englischen Offizieren über den Zweck ihrer Fahrt befragt, erklärte der chinesische Kommandant, er habe Auftrag erhalten, den Aufstand der Vögel zu unterdrücken. (?)

Kiel, 22. Juni. Hiesige Marinekreise behaupten: der deutsche Kreuzer „Dante“ bohrte in den chinesischen Gewässern ein chinesisches Schiff in den Grund und kaperte ein andres. 50 Chinesen sollen getötet und 70 verwundet worden sein.

Admiral Seymour.

London, 23. Juni. „Daily Express“ erfährt aus Shanghai vom 22. Juni: Die Lage Seymours ist noch ungewiß, im hiesigen Konsulat wird geglaubt, er habe, irreführt durch eine Kundschaft aus Peking, die Natur seiner Aufgabe, die Schwierigkeit des Wegs und die chinesische Widerstandskraft unterschätzt, sowie die Tatsache, daß die Chinesen Maximalkanon und moderne Waffen besitzen, augenscheinlich ignoriert.

Die Rüstungen.

London, 23. Juni. Es verlautet, die britische Regierung gedenke nötigenfalls 10000 britische Truppen von Südafrika nach China zu senden. Eine Petersburger Drahtung der „Daily Mail“ meldet, der Kriegsminister verfügte am 20. Juni die Mobilmachung aller sibirischen Linienregimenter. Im Lauf einer mehrstündigen Konferenz mit Murawiew und Kurapatin in Petersburg am 20. Juni betonte der Jar die Notwendigkeit der Herstellung der Ordnung in China und strenge Aufrechterhaltung des status quo im engsten Einvernehmen mit England, Deutschland und Frankreich.

Walta, 23. Juni. Die Kreuzer „Ibis“ und „Dido“ sind für den Dienst in China hergerichtet; sie nehmen große Gesch. und sonstige Vorräte mit.

Rom, 23. Juni. Wie die Blätter melden, werden voraussichtlich die Kriegsschiffe „Piani“, „Stromboli“ und „Beluvia“ nach China abgehen. Der Kreuzer „Carlo Alberto“ wird morgen von Perim nach Colombo in See gehen.

Hongkong, 23. Juni. Der britische Kreuzer „Pique“ und der Torpedobootszerstörer „Otter“ sind hier eingetroffen und nehmen schnell Kohlen ein. Der amerikanische Kreuzer „Don Juan de Austria“ ist in Canton eingetroffen.

Kiel, 23. Juni. Der japanische Kreuzer „Jahima“ ist aus Stettin hier eingetroffen und nach Einnahme von Kohlen sofort nach Japan weitergegangen.

Wien, 23. Juni. Der Panzerkreuzer „Marta Theresia“ ist heute von Volo nach Ostfien ausgelaufen.

Depeschenvermittlung.

London, 23. Juni. Die „Costers Telegraph Company“ giebt bekannt, daß nachdem die britische Regierung allen zwischen Tschifu und Tatu verkehrenden britischen Kriegsschiffen die Mitnahme von Telegrammen gestattet hat, Depeschen nach Tatu und darüber hinaus angenommen und auf Gefahr des Absenders besördert werden. Die Verbindung zwischen Shanghai und Tschifu sei jetzt auf Linien, die der chinesischen Telegraphenverwaltung gehören, geöffnet, hingegen sei über den Stand der Verbindungen über Tatu hinaus nichts bekannt.

Der Handelsverkehr Chinas.

Einige Angaben über den Handelsverkehr Chinas sind in diesem Augenblick von besonderem Interesse.

Die ein- und ausgelaufenen Schiffe betragen:

	1899		1898	
	Schiffe	Tonnengehalt	Schiffe	Tonnengehalt
Britische	25 350	23 338 230	22 609	21 295 906
Chinesische	31 009	9 849 247	23 547	8 187 572
Japanische	3 712	2 839 741	2 262	1 649 134
Deutsche	2 078	1 854 240	1 831	1 685 098
Französische	322	613 191	577	420 078
Schwedisch-Norwegisch	482	489 718	498	440 544
Amerikanische	719	810 107	743	239 152
Sonstige	1 249	523 850	294	426 036

Der Wert des Ein- und Ausfuhrhandels nach der Flagge der Schiffe betrug:

	1899		1898	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Britisch	157,58	95,42	129,50	77,41
Chinesisch	42,84	44,31	32,49	38,96
Deutsch	30,5	16,36	25,24	15,88
Japanisch	24,94	16,47	14,89	11,04
Französisch	8,70	20,64	5,09	14,13
Russisch	0,15	6,97	0,11	5,97
Schwedisch-Norwegisch	4,24	1,71	5,11	2,17
Amerikanisch	2,49	2,27	1,91	1,73
Sonstige	2,32	0,64	4,01	1,41

Die Zahl der Deutschen in China, welche in den Vertragshäfen wohnen, betrug im Jahre 1899 nach dem „Ostasiat. Lloyd“ nur 1134, die Zahl der Fremden überhaupt 17 193. Die Zahl der Deutschen steht darunter erst an siebenter Stelle, denn es waren 1899 in China in den Vertragshäfen domiziliert: 5582 Engländer, 2440 Japaner, 2335 Amerikaner, 1621 Russen, 1423 Portugiesen, 1183 Franzosen. Die Fremden, welche in den europäischen Kolonien Tschungtau, Port Arthur und Hongkong wohnen, sind in dieser Statistik nicht mitgezählt. Die Zahl der von Ausländern in den Vertragshäfen etablierten Firmen betrug 1899 933. In der Zahl der Firmen steht Deutschland mit 115 an dritter Stelle und wird nur übertroffen von 401 englischen und 195 japanischen. Die Zahl der russischen Firmen beträgt nur 19, diejenige der amerikanischen 70 und der französischen 78.

Letzte Meldungen.

Berlin, 23. Juni. (B. L. Z.) Der hiesigen chinesischen Gesandtschaft ist heute abend aus Shanghai eine Meldung zugegangen, wonach alle Gesandtschaften in Peking unversehrt und alle Gesandten wohlbehalten seien.

Paris, 23. Juni. In der Budgetkommission teilte der Marineminister Lancaux mit, daß die Kredittforderung, welche er anlässlich der Vorgänge in China stelle, gestatten werde, in Tatu eine effektive Truppenmacht von 3500 Mann gleich den übrigen Mächten zur Verfügung zu haben und in Tsinin die von dort fortgenommenen Mannschaften zu ersetzen.

London, 23. Juni. (B. L. Z.) Nach hier aus Petersburg eingetroffenen Meldungen ist der Jar entschlossen, im Einverständnis mit England, Deutschland und Frankreich die chinesische Frage zu lösen. Der Kriegsminister Autopalkin habe die Mobilisierung aller sibirischen Linien-Regimenter angeordnet.

Washington, 23. Juni. (B. L. Z.) Ein Kabeltelegramm des Admirals Kempff meldet über Tschifu von heute: Amerikanische Marinesoldaten unter Major Walker, unterstützt durch 400 Russen, hatten ein Gefecht mit chinesischen regulären Truppen in der Nähe von Tienjin; es gelang ihnen indes nicht, die Linien derselben zu durchbrechen. Kempff fügt hinzu, daß eine 2000 Mann starke Streitmacht jetzt bereit stehe, um den Kampf wieder aufzunehmen und hebt als bedeutsam hervor, daß es reguläre chinesische Soldaten seien, welche den ausländischen Truppen entgegentreten.

Shanghai, 23. Juni. (B. L. Z.) Aus Tschifu wird gemeldet, daß in Tienjin die Lage kritisch, doch nicht hoffnungslos ist. Die Stadt wird bombardiert und steht teilweise in Flammen, die Besatzung haben erhebliche Verluste. Vorgestern sind ungefähr 2000 Mann zum Entzug aufgebrochen.

Shanghai, 23. Juni. (Telegramm des „Neueren Bureaus“). Der amerikanische Konsul hat aus Tatu folgende Depesche vom 22. Juni erhalten: Die Russen und Amerikaner, welche am 21. Juni Tienjin zu entziehen versuchten, wurden gezwungen, sich zurückzuziehen. Sie werden wahrscheinlich freitags nach Eintreffen von Verstärkungen den Angriff erneuern. Ein gepanzerter Zug entginge Donnerstagsnacht. — Der Vizekönig von Kwangling telegraphiert, am 20. Juni hätten sich die Gesandtschaften in Peking in Sicherheit befunden.

Tschifu, 23. Juni. Lloyd's Korrespondent in Nintschung meldet, die Eisenbahn sei an mehreren Stellen zwischen Tienjin und Nintschung zerstört; die Ausländer zögen sich nach dem Hafen zurück. Der englische Konsul habe telegraphisch ein Kanonenboot verlangt, jedoch keine Antwort erhalten. Offenbar überläßt man den Hafen dem russischen Sänge. Russische Truppen trafen von Port Arthur und vom Norden ein. Die Ausländer befänden sich wohl.

Bewerkschaftliches.

Verlu und Umgegend.

Zur Straßenbahner-Bewegung meldet eine Lokal-Korrespondenz: Der neu gegründete Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn, für den bis jetzt 800 Beamte Beitrittserklärungen abgegeben haben, wird demnächst seine gründende Generalversammlung abhalten, in welcher die Satzungen festgelegt werden sollen. Aus dem fertiggestellten Satzungsentwurf ist zu entnehmen, daß der neue Verein den Zweck hat, durch belehrende Vorträge und gesellige Veranstaltungen die allgemeine Berufsbildung zu fördern, Vaterlandsliebe und Kollegialität zu pflegen. Im letzten Paragraphen wird die Schaffung von Vereinsteinrichtungen zur Förderung der wirtschaftlichen Vorteile der Mitglieder angedeutet.

Die geselligen Veranstaltungen, verbunden mit patriotischem Alibim, das sollen die Ader sein, durch welche die Straßenbahner von dem Verfolg ihrer wirtschaftlichen Interessen abgelenkt werden sollen. Wir hegen die Hoffnung, daß dies der Dilettant nicht gelingen wird, mögen sich auch viele der Angestellten ihrem Zerrorismus fügen und aus Furcht vor wirtschaftlichem Ruin als „Miß“-Mitglieder dem neuen Verein beitreten; mit dem Herzen werden sie an dem Verbände hängen, der ein Gegengewicht gegen die Uebermacht der Direktion bildet.

Parteiabendeleger. Die in der „Berichtigung“ des Herrn Peter, Zentralkomitee, in der Nummer des „Vorwärts“ vom 19. Juni aufgestellte Behauptung, daß er den 1898er Tarif schon immer gezahlt habe, ist thatsächlich richtig. Herr Peter bemüht sich, stets mit ungelerten Arbeitern auszukommen und hat bei der Entlohnung dieser Arbeiter sich nicht an den Tarif gehalten. Wir ersuchen unsere Kollegen, so lange der Tarif durch Unterschrift nicht anerkannt ist, keine Arbeit bei Herrn Peter zu nehmen.

Die Kommission.

Die Dienstbotenzeitung „Unser Blatt“ ist von der Verlagsfirma M. Berta übernommen worden. Das Blatt wird vom 1. Juli an unter dem Titel „Die Hausgehilfin“ erscheinen. Auf Grund verschiedener Anträge wird Herr Redakteur Behlmann, der Leiter der vorjährigen Dienstbotenversammlungen, im Juli in größeren Städten Vorträge über die Dienstbotenbewegung und die Gesindegesetze halten.

Zum Maurerstreik in Spandau. Die Polizei entwickelt in der gestern geschickerten „Kleideroffiziere“ eine geradezu fieberhafte Thätigkeit, um den Urheber zu ermitteln.

Am Freitagabend sind die Maurer Hermann Lamprecht (Mitglied der Streikkommission) und Emil Linke, welche der Polizei gegenüber als verdächtig erschienen, in Untersuchungshaft genommen worden. Beide sollen jedoch nach den gewordenen Mitteilungen an dem Vorkommnis absolut keine Schuld tragen. Am Sonnabend fanden wieder eine Reihe Vernehmungen von Maurern statt; ob diese ein Resultat ergeben haben, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. — Die Streikenden haben selbst ein lebhaftes Interesse an der Ermittlung des Veräbers eines derartigen Vergehens, um zu verhindern, daß dasselbe von unsren berufsmäßigen Schachmachern noch mehr als bisher geschehen, gegen die Arbeiterorganisationen ausgenutzt werden kann, und um gleichzeitig feststellen zu können, daß die streikenden Maurer Spandaus einer derartigen zwecklosen Handlung absolut fernstehen.

Deutsches Reich.

Ueber den Veltener Töpferstreik

geht uns von dort folgender Bericht zu: In eine verhängnisvolle Situation kam das an der Berlin-Rennener Eisenbahn gelegene „Töpferdorf“ Veltens durch die Starckpöpligkeit der dortigen Osenfabrikanten gebracht werden, indem am Montag, den 18. d. M., von sämtlichen Arbeitern der am Ort bestehenden 37 Osenfabriken in einer Versammlung der Generalstreik beschlossen wurde. Der Sachverhalt, weshalb dieser Schritt gethan wurde, ist folgender: Seit dem Jahre

1890 sind die Accordlöhne der Töpfer in den hiesigen Osenfabriken, trotz der fortwährend steigenden Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten und öffentlichen Ausgaben, von den Fabrikanten bis zu 30 Proz. herabgedrückt worden, ohne daß sich die Arbeiter dagegen wehren konnten, die Lohnsätze der ungelerten Hilfsarbeiter betragen 12—13,50 M. Im Jahr 1898 forderten nun die hiesigen Arbeiter eine 10proz. Lohnsteigerung sowie den 10stündigen Arbeitstag und 18 M. Minimallohn für ungelerte Hilfsarbeiter. Die Fabrikanten boten damals eine 5proz. Lohnsteigerung für Accordarbeiter sowie 15 M. Wochenlohn für ungelerte Arbeiter, die weiteren 5 Proz. und der 10stündige Arbeitstag sollten am 1. Januar 1899 in Kraft treten. Die Arbeiterkassette nahm diesen Vergleich, auf das Wort der Fabrikanten bauend, an. Wie hielten nun diese Herren ihr den Arbeitern gegebenes Wort?

Am 1. Januar 1899 wurden die Herren Fabrikanten von den Arbeitern an ihr Versprechen erinnert. Die Antwort lautete: Wir können eine weitere fünfprozentige Lohnsteigerung nicht gewährleisten und den zehnstündigen Arbeitstag ebenfalls nicht bewilligen. Die Arbeiterkassette konnte, in Anbetracht der nicht sehr günstigen Konjunktur, welche regelmäßig im Winter wiederkehrt, nichts dagegen unternehmen, und es wurde ruhig elf Stunden täglich in staubigen und überheizten Räumen weitergeschuftet. Auch im Frühjahr und Sommer des vorigen Jahres konnte die Arbeiterkassette die Fabrikanten nicht veranlassen, ihr Versprechen einzulösen, sondern allem Drängen der Arbeiter, die Herren sollten ihr Wort einlösen, wurde ein kategorisches „Wir bewilligen nichts“ entgegengesetzt. Doch es kam noch besser. Die Handlungsweise der Fabrikanten am 1. Oktober 1899 schlug dem Fah den Boden aus. Die Fabrikanten zogen an diesem Tage auch die 5 Proz. noch ab, welche im Juni 1898 vereinbart waren. In Anbetracht, daß der Winter vor der Thür stand, mußten sich die Arbeiter auch dies gefallen lassen.

In diesem Frühjahr wurde nun von Seiten der Arbeiterkassette ein Lohnsatz mit einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 15 Proz. ausgearbeitet, in welchem ebenfalls die zehnstündige Arbeitszeit gefordert wurde und die Festlegung des Lohnsatzes bis zum 1. April 1902. Also die Arbeiter wollten auf einige Jahre Ruhe haben und nicht immer wieder mit Abzügen erfreut werden. Die Fabrikanten bewilligten eine 5proz. Lohnsteigerung für Accordarbeiter und 15 M. und ebenfalls 5 Proz. für Hilfsarbeiter. Da nun aber sehr viele Hilfsarbeiter, da die Leute knapp sind, schon 16,50 M. erhalten, so bedeutet dies thatsächlich einen Abzug. Die 10 stündige Arbeitszeit wurde in der Weise bewilligt, daß die Wiltagspause 2 Stunden betragen soll, jedenfalls weil sie in dieser Weise am besten zu durchbrechen ist. Von einer Festlegung dieses „Ungeändertes“ wollten die Herren nichts wissen, sondern am Schluß dieses Ungeändertes, welches der Arbeiter-Kommission schriftlich übermittelte wurde, stand das bedeutungsvolle Wort: „Dies wird alles so lange als möglich bewilligt.“ Gewiß ein sehr beherzter Begriff. Daß sich die Arbeiter mit diesem „Ungeändertes“ und in Anbetracht der Handlungsweise der Fabrikanten in den letzten Jahren nicht einverstanden erklären konnten, lag auf der Hand. Alle Einigungsversuche der Arbeiter, welche im Lauf der Verhandlungen ihre Forderungen bis auf 8 Proz. herabsetzten, aber von der Festlegung des Lohnsatzes nicht abgehen konnten, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. Auch der hiesige Herr Amtsvorsteher, welchen die Arbeiter in Ermangelung eines Gewerbegerichts, als Einigungsamt anrufen hatten und welcher in anerkannter Weise die Sache in die Hand genommen hatte, war durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer nicht im Stande, eine Einigung herbeizuführen. Die Arbeiter hatten alles versucht und es blieb ihnen keine andre Wahl, als der beschlossene Generalstreik, welcher schon seinen Anfang im Lauf dieser Tage genommen hat und am Sonnabend, den 23. d. M., vollständig wird. Ein großer Teil der Arbeiter hat sich schon auswärts Arbeit gesucht, doch wird dieser Kampf große materielle Opfer kosten, da insgesamt 1500 Arbeiter in Frage kommen. Ein Drittel der Beteiligten ist im Verband der Töpfer und Berufsgenossen organisiert und wird von diesem Unterstützung erhalten, da aber viele Unorganisierte in Betracht kommen und dieselben ebenfalls von ihrem Verbände unterstützt werden müssen, so richten wir an alle Kollegen, sowie an die gesamte deutsche Arbeiterkassette die Bitte, ihr Eifer für diesen Kampfe in unserem Verufe beizutragen. Alle Aufschriften sind zu richten an den Töpfer Arthur Schmidt, Veltens, Victoriastraße; alle Geldsendungen richte man an unsern Kassierer Albert Krämer, Veltens, Victoriastraße.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Former und Hilfsarbeiter in Cherswalde bei der Firma Wulde u. Göbde ist aufgehoben. Es ist nach 20wöchigem Kampfe der Firma nicht gelungen, Erfolge für die Streikenden zu erlangen. Sämtliche Streikenden sind anderweitig in Arbeit getreten, und zwar trotz der schwarzen Liste.

Zum Breslauer Tischlerstreik wird uns mitgeteilt, daß derselbe keineswegs — wie in bürgerlichen Blättern gemeldet wird — beendet ist. Es stehen noch 400 Schiffe in Ausbänd; allerdings bewilligen täglich mehr Firmen die Forderungen der Gehilfen.

Der Streik bei der Firma Scheibler u. Comp. in Montjoie ist beendet. Und zwar zu Ungunsten der Arbeiter, weil der christliche Verband nicht mehr in der Lage war, Streikunterstützung zu zahlen. Die Firma hatte bekanntlich von den Arbeitern den Austritt aus der christlichen Organisation gefordert.

Streikländer. Während des Holzarbeiter-Streiks in Krefeld hatte ein streikender Schreiner einem Arbeitswilligen das infoliarische Handeln seinerseits vorgehalten, und zwar in der freundlichstlichen Weise. Der Arbeitswillige ging scheinbar auf den Vorschlag des Streikenden ein, gegen Erstattung der Reisekosten abzuweichen. Statt dessen ging er auf Anraten seines Meisters zur Polizei und beantragte dort, der Streikende hätte ihn bedroht. Diese Behauptung hielt er am 21. Juni vor dem Schöffengericht aufrecht, und wurde daraufhin der „Missethäter“ zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, trotzdem er einen Zeugen beibrachte, der die Sache anders darstellte. Weiter wurde ein Kellner zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er während des Bierboikotts einen arbeitswilligen Bierbrauer beleidigt haben sollte. In der nämlichen Sitzung wurde ein Fingerring-Unternehmer zu 6 M. Geldstrafe verurteilt. Derselbe hatte irgendliche Arbeiter von morgens 5 bis abends 8 Uhr und oft noch länger beschäftigt. Unter diesen jugendlichen Arbeitern befanden sich welche, die noch keine 14 Jahre alt waren.

Ausland.

Zum Wilsner Schuhmacherstreik. Der Schuhmacher-Streik in Wina dauert fort. Die Zahl der Ausständigen ist gewachsen, da jetzt auch die jüdischen Schuhmacher begetreten sind. Das Wilsner Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen hat die Sammlung der Gelder in seine Hände genommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die italienische Ministerkrise.

Rom, 23. Juni. Die „Agence Stefani“ meldet: Saracco wird morgen dem König folgende Ministerliste unterbreiten: Präsidium und Inneres: Saracco; Auswärtiges: Biscioni-Venosta; Justiz: Giannurco; Schatz und interimistische Finanzen: Giulio Rubin; Öffentliche Arbeiten: Branco; Unterricht: Gallo; Krieg: Potta di Jaso Martins; Marine: Morin; Ackerbau: Careano; Posten und Telegraphen: Pascolato. — Die Kammer ist auf den 27. Juni einzuberufen.

Bierzu 4 Beilagen und Unterhaltungsblätter.

Nochmals das verunglückte Experiment.

Von Charles Bonnier

Der Eintritt eines französischen Sozialisten in die Staatsgewalt ist nicht, wie man hoffen möchte, eine vereinzelte Tatsache, deren Bedeutung mit dem Ereignis verschwinden wird, das sie hervorrief. Im Ausland dient sie, wie man es kürzlich erleben mußte, den Feinden des Sozialismus als Waffe; in Frankreich besteht das buntschichtige Kabinettministerium noch fort und fort, und obwohl ein Stein des Anstoßes durch den Rücktritt des Reichsrichters, General Galliffet beseitigt ist, so wird doch immer an denen, die neben ihm saßen, in den Augen des Proletariats ein Makel haften und Blut an den Fingern haben, die diese Hand drückten. Aber das ist nicht alles. Der Eintritt Millerands war nicht ein bloß persönlicher Akt, der nur den berührt, der ihn begangen hat, sondern diejenigen, welche in diesem persönlichen Akt eines Sozialisten eine Möglichkeit gründlicher Reformen für die arbeitende Klasse erblicken wollen, und bei dieser neuen Taktik geholfen und mitgearbeitet haben, beharren auf ihrem Glauben und ihrer Ueberzeugung, und sind offenbar bereit, unter ähnlichen Umständen dieselbe Methode anzuwenden. Es liegt hierin eine Gefahr, welche die Verfasser des „Manifestes“ vorausgesehen haben, und der von der Majorität des „Allgemeinen Kongresses“ angenommene Beschluß drückt unzweideutig aus, daß die Delegierten jeden Rückfall, jede Wiederholung des Experiments verurteilen. Man versteht wirklich zu leicht, daß auf dem Kongreß in Paris zwei Resolutionen angenommen wurden: die eine verurteilt die Handlungsweise Millerands, die andre — das sogenannte Kompromiß — spricht in klaren Worten aus, daß man nur in Ausnahmefällen die Frage des Eintritts eines Sozialisten in ein Bourgeois-Ministerium nicht ohne weiteres bejahen, sondern diskutieren könnte. Dieses Kompromiß war eine zwischen den beiden Richtungen, die sich auf dem Kongreß gegenüberstanden, geschlossene Brücke; und die Ministeriellen, die damals über sie gehen wollten, haben sie so schmal und leicht gefunden (wie die, welche die Musamebaner ins Paradies führt), daß sie gezwungen wurden, ihren Minister zu verlassen, den sie für zu schwer befanden.

Ich muß noch von diesen Zwischenfällen reden, weil sonst die Sozialisten des Auslands aus dem einen oder andern Grunde glauben könnten, daß in diesem Punkt sich unter den französischen Sozialisten eine Einigung vollzogen habe, was durchaus nicht der Fall ist. Und gerade am Vorabend des Internationalen Kongresses ist es, obwohl diese Frage, da sie nur die französische Sozialistenpartei angeht, dort nicht behandelt werden kann, doch wünschenswert, ja notwendig, daß keine Illusionen in den Köpfen der Sozialisten beider Welten bestehen.

Das für und wider der beiden Gesetze, die von den Bewunderern des Ministeriums als die wichtigsten und für die Arbeiterklasse günstigsten Ereignisse hingestellt werden, ist genügend erörtert worden. Was das Elfstunden-Gesetz für Kinder betrifft, so erscheint es, nebstbei bemerkt, recht sonderbar, daß die Streiks des Nordens, die ein Protest gegen das Vorgehen der Unternehmer sind, welche die Löhne herabsetzen wollen, unter den Federen der Lobredner des Ministeriums zu Weisungen für die Vorgesichtigkeit dieses Gesetzes geworden sind. Es war ein zwischen dem Minister einerseits und den Unternehmern andererseits geschlossener Kontrakt: der Minister hat die Kinder geopfert, die Unternehmer haben das Opfer mit Freuden angenommen, aber ihr Versprechen, die Löhne auf der alten Höhe zu belassen, nicht halten wollen. Ein Teil ist dabei sicherlich der Vortreger, und es ist die Arbeiterklasse des Nordens, die für die ministeriellen Irreführer haben muß. Das geht aus den Geständnissen der Anhänger selbst des Ministeriums hervor. Was nun die Streiks betrifft und das angeblich wohlwollende oder neutrale Verhalten des Ministeriums, so ist es von Interesse festzustellen, daß in Frankreich niemals, seit unsre Bourgeois-Republik besteht, ohne bis zum zweiten Kaiserreich mit Rubin und La Ricamarie*) zurückzugreifen, so viel gewalttätige Unterdrückungen — darunter zwei mit Regelen — von Arbeiteransprüchen vorgekommen sind, wie seit wir ein sozialistisches Ministerium haben. Die Liste der Streiks ist lang: Auf Martinique und in Châlons-sur-Saône hat man auf die Streikenden geschossen; in Creuzot und Geugnon wurden die Arbeiter, die dank der Unterstützung des Ministers ihren Forderungen zum Sieg verhelfen zu können hofften und einen Auszug nach Paris verfaßten, mit Gewalt zurückgetrieben; in Creuzot wanderte der Schiedspruch des Ministers einfach in den Papierkorb des Herrn Schneider; in Saint-Etienne, Sienne, Carmaux, Audincourt, Babelvel hat man geduldet, daß Polizei und Soldaten die Streikenden auf jede Weise provozierten.

Wer erinnert sich nicht der Entrüstung, die das Proletariat bei der Nachricht des Attentats von Fourmies im Mai 1890 ergriff? Und doch hatte Constant nur einen Werd auf seinem Register. Bei dem jetzigen Ministerium drücken seine Bewunderer beide Augen zu und behaupten, es sei nicht die Schuld der Regierung, wenn die Beamten ihr nicht gehorchen. Wirklich eine — traurige Entschuldigung!

Um zum Ende zu kommen, heißt dies, daß der sozialistische Minister nichts gethan habe? Er hat der Arbeiterklasse viel Schaden gethan, das ist nicht mehr zu bezweifeln; und die Reformen, die er durchgeführt hat, hätten ebenso gut von einem beliebigen Bourgeois gemacht werden können, gedrängt und unterstützt von der sozialistischen Partei, die sich dann nicht kompromittiert hätte. Aber was sind diese Reformen im Hinblick auf die Uneinigkeit, die der Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium unter den Sozialisten hervorgebracht hat, und wenn die Partei-Einigung doch schließlich herbeigeführt worden ist, so hat man dies doch nicht dem Eintritt eines Sozialisten in das Bourgeoisministerium zu danken. Gerade so gut könnte man dem Blick dafür danken, daß er die Erfindung des Bly-ableiters veranlaßt habe!

Rachkräft. Es sei mir erlaubt, beiläufig zu erwähnen, daß die bei den letzten Kommunalwahlen von der Arbeiterpartei (Partei Ouvrier) in Frankreich erlangten Stimmen mehr als 320 000 betragen und daß die wichtigsten der von Mitgliedern dieser Partei vertretenen Städte unter andern sind: Raonne, Roubais, Caudry, Cette, Ville, Fourmies, La Ciotat, Croix, Armentières, Hellemmes, Sieux, Condé, Commentry, Rouilly; während die Partei durch Winderheiten vertreten ist in: Lyon, Valenciennes, Tourcoing, Cassi, Alets, Montagny, Alais, Limoges, Tarbes, Angoulême, Rochefort, Marguèhale, L'Arbresle etc. — Die Partei hatte den Kampf in 320 Gemeinden aufgenommen. Ich muß noch bemerken, daß die für uns abgegebenen Stimmen nicht dem Ministerium gehören, sondern dem nationalen und internationalen Sozialismus.

Obiges gleitet an den Argumenten und den Thatsachen, die in meiner Nichtsstellung enthalten sind, vorbei. Ich kann mich daher kurz fassen. Nur die neuen Ungenauigkeiten sollen richtiggestellt werden.

Millerands Eintritt ins Ministerium war tatsächlich bloß ein persönlicher Akt. Das damalige „Verständigungs-Komitee“ hat gerade auf Antrag des Genossen Jaurès Millerands Handlung dessen „persönlicher Verantwortlichkeit“ überlassen. Es giebt in Frankreich keine Sozialisten, die „offenbar bereit“ wären, unter ähnlichen Umständen dieselbe Methode anzuwenden: für alle Sozialisten ist der Beschluß der Einigungskongresse bindend, wonach die Partei über den eventuellen Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium zu beraten hat.

Es würde zu weit führen, die zweite Kongressresolution, d. h. den plötzlichen Aufbruch, der der kommissarisch vereinbarten Ausgleichsresolution ins Gesicht schlägt und daher die bekannten stürmischen Auftritte veranlaßt hat, auf Herz und Nieren zu prüfen, wie das in Obigen in Bezug auf die Motive der „Ministeriellen“ geschieht. Das Gebiet der persönlichen Psychologie lassen wir lieber beiseite.

Der tatsächliche Inhalt der Arbeiterschutz-Reform wird dadurch nicht geändert, daß man sie hauptsächlich als „das Elfstunden-Gesetz für Kinder“ bezeichnet. Öffentlich werden die „Ministeriellen“ wenigstens im Jahre 1904, da der Zehnstundentag für Kinder, Frauen und Männer Kraft jener Reform zur Thatsache wird, nicht mehr von einem „Elfstunden-Gesetz für Kinder“ sprechen.

Es ist ganz natürlich und selbstverständlich, daß die Streiks im Norden, wie diejenigen in andern Departements, zu „Beweißen für die Vorgesichtigkeit“ der Reform werden. Dazu gehören nicht etwa „Federn von ministeriellen Lobrednern“, sondern einfach die Kenntnis der Geschehnisse und der gesunde Menschenverstand. Jene Streiks beweisen nämlich, daß die Reform wirklich eine Verkürzung der Arbeitszeit bewirkt hat.

Daß der Minister einerseits und die Unternehmer andererseits „keinen Kontrakt geschlossen“ haben, versteht sich von selbst. Dieser angebliche „Kontrakt“ wird aus den Geständnissen der Anhänger selbst des Ministeriums hergeleitet. Was da „Geständnisse“ genannt wird, ist ein Artikel von Jaurès, worin dieser den Streikenden des Nordens Waffen in die Hände gab, indem er daran erinnerte, daß die Unternehmer das alte Gesetz von 1892 fortwährend verletzten und so jahrelang „berückerlich“ Kinder und Frauen namentlich im Norden zu einem zwölfstündigen Arbeitstag zwangen. Die Unternehmer, sagt Jaurès weiter, hätten sich immer auf die Unmöglichkeit der Anwendung jenes Gesetzes berufen, so daß die Fabrikinspektoren für die Vereinfachung der Arbeitszeit zunächst auf 11 Stunden einzutreten. Jaurès meint nun, daß die betreffenden Fabrikinspektoren „offenbar“ den „Befürchtungen und dem Widerstand der Unternehmer Rechnung tragen“ und in deren Namen erklären: „Zwingt man uns sofort den Zehnstundentag auf, so wird man genötigt, den Lohn herabzusetzen; will man letzteres vermeiden, so soll man uns zunächst nur den Elfstundentag auferlegen, unter dem Vorbehalt einer späteren weiteren Arbeitszeitverkürzung.“ In diesem Sinne spricht denn auch Jaurès von „einer Art stillschweigenden Kontrakt, der zwischen dem Unternehmertum und den öffentlichen Gewalten abgeschlossen wurde“. Aber dieser von Jaurès debütierte „Kontrakt“ bezieht sich jedenfalls nicht auf das gegenwärtige Ministerium, sondern vielmehr auf alle Regierungen, die seit 1892 die Verkürzung des Gesetzes duldeten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus dem ganzen Artikel hervor, dessen einziger Zweck, wie gesagt, war, den Streikenden Waffen in die Hände zu liefern. (Siehe „Petite République“, d. d. 29. April 1900.) Nun kommt man und verwandelt jenen „stillschweigenden Kontrakt“ zwischen den Unternehmern und den Ministerien seit 1892 in einen „von den Anhängern selbst des Ministeriums“ eingestandenen „Kontrakt“ zwischen Millerand und den Unternehmern, während Millerand doch gleich in den ersten Monaten seiner Ministerthätigkeit versucht hat, das alte Gesetz zur Durchführung zu bringen!... Uebrigens ist jene Verwandlung schon vor Wochen in Frankreich von einem antiministeriellen Sozialisten gemacht worden.

In Bezug auf die Haltung der Regierung bei Streiks sei nochmals gesagt, daß die Schlussfolgerung, wonach in Frankreich niemals, seit unsre Bourgeoisrepublik besteht, so viel gewalttätige Unterdrückungen... von Arbeiteransprüchen vorgekommen sind, wie unter einem Ministerium, das ein sozialistisches Mitglied zählt und von einem Teil der Sozialisten unterstützt wird, — daß diese Schlussfolgerung den tatsächlichen Fehler hat, allzu viel beweisen zu wollen. Nur noch folgende lehrreiche Gegenüberstellung. Früher hieß es, daß „im Creuzot die Arbeiter an Händen und Füßen gefesselt in den Klauen der Gebrüder Schneider“ gelassen wurden, und zwar infolge des Schiedspruchs des Ministerpräsidenten; jetzt, nach meiner Nichtsstellung, heißt es: „Im Creuzot wanderte der Schiedspruch des Ministers einfach in den Papierkorb des Herrn Schneider“, — also war der Schiedspruch doch nicht auf Schneiders Interesse zugeschnitten. Das genügt.

Damit ist für mich die Disposition erledigt, in der es mir darauf ankam, nicht die eine oder die andere Richtung innerhalb des französischen Sozialismus als die unfehlbare und alleinigmachende herauszustellen, sondern im Interesse einer gerechten Beurteilung aller Richtungen, die für die gedeckliche Entwicklung der Gesamtpartei gleichmütig sind, die Thatsachen sprechen zu lassen. Paris, 22. Juni. W. Krizschewsky.

Der Mordprozeß Jänide.

Aus den Zeugenvernehmungen vom Freitagabend sind noch einige Momente nachzutragen. So befand sich der Hauswirt, bei welchem der Angeklagte eine Zeit lang als Portier thätig gewesen ist, daß er mit ihm ganz zufrieden gewesen ist. Er hat keine Spur von Geisteschwachheit an ihm bemerkt, ihn im Gegenteil für einen ganz bescheidenen Menschen gehalten. Nach seiner Beobachtung sind manchmal 4-5 Stunden pro Tag bei dem Angeklagten gewesen, um sich die Karten legen zu lassen. Der Zeuge hatte dem Angeklagten zum 1. April seinen Posten gekündigt. Der kleine Miß machte oft die Straße feigen, während das Ehepaar Jänide noch im Bette lag. — Aus einer andern Zeugenaussage ging hervor, daß der Angeklagte in der That die Absicht hatte, die ganze Wohnung der Bergner auszuräumen, und schon einen Möbelwagen zum Besorgen der Möbel bei Frau Beck abgeben sollte. — Die Aussage der

Zeugin Kordus.

deren Thätigkeit als Kartenlegerin wiederholt zur Sprache kam, erregte nicht das Interesse, das man erwartet hatte. Sie ist 34 Jahre alt, katholischer Religion und wegen der Lotterielos-Affäre, die sie mit Fräulein Schnell hatte, zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie hat das Kartenlegen von einer alten Frau gelernt und kündigte sich in ihren Annoncen als „Zigeunerin“ an. Sie glaubt hierzu eine gewisse Berechtigung zu haben, da ihre Eltern als Steinwäger 23 Jahre in der Welt herumgereist seien. Sie sei auch allgemein als „Zigeunerin“ bezeichnet worden und in einer Erdhöhle bei Alstein geboren. Sie sagt auch aus der Hand wahr. Sie bestreitet entschieden, Jänide zu kennen, dagegen kannte sie die Bergner sehr gut, hat sich von dieser mehrfach Blusen anfertigen lassen und ihr auch mehrfach die Karten gelegt, wofür Fräulein Bergner je 30-50 Pf. bezahlte. Der Angeklagte hatte behauptet, der Talisman, den die Bergner um den Hals getragen haben soll, sei ihr von der Zeugin geschenkt worden und diese habe noch einen andern Talisman in Gestalt einer Kollum-„gegen Reid und Mißgunst im Hause“ begeben. Frau Kordus bestreitet dies. Die Zeugin ist verheiratet, ihr Mann ist Arbeiter. Der Vorsitzende hält der Zeugin vor, daß behauptet wird, auch sie habe, wenn sie zum Lotteriespielen rief, mitgeteilt, der Mann, der das Glücksrad drehe, müsse 10 M. erhalten, so daß dies, wie der Vorsitzende meint, eine Art Usus bei den Wahrsagern zu sein scheint.

Die gestrige Sitzung

eröffnet Landgerichtsrat Rademacher um 9 1/2 Uhr. Erster Zeuge ist der Fortstaufer Wokum, der am 20. März die Leiche am Teufelssee im Walde gefunden hat. Sie befand sich in graufigem Zustande, das Gesicht war berrert, als wenn die Bergner Krämpfe gehabt hätte.

Von dem Sohn des Prof. Dr. Mendel ist inzwischen bei dem Verteidiger ein Telegramm eingegangen, wonach Prof. Mendel erkrankt sei und an Gerichtsstelle nicht erscheinen könne.

Nach den Angaben des Zeugen Lad, Angestellten der Firma Schmitt u. Rindermann, für welche die Bergner gearbeitet, war diese eine sehr fleißige, saubere Arbeiterin, die 20-30 M. pro Woche verdiente. Sie hatte noch 25 Rode zum Selbstkostenpreise von 10,50 M. pro Rod in ihrer Wohnung, so daß die von dem Angeklagten gestohlenen Waren einen Wert von 202,50 M. hatten. Er hat sie in zwei Abteilungen für zusammen 20 M. verlegt. Die Bergner hat nach den Aussagen dieses Zeugen keineswegs „gehungert“, wie sie nach Jänides Behauptungen gesagt haben soll, vielmehr hat sie seit Weihnachten 210 M. Arbeitslohn verdient.

Da der Angeklagte die Glaubwürdigkeit des Anaben Bruno Miß zu zweifelt, so wird der Klassenlehrer desselben vernommen. Er giebt ihm das Zeugnis eines guten, fleißigen und wahrheitsliebenden Anaben. Andre Lehrer, die den Anaben unterrichtet haben, schließen sich im ganzen diesem Urteil an.

In Fortsetzung der Verhandlungen wird die Frage erörtert, ob ein

Buch „Kabale und Liebe“

von Dr. Faustulus, aus dem der Angeklagte die Zauberformel und die Anleitung zur Herstellung des Beschwörungsmittels entnommen haben will, wirklich existiert. Der Angeklagte behauptet, daß ein solches Buch sich unter den Zauberbüchern des Just befunden habe. Just bestreitet dies und behauptet, daß er ein solches Buch nie befehlen habe und daß er alle Zauberbücher, die er im Besitz gehabt, dem Angeklagten gegeben habe. Der Staatsanwalt hat Nachforschungen nach dem Buch angestellt und ein negatives Ergebnis erzielt. Es ist nur ein Buch „Kabale und Liebe von Dr. Faustulus“ ermittelt worden, welches aber mit jenem nicht identisch ist. Der Verteidiger steht auf dem Standpunkt, daß, wenn man dem Angeklagten glaubt, daß er nach den Angaben des Zauberbuchs gehandelt habe, er sich nur einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht habe. Er beantragt daher, einen Herrn H. W. Regler zu Mohna bei Girschfeld in Sachen darüber zu vernehmen, daß in dem Katalog einer Hamburger Buchhändler-Firma das Buch: „Kabale und Liebe“ von Dr. Faustulus“ verzeichnet ist. — Der Verteidiger beantragt ferner einen Beweis darüber, daß in Zauberbüchern der Gebrauch starker Gifte zum Trinken empfohlen wird. — Der Vorsitzende giebt anheim, ob es zweckmäßig sei, wenn sich der Verteidiger die Medensarten des Angeklagten zu eigen macht. — Der Verteidiger erwidert, daß er es für seine Pflicht halte, die Frage der Glaubwürdigkeit des Angeklagten und der von diesem behaupteten Unglaubwürdigkeit des Just nach allen Richtungen hin prüfen zu lassen. — Präsi.: Angeklagter, wollen Sie denn dabei bleiben, daß in dem Zauberbuch die Anwendung von Strichnin empfohlen worden sei? — Angell.: Ja wohl. — Präsi.: War auch das Quantum angegeben? — Angell.: Ich glaube, eine Messerspitze voll. — Präsi.: War auch Blausäure angegeben? — Angell.: Die Blausäure sollte nur zum Nieschen gegeben werden. — Präsi.: Sie wollen uns also einreden, solche Abentheuren könnten hinreichen, uns glauben zu machen, daß Sie sich zur Verabreichung von Gift berechtigt hielten? Sie wollen sich damit nur beden. Halten Sie es nicht selbst für ein ganz ausichtsloses und thörichtes Beginnen, nach dem Buche noch weiter zu suchen? — Angell.: Ich habe doch von

Jugend an Zauberei betrieben

und auch wiederholt Arsen angewendet, ohne daß es etwas schadete. — Der Verteidiger beantragt, den Prof. Dr. Lewin, Hindenburgstraße 2 in Berlin zu vernehmen. Dieser werde bekunden, daß Magier und Zauberer starke Gifte zum Trinken einzugeben pflegen. — Präsi.: Ist es denn überhaupt denkbar, daß Prof. Lewin so etwas bekunden wird? — Verteidiger: Er wird besonders bekunden, daß sogenannte Krähenaugen für solche Zwecke verwendet würden. — Präsi.: In welchem Umfange? — Der Verteidiger schweigt. — Der Verteidiger beantragt ferner, einen Dr. Kiese-wetter, der durch die Spöhrsche Buchhandlung zu ermitteln sei, darüber zu vernehmen, daß zwischen den mittelalterlichen Zaubermitteln und den heutigen ein Zusammenhang besteht (Heiterkeit). — Präsi.: Dann beachten Sie die Bekundung des Chemikers Dr. Wischoff, daß das Strichnin erst seit 1825 bekannt ist (Heiterkeit). — Der Staatsanwalt beantragt, die Anfrage als gänzlich unwerthlich abzulehnen. — Der Gerichtshof will zunächst den Zeugen Just vernehmen. Der Verteidiger erhebt Einspruch gegen die Vereidigung, da Just der Weisheit verdächtig sei und wohl auch nicht das richtige Verständnis von der Bedeutung des Eides habe. — Der Gerichtshof hält beide Gründe nicht für zureichend. Eine Weisheit liege nicht vor, ebenso scheint der Zeuge trotz der Abentheuren, die er in dem Banne des Angeklagten begangen, die Bedeutung des Eides erfassen zu können. Jetzt scheint er überdies von aufrichtiger Reue über die Abentheuren erklart zu sein. Zeuge Just wird hierauf vereidigt, und der Gerichtshof beschließt, die Anträge des Verteidigers abzulehnen, da er nach der beschworenen Aussage des Just annehme, daß der Angeklagte das Buch „Kabale und Liebe“ nicht befehlen habe. Der Vorsitzende giebt dem Verteidiger zugleich anheim, sich nur auf solche Anträge zu beschränken, die wichtige Dinge betreffen.

Es folgt hierauf eine Zeugin, auf die sich der Angeklagte berufen hat. Es ist dies eine 58jährige Witwe Ronds. Sie ist Mutter von sechs Kindern und war durch widrige Umstände gezwungen worden, als

Detektitin

in einem Detektivbureau thätig zu sein. Sie las die Annoncen des Angeklagten, der sich als Zigeuner bezeichnete, und da sie die Sache interessierte, ging sie zu ihm, um sich aus den Karten Glück und Unglück prophezeien zu lassen. Sie hat ihm alle ihre Verhältnisse erzählt und da hat er auch gesagt, daß sie ein Mittel besitze, um glühende Liebe hervorzuzaubern. Er gab ihr dazu eine Flüssigkeit, die sie auf Châlode tröpfeln sollte. Sie fragte, ob es Gift sei, worauf er erwiderte, sie könne es ruhig nehmen. Sie erhielt außerdem ein Pulver, welches sie auf die Treppe streuen sollte. Sie hat das Mittel nicht probiert, sondern bei Seite gestellt. Sie habe sich erstlich nur für das Wahrsagen aus den Karten interessiert und müsse sagen, daß manches von dem, was der Angeklagte gesagt, eingetreten sei. — Präsi.: Just, treten Sie mal vor und sehen Sie sich das Pulver an. Ist es ebenföliches, wie Sie erhalten haben? — Zeuge Just: Nein! — Präsi.: Das Pulver sollte ja auch recht stark wirken. (Heiterkeit). — Die Zeugin Ronds erklärt noch auf Verfragen: Ihr sei das Besen das Jänide aufgefallen; derselbe habe den Einbruch des Schleichen und Unehelichen gemacht. Außerdem habe er einen ganz tatowierten Arm gehabt. Sie giebt im übrigen zu, daß sie ihm aus Scherz gesagt habe, sein Mittel habe gewirkt. — Der Angeklagte zeigt seinen tatowierten Arm, welcher neben Ringen und Schwertern die Inschrift „Tod den Verrätern!“ zeigt. — Nach der oberflächlichen Prüfung des Gerichtshemikers Dr. Wischoff scheint das Pulver Saffran, Zuder, Fett und Terpentinöl zu enthalten. Der Angeklagte behauptet, nicht mehr zu wissen, woraus das Pulver bestand.

Frän Jänide

die zehn Jahre älter ist, wie ihr angeklagter Ehemann, war früher Dienstmädchen beim Staatssekretär v. Pöblichski. Ihr war bekannt, daß ihr Mann Gifte brauchte zu seinen Beschwörungen. Auch die beachtete Reife nach dem Teufelssee hat sie am Morgen der Abfahrt ihres Mannes gefahren. Ihr Mann sei nervös und von Krampfanfällen heimgesucht und deshalb habe sie den kleinen Bruno Miß zur Fahrt nach dem Teufelssee mitgegeben. Ihr Mann habe ihr niemals Mitteilung davon gemacht, was daselbst passiert

*) Zwei blutig verlaufene Arbeitsstellungen unter Napoleon III.

se. Ihre Abreise von Berlin habe auf aller Verabredung beruht; sie wollten von Berlin weg. — Der Präsident hält der Zeugin vor, daß sie diese Aussage doch schwerlich beidigen könne. — Die Zeugin erklärt noch, daß sie mit ihrem Mann in die Heilsarmee auswärts eintreten wollte. Sie bestreitet, daß sie ihrem Mann den Rat erteilt habe, sich den Bart abzuscheiden und das Haar zu färben, damit er nicht gefaßt werde. Ihr Mann sei sehr nervös, habe Krampfanfälle gehabt und habe sich manchmal eingebildet, er sei ein Wolf. Sie selbst habe bei ihrer Verheiratung, die vor einem Jahr stattgefunden, eine völlige gute Ausstattung und 100 Mark bei sich. — Auf Befragen des Staatsanwalts bekennt die Zeugin, daß infolge ihrer vorzeitigen Einbindung ihr Mann seine Arbeit aufgeben mußte, daß sie infolge dessen sich Pflegerinnen angenommen haben, und daß ihr Ehemann erst von diesem Zeitpunkt an, wo die Not an ihre Thür zu klopfen drohte, sich auf die Zauberei gelegt habe. — Staatsanwalt: Sie meinen, daß ihn erst Jüst verrückt gemacht und erst von diesem an das närrische Zeug geleert habe? — Zeugin: Ja. Während der Vernehmung der Zeugin schließt der Angeklagte wiederholt heftig.

Der Geisteszustand des Angeklagten.

Der Vater des Angeklagten, Töpfermeister Franz Jänike aus Döllnau bekundet, daß sein Sohn bis zu seinem 18. Jahre an Krämpfen litt und „übergeschwappt“ erschien, da er allerlei Gestalten zu erblicken wähnte. Außerdem ist er einmal in ein Boot gestiegen, um damit nach Amerika zu fahren; er ist aber nur bis Habelberg gekommen und mußte später von Hamburg zurückgeholt werden.

Frau Mathilde Jänike, die 73jährige Großmutter, weiß, daß der Angeklagte in seiner Jugend an Krämpfen gelitten hat. Sie bestreitet, ihm Unterricht im Zaubern gegeben zu haben. Er habe dieselbe hin und wieder zugehört.

Um den anwesenden Ärzten noch weiteren Stoff zur Beurteilung des Geisteszustands des Angeklagten zu bieten, wird eine Eingabe des Angeklagten an den Staatsanwalt vorgelesen, ebenso ein Brief, den er aus dem Gefängnis an seine Frau geschrieben. Es heißt darin u. a.: „Liebes Weib! Ich hätte besser getan, wenn ich es so gemacht hätte, wie ich es anfangs mit Jüst verabredet hatte, denn da läge ich da, wo die Vergner gelegen hat. Dein Herz geht es Dir, daß ich nicht so schlecht und schuldig bin, wie alle sagen, aber der, der über uns ist, weiß es auch. Mag mich die Welt verurteilen und verdammen, der da über uns ist, wird mir vergeben. Aber der andre, der als Unschuldiger herumläuft und doch die ganze Triebkraft war, mag er um seiner zwei unschuldigen Kinder willen in der Welt freigesprochen werden, aber der Unmögliche, der über uns ist, wird ihn zu treffen wissen und die Strafe wird fürchterlich sein. Wenn ich ihm gefolgt wäre, dann läge ich jetzt auch da und die Welt würde gewiß gelacht haben, es war ein Liebespaar. Nun, Gott sei Dank, liebe Frau, es ist nicht geschehen und so stehe ich hier als Mörder.“

Präsi.: Was sollte Ihnen denn Jüst so Schlimmes geraten haben, Angeklagter? — Angekl.: Er hat mich doch auch zuerst auf die Zauberei gebracht und dann war verabredet, daß die Vergner und auch ich aus der Schale bei der Beschwörung trinken sollten. — Zeuge Jüst bestreitet dies.

Es werden nun noch einmal die Ärzte Sanitätsrat Dr. Passauer, Dr. Karst und Dr. Schlichting vorgelesen, die übereinstimmend begutachten, daß kein Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten vorliege.

Der Verteidiger beantragt trotzdem noch die Vorladung eines Psychiaters, der Gerichtshof lehnt aber den Antrag ab, weil kein Antrag auf Untersuchung des Geisteszustands seitens eines Arztes gestellt sei und der Gerichtshof nicht den mindesten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten habe.

Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen und eine Pause bis 5 Uhr gemacht.

Die den Geschwornen vorgelegte Frage lautet auf Nord, auf den Antrag des Verteidigers wird die zweite Frage auf fahrlässige Tötung gestellt. Darauf beginnt der Erste Staatsanwalt v. Dürsch sein Plaidoyer. Daß der ursprünglich angenommene Selbstmord nicht vorliege, siehe fest; die unglückliche Luise Vergner sei getötet durch den Angeklagten und getötet mit Ueberlegung. Der Angeklagte sei keineswegs geisteskrank, sondern für seine That verantwortlich zu machen. Mancher möge beim ersten Anblick des Angeklagten den Eindruck gehabt haben, daß er nicht wie ein Mörder aussehe. Dies würde berechtigt sein, wenn es sich um ein Verbrechen handle, bei dem eine gewisse Kraftanstrengung, ein starker Mut aufgewendet werden müsse. Hier habe es sich aber um eine That gehandelt, die ausgeführt werden mußte mit List und Verschlagenheit, um eine Art Verdemüßigung. Der Angeklagte ist — so fährt der Staatsanwalt ans — nicht ein Opfer seines Aberglaubens geworden. Es mag Leute geben, die den Glauben haben, daß sie selbst solche übernatürlichen Kräfte besitzen. Dazu gehört aber der Angeklagte nicht. Der Junge Jüst hat das dümmste und albernste Zeug für bare Münze gehalten, die Luise Vergner ist vollständig im Wanne des Angeklagten gewesen, sie hat getreulich gehalten, was er ihr anbefahl, sie glaubte an seine Kunst, er aber war sich zweifellos ganz klar darüber, daß dieser Zauber eine schlaue Komödie war, deren Hauptzweck war, seinem Opfer Geld aus der Tasche zu loden. Er hat es verstanden, die ihm blind ergebenen Personen ganz seinem Willen zu unterordnen, er ist schlau und geschmeidig gewesen und in dem Augenblick, als es bei der Vergner ankam, allmählich zu dämmern, da hielt er es für geboten, sie um die Ede zu bringen.

Die Vorgeänge am Teufelssee stehen nach den durchaus glaubhaften Bekundungen des Anaben Witsch absolut fest. Danach besteht kein Zweifel darüber, daß der Angeklagte ganz heimlich der Vergner das Gift beigebracht hat und zwar zu dem Zweck, sie als unbedeuten Zeugin seiner Schwindereien umzubringen und sich ihrer Habe zu bemächtigen. Unmittelbar nach der That ist er dann ganz planmäßig zum Diebstahl in der Vergnerischen Wohnung übergegangen und hat diesen Plan mit unbegreiflicher Verblendung weiter verfolgt, die ihm schließlich zum Verderben wurde. Die Fahrgier, die die Ueberlegung tötet, kommt ja dem Kriminalisten so oft zur Hilfe! Der Staatsanwalt fährt ferner aus, daß der Junge Jüst zwar sehr beschränkt, aber ehrlich sei, und ebenso liege keine Veranlassung vor, die Glaubwürdigkeit des Anaben Witsch zu bemängeln. Der Staatsanwalt schließt mit dem Antrage an die Geschwornen, den Angeklagten des Mordes für schuldig zu sprechen.

Der Verteidiger, Advokat Baum, führt alle Gründe an, die dagegen sprechen können, daß der Angeklagte die Absicht der Tötung gehabt habe. Jänike habe keineswegs eine sogenannte Verbrechen-laufbahn hinter sich, wenn er auch einige Vorstrafen aufzuweisen habe. Der Angeklagte sei von der Zuverlässigkeit seiner Jastbestraft fest überzeugt gewesen und es sei wohl anzunehmen, daß er sich bei der Zusammenfügung seines Zauberkranzes geirrt habe; mithin nur eine fahrlässige Tötung vorliege. Er hatte gar keinen Grund, die Vergner beiseite zu schaffen, da er sie keineswegs zu fürchten hatte. Ebenso wenig lag eine Veranlassung vor, den Jüst zu töten. Wegen die Annahme des Mordes spreche vor allen Dingen die Mitnahme des Witsch. Auf dessen Verhörwiderheit konnte er doch gewiß nicht rechnen und es wäre ihm ein Leichtes gewesen, ihn von der Zauberszene fern zu halten. Es seien auch verschiedene Widersprüche in der Aussage des Anaben Witsch festzustellen. Einige Punkte, die er in der Voruntersuchung behauptet habe, seien von ihm in der Hauptverhandlung bestritten worden. Der Verteidiger kommt zu dem Endergebnis, daß nur fahrlässige Tötung vorliege und daß der Angeklagte nicht voll zurechnungsfähig sei.

Um 8 1/2 Uhr ziehen sich die Geschwornen zur Beratung zurück.

Das Urteil.

Nach einer Beratung von 15 Minuten gaben die Geschwornen ihren Spruch auf schuldig des Mordes ab. Der Gerichtshof verhängte darauf die Todesstrafe über den Angeklagten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

In der bei Teufelssee, Mariensfelde, heute nachmittags 3 1/2 Uhr stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins erfolgt die Aufstellung eines Kandidaten für die Gemeinderatswahl in Mariendorf. Außerdem hält Genosse Lanow einen Vortrag.

Gewerbegerichtswahlen. Für den 48. Bezirk haben sich folgende Genossen bereit erklärt, die Anmeldungen für die Arbeitgeber zur Wahl zu besorgen: Karl Fischer, Wuststr. 9, Otto Fischer, Wuststr. 66, Paul Nowe, Wuststr. 62, August Wendt, Siedingstr. 4, Plath, Siedingstr. 43, Karl Mai, Kottb. Str. 12, August Fabra, Waldstr. 57, August Schreiber, Gutfenstr. 9.

Achtung, 6. Wahlkreis! Um denjenigen Arbeitgebern, welchen es eine Zeit mangelt, Gelegenheit zu bieten, sich dennoch in die Wahllisten zu der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahl eintragen zu lassen, haben sich unterzeichnende Genossen bereit erklärt, Anmeldungen in Empfang zu nehmen und richtig abzuliefern. Auch sind dieselben Formulare zur Eintragung in die Wahllisten zu beziehen und wird jede Auskunft erteilt: Für den 37. Wahlbezirk bei: Hoppe, Adersr. 21; Diele, Adersr. 123; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Geisler, Veteranenstr. 4; Linow, Anklamerstr. 53; für den 40. Wahlbezirk bei: Seidel, Neue Hochstr. 38, Krause, Müllerstr. 7a, Giesel, Wogenstr. 40, Dobath, Sellenstr. 3; für den 48. Wahlbezirk bei: Krawczak, Müllerstr. 150a, Tauschel, Wiesenstr. 29, Dornbusch, Pape-wallerstraße 9, Johann Pfarr, Putzstr. 10.

Wir ersuchen unsere Genossen, welche Arbeitgeber sind, sich zahlreich eintragen zu lassen und überhaupt sich recht regen an der Wahl zu beteiligen, um zu verhindern, daß Leute gewählt werden, deren Urteil durch den engherzigen Klassenstandpunkt beeinflusst wird.

Pantow-Nieder-Schönhausen. Am Dienstag findet bei Settkorn, Schönhausen, der Lesabend statt. Tagesordnung: Schlußberatung über die „Zehn Gebote“ Hoffmann's.

Heute Sonntag veranstalten die Parteigenossen von Pantow-Nieder-Schönhausen ein Sommerfest, bestehend in Konzert, Gesangs- und Musikführungen, lebenden Bildern, Feuerwerk und Kinderbelustigungen aller Art. Das Fest findet bei Schmieder in Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 43, statt. Das Komitee bittet um recht regen Besuch.

Lokales.

Die Presse in Preußens Hauptstadt.

Von einem russischen Minister erzählt man, daß er eines Tages den für irgend einen süddeutschen Hof bestimmten Gesandten beauftragt habe, auf alle Fälle auch Mainz zu besuchen. Dort sei dem Gutenbergs ein Denkmal errichtet worden. Ein eifriger, rechtsläufiger und seinem Kaiser treu ergebener Russe könne gar nicht anders, als in dem Erfinder der Buchdruckerkunst den Bewunderer sehen, und daher möge er, der Gesandte, sich im Namen seiner Regierung vor das Denkmal hinstellen und dem Gutenbergs recht kräftig ins Antlitz spucken.

Das Vorurteil, unter dessen Regiment das deutsche Volk heute steht, ist nicht so brutal offenkundig, wie der minder gelehrte Städter. Aber wer am heutigen Tage der Gutenbergsfeier auf die Erlebnisse der Presse in Preußens Hauptstadt zurückblickt, der muß in Trauer sich zu dem Gedächtnis bequemen, daß unter den vielen Martymalen, mit welchen die schwarze Kunst auf ihren Lebensstationen gezeichnet wurde, das ihr in Berlin aufgedrückte nicht das unscheinbarste ist.

Für den geistigen Tiefstand im Berlin des Mittelalters ist es bezeichnend, daß der erste Buchdrucker erst 1540, also genau hundert Jahre nach Erfindung des Buchdrucks, hier seinen Einzug hielt. Es war dies ein Hans Weich aus Wittenberg, der dort seit 1525 in seinem Fach gewirkt und manche Schrift von Luther gedruckt hatte. Der Kurfürst Joachim II., der 1539 aus recht weltlichen Gründen zur Reformation übergetreten war, berief ihn hierher, damit er die „Neue Kirchenordnung“ drucke. In der Verfallungs-urkunde heißt es:

„Also, das er allerley Bücher, so Christlichen Glauben, guter pollicher, und der Ehorheit, nicht ungemeh oder ungeren sein, in unserm Churfürstentum und Landen alle dieweil er darinnen ist, drucken, selb haben, und verlaufen lassen mag. Und so lang solche Bücher, so er jetzt und forhin drudet und druden wird, bey jm in zimlichem lauff, besunden werden. Sollen dieselben von jm gekauft, und keinem fremden Druder oder Buchhändler, in unserm Churfürstentum, weder heimlich noch öffentlich sehl zu haben noch zu verlaufen gestattet werden.“

Weich konnte sich jedoch nur vier Jahre in Berlin halten, und bis 1576, wo sich der Alchimist Thürneker als neuer Gutenbergs-jünger in der kurfürstlichen Residenz niederließ, mußten alle Druckaufträge nach der Universitätsstadt Frankfurt a. O. gegeben werden, wo seit 1508 eine Druckerlei bestand.

Die Geburt des Berliner Zeitungswesens fällt unter die Regierung des Kurfürsten Georg Wilhelm. Die Wälder wurden herausgegeben vom kurfürstlichen Botenmeister, der wohl am ehesten zu Kurwürden gelangen mochte; die Berichte über die Weltbegebenheiten erschienen jedoch keineswegs regelmäßig, sondern nur, wenn irgend etwas Besonderes zu melden war. Gleichzeitig mit diesem ersten kümmerlichen Versuch des Nachrichtenendienstes entstand in Berlin die — Zeitungscensur.

Der Kurfürst erließ auf Betreiben seines Beraters Schwarzenberg folgendes Edikt:

„Ob es wohl eine Sache, daran sich die Wiener von Billigkeit wegen nicht zu standhalten hätten, weil ja leichtlich zu erraten, daß die Zeitungen anders nicht werden bei uns in Druck gegeben werden, als wie man sie unserm Botenmeister aus andern Orten schreibt, so ist es uns doch lieber, damit diese soll den Leuten aller Praetot genommen werde, daß man dasjenige ungedruckt lasse, was vermuthlich Offensiven erregen möchte. Doch könne man denen, welchen die Kössen zugeschiedt werden, das Ausgelassene beschreiben.“

Unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm erhielt 1655 der Buchdrucker Christoph Kunge das Privilegium, „Wöchentliche Kavisen“ herauszugeben. Neben dieser, für das Publikum bestimmten Zeitung gab es auch noch geschriebene Zeitungen, die von den geheimen Räten des Kurfürsten angefertigt wurden, aber nur für höhere Staatsbeamte bestimmt waren. Der Zustand engher Beschränkung blieb das ganze Jahrhundert im Publikations- und Druckwesen bestehen. Der erste Preußenkönig förderte zwar eine Sachwissenschaft, indem er solche Gelehrte besandte, welche ihm ihre Werke dedizierten und ihn als den größten Fürsten seiner Zeit priesen; aber unter seinem Nachfolger, dem Soldatenkönig, wich auch dies bishigen Licht wieder tieferer Finsternis. Unter Friedrich Wilhelm I. wurden die Druckerien fast nur mit theologischen Werken beschäftigt, der Buchhandel beschränkte sich auf den Vertrieb religiöser Streitschriften, welche täglich dem König eingereicht werden mußten und im Tabaklokalium vorgelesen wurden. Enthielten solche Schriften Neuerungen, die der König für schädlich hielt, so verbot er kurzweg die Verbreitung.

Von Friedrich II. stammt das Wort, daß Gazetten nicht genietet sein müßten. Es steht erwähnt in einem Schreiben des Kabinettsministers v. Podewils vom 5. Juni 1740, wonach dem Staats- und Kriegsminister im Namen des Königs eröffnet wird, daß dem hiesigen Berlinischen Zeitungsschreiber eine unbeschränkte Freiheit gelassen werden soll, in dem Artikel von Berlin von demjenigen, was antiz hier vorgeht, zu schreiben, was er will, ohne daß solches censurirt werden soll. Diese vom König in den ersten Tagen seiner Regierung gnädig bewilligte „Freiheit“ dauerte gerade ein halbes Jahr; im Dezember desselben Jahres wurde wegen „Mißbrauchs der Freiheit“ auch über den „Artikel von Berlin“ wieder die Censur verhängt; während im übrigen das in gemessenen Zeiträumen immer wieder erneuerte Verbot, daß „in publicis nichts ohne höhere Erlaubnis

gedruckt werden dürfe“, nie aufgehoben worden war. Wie arg es mit dem geistigen Druck unter dem erleuchteten ersten Diener des Staates ward, mag eine am 14. Oktober 1780 erlassene Kabinetts-ordre lehren, worin der Kriegsdienst als Strafe wegen un-befugter Schriftstellerei, Ansovegelung der Untertanen und dabei verwickelter grober Pladerien angeordnet wurde.

Unter den Nachfolgern des „großen Königs“ wurde es mit der Censur selbstverständlich nicht besser, und die Zeitungen aus dem Anfang dieses Jahrhunderts sind gerade wie Scheris „Lokal-Anzeiger“ zum Gähnen angefüllt mit Festberichten, Beschreibungen von Färsen-reisen und mit Theater-Rezensionen, die einen wesentlichen Raum einnehmen. An politische Meinungsäußerungen war in den ersten drei Jahrzehnten des Jahrhunderts nicht zu denken. Erst der Gewitter-sturm von 1848 befreite die Censur und brachte damit wenigstens etwas Luft und Licht. Wie arg es trotzdem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit den Drangsalierungen der Presse stand, wie wenig auch heute von Pressefreiheit gesprochen werden kann, braucht unser Lesern nicht erst gesagt zu werden. Plözensee ragt auch noch ins neue Jahrhundert hinein als Mahnschild für das Proletariat, der schwarzen Kunst erst Schaffensfreiheit zu erringen.

Unternehmerkampf gegen die Streikfahne. In einer außer-ordentlichen Generalversammlung des Verbands der Bau-geschäfte wurde nach einem Vortrag des Baumeisters Lach-mann folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, bis zum 15. September eine Liste derjenigen Mörtele, Kalk-, Cement-, Stein-, Holz- und Eisenlieferanten aufzustellen, mit welchen von den Mitgliedern des Verbands Lieferungen für einen Rohbau abgeschlossen worden dürfen. In die obengenannte Liste sind diejenigen Lieferantensfirmen einzutragen, welche sich auf vor-läufig drei Jahre verpflichten, keine Lieferungsverträge mit den außerhalb des Verbands stehenden Baugeschäften oder mit Behörden, Firmen resp. Personen abzuschließen, die vom Vor-stand bezeichnet werden. Lieferanten, welche diese Verpflichtung nicht einhalten, werden durch den Vorstand von der Liste gestrichen. Der Referent führte aus, daß bereits mit den maßgebenden Lieferanten Abkommen geschlossen und diese sehr wohl für ein ent-sprechendes Abkommen zu haben seien. Der Antrag wurde damit begründet, daß der Verband sich dagegen schütze, daß die wenigen noch außerhalb stehenden Firmen, welche, ohne Beiträge zu zahlen, die Ertragsleistungen des Verbands mitgenießen, von den Behörden im Submissionsverfahren den Zuschlag für Bauausführungen selbst zu höheren Preisen häufig bloß deshalb erhalten hätten, weil sie die Ausstands-klausel nicht zur Bedingung stellten. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Wenn Arbeiter gegen ihre Gleichen in einer oft nicht entfernt so schroffen Weise vorgehen, dann schritt der Staatsanwalt gegen sie ein. Wie werden sich Behörden und Justiz in diesem Fall der Berrussenerklärung bemähen?

Die städtische Gasbehälter-Anstalt am Kopenplatz geht endgültig ein. Sie wurde schon im Juni v. J. wegen Betriebs-unfähigkeit eines Bofkiss bis auf weiteres außer Betrieb gesetzt. Die vorgenommenen Reparaturen des Gasdrucks haben inzwischen er-gaben, daß überhaupt kein Grund mehr vorliegt, die Anstalt zu er-halten. Auch unter den ungünstigsten Verhältnissen, im Dezember, hat der Druck völlig ausgereicht. Die Gasbehälter werden daher abgebrochen — der Verkauf auf Abbruch ist von der Verwaltung der städtischen Gaswerke bereits öffentlich ausgeschrieben worden — und das Grundstück samt dem daraus befindlichen Wohnhause wird der allgemeinen städtischen Verwaltung zu anderer Benutzung oder zur Veräußerung übergeben. Die Anstalt gehörte zu den vier ersten, die die Stadtgemeinde erbaut hat. Sie wurde gleichzeitig mit den beiden Gasbereitungs-Anstalten am Stralauer Platz und vor dem Kottbuser Thor und mit der in der Georgenstraße gelegenen Gasbehälter-Anstalt (die später dem Stadtbahnhof „Friedrichstraße“ weichen mußte) am 1. Januar 1847 in Betrieb genommen.

Feuerwehrentmal. Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage, betreffend den Entwurf zu einem Feuerwehrentmal auf dem Mariannenplatz hat unter Vorhitz des Stadtverordneten Hammerstein einstimmig be-schlossen, der Veranlassung zu empfehlen, den Entwurf des Stadt-baurats Ludwig Hoffmann zu diesem Entmal zu genehmigen und sich mit dem mit 74 000 M. abschließenden Kostenanschlag einverstanden zu erklären, sowie auch den Magistrat zu ersuchen, die Umgebung des Entmals entsprechend gärtnerisch auszuschnitten.

In dem großen Spielplatz im Friedrichshain wird eine vierte Schutzhalle errichtet. Sie ist, wie die drei andern, die hier im Vorjahr aufgestellt wurden, nur von geringem Umfang und sehr einfacher Ausstattung. Die Hallen werden von den auf dem Plage spielenden Schülern wie von andern Besuchern des Hains bei plötzlich eintretenden Regenschauern gern benützt. Sie dienen als Rot-halle bis zur Errichtung der großen Schutzhalle, die später in der Nähe des Plazes nach den Entwürfen des Stadtbaurats Hoffmann gebaut werden soll.

Die Mißstände auf dem städtischen Schlachthofe. Auf Ver-anlassung der Oberstaatsanwaltschaft ist, wie die „Allgemeine Fleisch-zeitung“ mittelt, in dem Prozeß betreffend der Mißstände in der Kochhaus-Anstalt auf dem städtischen Schlachthofe Revision eingelegt worden, obgleich in der Verhandlung vor dem Landgericht der Staatsanwalt selbst die Freisprechung der Angeklagten Darmhändler Karl Lange, seines Vaters Schlächtermeister Hermann Lange und des Schlächtergehilfen Louis Schmolinski beantragt hatte. Die Revisionschrift ist dem Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, bereits zugefellt.

Anweisungen für den Gebrauch des Fernsprech-Anschlusses sind in Vorschlagsform durch die Reichsdrucker hergestellt und werden von den einzelnen Postämtern aus demnachst an die Fernsprechteilnehmer zur Verteilung gelangen. Die Vorschläge ent-hält einen Auszug aus den Bedingungen, unter welchen Fernsprech-Anschlüsse hergestellt, Angaben darüber, wie der Fernsprecher zu be-handeln ist. In einer besonderen Abteilung werden auch die durch die neue Postordnung bewilligten Nebenanschlüsse behandelt und über deren Gebrauch nähere Auskunft gegeben.

Die Fortsetzung einer neuen Straßenbahnstrecke in gestern auf dem Tempelhofer Felde in Angriff genommen worden. Es werden zwei Linien, eine westliche und eine östliche, von der Kolonnenbrücke her in die General-Papestraße einbiegen. Zunächst soll die Linie Weddingplatz-Großgörschenstraße durch die Haupt- und Kolonnenstraße bis dorthin verlängert werden, während eine andre noch nicht bestimmte Linie von Osten her durch die verlängerte Rathhaustraße und den Kolonnenweg ihre Trace bis zum südlichen Ende der General-Papestraße nehmen soll.

Zu der Familientragödie in der Wrangelstraße ist noch zu berichten, daß nunmehr auch die Mutter der hingerichteten vier Kinder in den Tod gefolgt ist. Frau Sogolevski ist heute früh im Krankenhaus Bethanien ihren Verletzungen erlegen.

Unfall auf der Straße. Vor dem Hause Gartenstr. 168 schauten die Pferde eines mit Steinen beladenen Rollwagens und gingen in der Richtung nach der Invalidenstr. durch. Vor dem Hause Gartenstr. 160 fiel der Säugmann Johanns den Pferden in die Fügel, wurde ungefähr 200 Schritte mitgeschleift und vor dem Hause Gartenstr. 24 gegen einen dort haltenden Bierwagen gedrückt. Der Säugmann riß nun die Pferde beiseite und brachte sie vor dem nächsten Hause zum Stehen. Er hat eine Querschnitt des Ringfingers der rechten Hand und Verletzungen an der linken Hüfte davongetragen.

Die Abzweigung der elektrischen Hochbahn nach dem Pots-damer Bahnhof als Unterpflasterbahn wird gegenwärtig mit Energie weitergeführt. Das Hintergelände der Köthenerstraße, längs dessen die Hochbahn als Unterpflasterbahn sich langsam in die Erde senkt, wird bald von allen Hindernissen befreit sein. Die beiden

Seitenflügel des Hauses Köhlerstr. 18 und des Quergebäudes Nr. 14, welche sämtlich nach Vollendung der Bahn wieder neu aufgebaut werden, wobei die Bahn durch ihre Kellereingänge führt, sind fast dem Erdboden gleichgemacht. Ebenso ist der hintere Garten des bekannten Restaurants zum „Köhler Garten“ bereits verschumden.

Die Unfälle mit den elektrischen Straßenbahnwagen werden täglich zahlreicher. Freitagabend um 7 Uhr wurde vor dem Hause Reichenergerstraße 72 ein siebenjähriger Knabe, Sohn des Handwerkers S., von einem elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Dönhofsplatz-Nordost überfahren. Der Knabe wollte vor dem Wagen vorbeilaufen, stürzte und wurde von der Schutzvorrichtung des Wagens gequetscht, geriet dann zwischen die Bremsvorrichtung und konnte erst nach geraumer Zeit durch die Feuerwehre hervorgeholt werden. Mittlerweile war der Tod schon eingetreten. Die Schuld an dem Unglück wird von Augenzeugen weniger dem Knaben als der höchst mangelhaften Schutzvorrichtung des Straßenbahnwagens beigegeben. Auch in andern Fällen hat die Schutzvorrichtung vollständig versagt.

Das Grab der Frau Charlotte Birch-Pfeiffer auf dem Jerusalem Kirchhof in der Bergmannstraße war gestern aus Anlaß ihres 100jährigen Geburtstags reich mit Blumen und Kränzen geschmückt.

Der Vorsitzende des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Dr. Freund und der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates Herr Wenzel (Vertreter der Arbeitnehmer) haben sich nach Paris zum Studium der Abtheilung für Arbeiter- Wohlfahrts-Einrichtungen auf der Weltausstellung begeben. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat auf der Weltausstellung ein Panorama ihrer großen Heilanstalten in Veelt, welche zur Zeit im Bau begriffen sind, zur Ausstellung gebracht.

Von dem flüchtigen Schuhwarenhandler Joseph Rehwinkel konnte bisher trotz sorgfältigster Recherchen keine Spur entdeckt werden. R. hat nach den Ergebnissen des bisherigen Ermittlungsverfahrens seine Flucht längere Zeit vorbereitet und dürfte wahrscheinlich unter falschem Namen nach England gereist und von dort nach Amerika gefahren sein. Rehwinkel ist im Herbst vorigen Jahres von Amerika, wo er 14 Jahre lang ansässig gewesen, mit nur geringen Mitteln nach Berlin gekommen. Er hatte nicht einmal genügend Geld, um sich eine Wohnunterkunft anzuschaffen und stellte sich folglich in primitiver Weise durch Leisten, die er an den Wänden befestigte, her. Durch falsche Vorpiegelungen wußte er sich von vornherein Kredit zu verschaffen und wie schon erwähnt, das Vertrauen seiner Lieferanten dadurch zu erwerben, daß er kleinere Warenposten, die er anfänglich bezog, schon nach kurzer Zeit bezahlte. Später unterhielt Rehwinkel ein ständiges Lager im Werte von nahezu 60 000 M. Nachdem er kurz vor seiner Flucht den Bestand seines Hauptgeschäfts, das Zweiggelächts hatte er inzwischen verkauft, bedeutend ergänzt hatte, begann er mit einem Ausverkauf des Lagers. Er verkaufte das Schuhzeug theilweise unter dem Einkaufspreis und soll einen täglichen Tagesumsatz von 6-800 M. gehabt haben. Der flüchtige dürfte etwa 150 000 M. mit sich genommen haben. Den bisher festgestellten 200 000 M. Passiva stehen etwa 6000 M. Aktiva gegenüber. Der Kaufmann Sch., der das Zweiggelächts in der Kleinen Frankfurterstraße gekauft hat, ist unter dem Verdacht, einen Scheinvertrag eingegangen zu sein, verhaftet worden. Der Beschuldigte soll jedoch in der Lage sein, zu beweisen, daß er die Buchungssumme thatsächlich entrichtet habe.

„Vater Philipp“ wird am 1. Juli in der Ritterstraße seine Pforten schließen, um nach der Ledertierstraße überzusiedeln. Das Militärarresthaus an der Linden- und Ritterstraße besteht seit dem Jahre 1826 und erhielt seinen Namen von dem damaligen Platzmajor Philipp.

Wegen des Verbrechens der Doppelmord ist kürzlich der im Norden wohnhafte Drogist G. in Haft genommen. Er ist vor etwa zwei Jahren aus Amerika nach Berlin gekommen, hat hier ein junges Mädchen kennen gelernt und es geheiratet, nachdem er mit der Wittwe ein Drogengeschäft eingerichtet hatte. Nach einiger Zeit tauchte eine Frau auf, die erklärte, daß G. mit ihr in Amerika getraut worden sei und sie heimlich verlassen habe. G., der dem Rechtsanwalt Dr. Schwandt die Verteidigung übertragen hat, behauptet, daß er die in Amerika vorgenommene formlose Cerimonie für eine rechtsgültige Trauung nicht gehalten habe.

Ein großer Skandalprozess wird in der nächsten Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I, die am 2. Juli beginnt, zur Verhandlung gelangen. Es handelt sich um eine Krankenpflegerin Minna Fischer, die einer großen Anzahl hiesiger und auswärtiger Damen Dienste geleistet haben soll, die als Verbrechen gegen das fremde Leben angesehen werden. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin Leop. Meyer, Dr. Falpert, Heilborn und Hoffstedt.

Eine Warnung vor dem Anfaß gestohlener Damen- umhänge erläßt das Polizeipräsidium. In der Zeit vom 17. Februar bis 21. März sind bei zwei Pfandleihern der Invalidenstrasse bezw. Brunnensstraße nach und nach zehn schwarzseidene Damen- umhänge mit Spitzen und Stickerei, welche einen Engrospreis von je 30-40 M. haben, verkauft worden. Die Verkäuferin will dieselben von einer angeblichen Ida Bernau zum Verkauf erhalten haben, welche solche Umhänge angeblich für ein Geschäft in der Kurstraße gearbeitet habe. Diese Person war ungefähr 25 Jahre alt, von großer harter Figur, hatte dunkles, hinten in einer Gopf schneckenartig zusammengelegtes Haar, dunkle Augen und trug ein schwarzes Kostümkleid, einfaches, dunkelblaues Strohhut in Matrosenform mit weißem Sammtband. Die Umhänge sind vermutlich gestohlen. Sie können theilweise im Zimmer 248 des Polizeipräsidiums in den Vormittagsstunden beschlagnahmt werden, wosin auch Mittheilungen über die angebliche Ida Bernau zu 2794 IV. 26.00 erbeten werden.

Einem schaurigen Fund machten gestern Arbeiter beim Roggen in einem Strohballen am Nordhofen, der zum Löschen von Säbren dient. Die Maschine förderte die Leiche eines jungen Mädchens zu Tage, das seit dem 24. Januar d. J. verschunden war. Es handelt sich um ein 17 Jahre altes Dienstmädchen Helene Deute, das einige Monate bei dem Kaufmann Winter in der Fehmsstraße 6 in Stellung war und diese aus bisher noch unbekanntem Grund in der Nacht zum 25. Januar verließ. Ein Schuymann, der es kannte, sah, daß das Mädchen dann morgens in der Nähe der Dorfbrücke. Etwas später sprang dort ein Mädchen in den Kanal und ertrank. Da die Beschreibung paßte, so nahm man gleich an, daß es die Verschundene gewesen sei. Diese Vermutung hat jetzt der Leichensund bestätigt.

Für die Freunde der Vorgänge am gestirnten Himmel bieten die gegenwärtigen Tage recht viel interessante Erscheinungen. Der Jupiter mit seinem aus vier größeren Gliedern bestehenden Trabantenstern, deren Verfassungen, Bedeckungen und Vorübergänge vor dem Centralkörper man von der Erde aus im Fernrohr Schritt auf Schritt verfolgen kann, steht bei Anbruch der Dunkelheit bereits so hoch, daß der Einfluß der Luftstreuung, wie sie ja immer am Horizont herrscht, bei der Beobachtung ganz unmerklich ist. Auch der innere eines Ringsterns drei schwebende Saturne gewährt schon von 10 Uhr ab einen prächtigen Anblick, wiewohl die günstigste Beobachtungszeit dieses Planeten erst auf den Juli und August fällt. Die Venus ist nur noch wenige Tage zu sehen. Ihre Durchmesser wird augenblicklich immer größer, während die Phase bereits zu einer feinen Sichel zusammengekrümmt ist. Bei Abwesenheit des Mondes wird sich in den folgenden Tagen auch die Beobachtung zahlreicher Nebelstöße und Sternhaufen, darunter der prächtigen Gruppe im Hercules voraussichtlich recht günstig gestalten. Ein Besuch der im Aufstellungspunkt befindlichen Urania-Sternwarte dürfte somit für die nächsten Wochen recht befriedigend end ausfallen, und wird das Institut wie in den letzten

Tagen so auch fernherin dem Publikum bis 11 Uhr zur Besichtigung offen stehen.

Im Zoologischen Garten ist eine neue Tierart entdeckt worden. Vor einem Jahre ungefähr hatte Herr G. Grisebann aus Bangkol einige siamesische Schakale nach Berlin mitgebracht und dem hiesigen Zoologischen Garten geschenkt. Es waren ganz junge Thiere, welche damals nicht mit Sicherheit bestimmt werden konnten. Mittlerweile haben sie sich ausgefärbt und zu sehr schönen Tieren entwickelt, die jetzt im kleinen Raubtierhaus untergebracht sind. Maschke, der Verwalter der königlichen Säugetierammlung ist von vornherein der Ansicht gewesen, daß der Siom-Schakal sich von allen andern bekannten Abarten unterscheiden müsse, weil der Wildhund in jedem Tiergebiete gewisse eigentümliche Merkmale besitzt und aus Hinterindien ein echter Schakal noch nicht bekannt war. Jetzt hat dieser Zoologe die Tiere unter dem Namen Canis erismanni neu beschrieben.

Die neuen Bereicherungen des Berliner Aquariums kommen besonders den Abteilungen der Fische, der Krebs- und Blumentiere zu gute. Einer der interessantesten und reizendsten Fische ist der im Mittelmeer heimische Purpur- oder Korallenfisch, das Wirtelglied einer Gattung, die durch die Art ihrer Beschuppung und auch im sonstigen Kerben an die in den tropischen Meeren lebenden Schuppenfische erinnert; die Schuppen dieser Fische, welche eigentümlich lamellenförmig sind, bedecken nicht nur Kumpf und Kopf, sondern dehnen sich auch auf die feinsten Flossen aus. Das Kleid der hier gezeigten Fische erscheint in einem äußerst ansprechenden, gold- und silberglänzenden Violett und Rothbraun und an der Wurzel der Brustflosse macht sich ein schwarzer Fleck bemerkbar.

Aus den Nachbarorten.

In Charlottenburg hat sich der Magistrat in der Frage der künstlerischen Ausschmückung der neuen Charlottenburger Brücke der Ansicht der dortigen Tiefbaudeputation angeschlossen, daß ein Thorüberbau für die Brücke nicht in Frage kommen kann; er empfiehlt deshalb der Stadtverordneten-Versammlung, daß die Neubearbeitung der prämiirten Entwürfe nur eine architektonische Betonung der Straßenränder mit entsprechender künstlerischer Vorbereitung und Anpassung an die landschaftliche Umgebung zum Gegenstand haben soll. Außerdem hält er es für zweckmäßig, daß die Kosten für künstlerischen Aus- und Aufbau auf den Betrag von 300 000 M. eingeschränkt werden.

Der Raubmörder Krüger hat die Bluthat bei Verneuchen zum Teil eingestanden. Krüger wurde gestern nachmittags im Untersuchungsgefängnis einem scharfen Verhör unterzogen, das bis 9 Uhr abends dauerte. Die der Polizei gegenüber, so leugnete er zunächst auch vor dem Untersuchungsrichter alles, was ihm zur Last gelegt wird. Sein besonderes Vertrauen setzte er darauf, daß er sich, nachdem am Sonntagabend der Mord verübt worden war, schon am Dienstag in Angermünde befunden hat, und zwar ohne Nalb. Seine Angaben in dieser Beziehung sind ja richtig, aber der Versuch eines Alibibeweises mußte dennoch bald scheitern, und der Verweis in Angermünde ist nun erst recht verächtlich. Denn Krüger hat das Nalb zur Zeit nach Angermünde bezeugt, es jedoch im Nalb versteckt und erst wieder hervorgeholt, nachdem er sich eine neue Invaliddokumente hatte ausstellen lassen, unter dem Vorgeben, daß er die alte verlor habe. Auch die alte Karte hat ursprünglich auf seinen richtigen Namen gelaufen. Er hat jedoch diesen ausradirt und den Namen Schmidt gefälscht. In Wesenthal, Verneuchen u. g. w. gewesen zu sein, bestritt der Hefelgenommene entschieden. Dem steht aber die bestimmte Aussage des Gastwirts Prahl aus Hirsfelde entgegen. Bei diesem hat Krüger-Schmidt um Essen und Trinken mit dem Bemerkten angesprochen, daß er beim Chauffeebau zwischen Verneuchen und Wesenthal Arbeit nehmen wolle. Prahl bedeutete ihm, er möge erst einmal die Arbeit wirklich annehmen, dann könne er bei ihm Verpflegung erhalten. Als ihm diese Androhung vorgehalten wurde, geriet Krüger mit seinem Alibiweis ins Wanken und räumte ein, in jener Gegend gewesen zu sein, um Arbeit zu suchen. Nun hatte er sich verrannt und kam nicht mehr los. Das Ende war, daß er die That wenigstens halbwegs einräumte. Thiede sei, so behauptete er nun, ihm um 11 1/2 Uhr auf der Chauffee begegnet und habe ihm mit seinem Nalb, das kein Licht gehabt habe, angefahren. Darüber sei es zu einem Streit gekommen. Thiede habe ihn über den Kopf geschlagen und er habe den Hieb mit dem Spatenstiel erwidert. Sein Gegner sei wie tot hingefallen. Um die Spuren der That zu verwischen, habe er den Erhängenen, obwohl noch etwas Leben in ihm gewesen sei, nach dem Lupinensfeld getragen und dort eingegraben. Dann habe er sich seine Sachen angeeignet. Der Mörder, der dreimal verheiratet gewesen ist, hat schon mehrere Strafen erlitten, u. a. auch wegen Mißhandlung seiner eignen Frau.

Ein für die Stadt Berlin folgenschwerer Prozeß wurde gestern vom Kammergericht zu Ungunsten der Stadt entschieden. In der bekannten Beziehung des Westfers der Panke oder Bades-Anstalt, Herrn A. Lohff, wegen Verunreinigung der Panke durch die Abwässer der Dieselfelder, wurde die Stadt Berlin zum Ertrag des vorläufig für das Jahr 1897 eingelagerten Schadens verurteilt. Schon vor vier Jahren hatte die Polizeibehörde im gesundheitlichen Interesse der Badenden die Schließung des Flußbads verfügt und dies Verbot alljährlich wiederholt.

Geriichts-Beitrag.

Der Fall Sternberg sollte gestern und folgende Tage noch einmal vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I aufgerollt werden. In dem Vorverfahren hatte die Zeugin Wozda neben Sternberg auch die 10-jährige, bei der nach Amerika entflohenen Massense Fischer beschuldigte Auguste Wender der Mithilfe beschuldigt. Sternberg hatte sich gerade auf deren Zeugnis zu seiner Entlastung berufen und sie durch seine Agenten zu seinem Verweine aus Amerika zurückkommen lassen. Als am 20. März 1900 die Verhandlung gegen Sternberg ihren Anfang genommen hatte, erklärte einer der Verteidiger, Justizrat Dr. Sello, daß die Zeugin Wender gestellt sei und in einer dem Kriminalgerichtsgebäude gegenüberliegenden Konditorei auf ihre Vernehmung warte. Staatsanwalt Dr. Komen beantragte darauf die Sistierung der Wender und dann ihre sofortige Verhaftung. Es wurde nunmehr auch gegen sie Kullage wegen Sittlichkeitsverbrechen erhoben. Rechtsanwalt Dr. Bertschauer übernahm ihre Verteidigung. Gestern sollte in dieser Sache die Verhandlung beginnen. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Akten des ganzen Falls Sternberg zur Zeit auf die von dessen Verteidigern eingelegte Revision in Leipzig sind. Die Verhandlung ist deshalb ausgesetzt worden.

Der Prozeß wegen des Strahnmülls gelangte auch gestern nicht zum Abschluß, sondern wurde behufs Ladung neuer Zeugen bis Montagvormittag 9 Uhr vertagt. Einer der Angeklagten, der Arbeiter Gehmann, erhielt gestern seine Einberufung zur Teilnahme an der Expedition gegen China.

In der Schöneberger Schulaffäre war irrthümlich berichtet worden, daß der verstorbene Anabe Rudolf Fischer 11 Jahre alt gewesen sei. Die Eltern des Knaben legen Wert darauf, veröffentlicht zu sehen, daß derselbe erst 9 Jahre alt war.

Ein Tänzchen. Im Lokal des Gastwirts Peters hatte ein junger Mann am 22. April d. J. sich und andern jungen Leuten das Vergnügen gemacht, seiner Handharmonika verschiedene Tänzweisen zu erklingen, und einige Mädchen hatten dieser Aufforderung zum Tanz nicht widerstehen können. Bald danach erhielt Herr Peters ein Strafmandat wegen Vergehens gegen eine Regierungsverordnung von 1837, weil in seinem Lokal eine öffentliche Tanzlustbarkeit stattgefunden habe, zu der es einer vorherigen polizeilichen Erlaubnis bedürftig hätte. P. beantragte richterliche Entscheidung und bestritt, daß er im vor-

liegenden Fall irgend wie strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könne. Die zuständigen Gerichte erster und zweiter Instanz sprachen ihn denn auch frei. Es wurde angenommen, daß er weder die fragliche Tanzlustbarkeit veranstaltet, noch sie „abgehalten“ habe. P. wäre auch nicht verpflichtet gewesen, die jungen Leute am Tanzen zu hindern. Daß er dies unterließ, stempelte ihn noch nicht zum Veranstalter. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und betonte, das passive Dulden sei schon ein „Halten der Tanzlust“. — Das Kammergericht verwarf die Revision der Anklagebehörde und säurte aus: Das „Veranstalten einer Tanzlustbarkeit“ und das „Halten von Tanzlust“ sei eine positive Thätigkeit aufserberbeiführung einer Tanzlustbarkeit voraus. Eine solche Thätigkeit des angeklagten Gastwirts sei hier nicht erwiesen und das bloße Dulden sei im vorliegenden Fall nicht strafbar. Der Angeklagte sei deshalb mit Recht freigesprochen worden.

Sociales.

Gewinnbeteiligung und Organisation der Landarbeiter. Graf Reventlow auf Wulschagen bei Wietorf in Schleswig-Holstein teilt im „Land“ (Nr. 8) mit, daß er demnächst beabsichtigt, auf seinem Rittergut die Gewinnbeteiligung für seine sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einzuführen! Als Vorbildung einer vernünftigen Gewinnbeteiligung am Gewinn bezeichnet Graf Reventlow die Organisation der Arbeiter des jeweiligen Betriebs zu einem Verein, den man etwa Wohlfahrtsverein nennen könne und dessen Vorstand Einbild in die Geschäftsführung und Buchführung erlangt hätte. Im weiteren Verlauf hätte sich der Vorstand zu einem Arbeiterausschuß auszuwachsen. Die Gewinnbeteiligung muß als Recht, nicht als jederzeit widerrufliche Vergünstigung eingeordnet werden. Die Gewinnbeteiligung darf aber nicht zur Grundlage der ganzen Entlohnung gemacht werden, vielmehr sollen neben derselben die alten Löhne fortbezahlt werden. Da der Reinertrag wesentlich von der Geschäftslage des leitenden Landwirts, den Witterungsverhältnissen und den Marktpreisen abhängt, ist der Ertrag sehr wechselnd und die Schultern des Arbeiters sind zu schwach, um dieses Risiko zu tragen. Die Gewinnbeteiligung bedeutet freilich eine Erhöhung der Produktionskosten; da aber die Arbeit durch das wachgrufenen Eigeninteresse der Leute produktiver sich gestaltet, so verliert sie sich voraussichtlich trotzdem für den Unternehmer.

Die zu gründende Arbeiterorganisation hat völlige Selbstverwaltung. Die Beamten des Arbeitgebers können ihr beitreten, haben aber weder aktives noch passives Wahlrecht. Eine Unterstufung sollte angeordnet werden. Zur Beförderung der schriftlichen und rechnungsmäßigen Arbeiten schlägt der Begründer den Lehrer vor, da dieser wirtschaftlich am neutralsten allen gegenübersteht.

Im weiteren giebt Graf Reventlow Einzelheiten bezüglich des Umfangs der Gewinnbeteiligung bekannt, die uns hier weniger interessieren. Ueberhaupt würde das geplante Experiment des Herrn Grafen uninteressant weniger wegen der Gewinnbeteiligung, als vielmehr wegen der damit verknüpften Organisation der Landarbeiter beachtet werden. Dabei hegen wir aber nicht die Erwartung, daß das Vorgehen des Grafen bei seinen Standesgenossen etwa viel Nachahmung finden wird. Die Böhmerische „Social-Korrespondenz“ scheint dies allerdings anzunehmen, sie steht in dem Plan ein Zeugnis dafür, daß auch in unsern Großgrundbesitzern moderner Geist und Verständnis für die großen socialpolitischen Aufgaben der Gegenwart erwacht ist.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der Schweiz. Die Frau unseres Genossen Dr. Farbstein, Advokat in Zürich, eine geborne Oesterreicherin von Affoltern bei Zürich, hat von der medizinischen Fakultät der Universität Zürich die Würde eines Doktors der Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe verliehen bekommen. Ihre Inauguraldissertation behandelt die Embolie der Lungenarterie.

Demisches.

Ueber die Gutenbergfeier wird vom Sonnabend aus Mainz berichtet:

Die Gutenbergfeier wurde heute mittag 12 Uhr mit der Eröffnung der Typographischen Ausstellung eingeleitet. Die Stadt ist aus Anlaß der Feier glänzend geschmückt, selbst der Dom trägt Fahnen und Wimpel; die Straßen sind einheitlich im Sinne der historischen Krachten des Festzugs geziert. Ein kunstvoll erbautes Fürstentum ist gegenüber dem Gutenberg-Monument errichtet, das Denkmal selbst hat großartigen gärtnerischen Schmuck erhalten. Der Fremdenzuspruch ist bedeutend.

Aus Rom wird mitgeteilt: Zu morgen, Sonnabend, sind sämtliche im Fleischereibetrieb beschäftigten Personen zum Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann geladen worden; es soll um eine gütliche Zeugenansage handeln. Verhöre finden alle Tage statt; sie nehmen die ganze Zeit des rastlos arbeitenden Untersuchungsrichters Dr. Zimmermann in Anspruch. Was für Anklagen gemacht worden sind, darüber ist nur durch Befragen der sich sehr widersprechenden Zeugen etwas zu erfahren. Das aber steht fest: bisher ist die Untersuchung noch nicht einen Schritt weiter gekommen, als sie am Tage nach der Auffindung der letzten Leichenteile stand. Die Nordische tritt ganz in den Hintergrund gegenüber den vielen schwebenden Meinerdöverfahren, die gegen Zeugen eingeleitet wurden. Der Arbeiter Maslow, dessen Schwiegermutter Frau Mosch und die Frau Aelinger hatten sich häufig wegen angeblicher falscher Eidesleistung vor dem Untersuchungsrichter zu äußern. Frau Aelinger, die von dem jungen Moritz Lech gesehen haben will, wie er kurz nach dem Mord an der „Tyhle“, der Fundstelle des Körpers, mit einem Stroh im Wasser gewälcht habe, wurde heute unter dem Verdacht des Meineids in Haft genommen. Weitere Verhaftungen unter gleicher Anklage scheinen bevorzustehen. — Der Landratsamtsverweiser des Kreises Salodan, v. Wach, warnt in einer Unterredung vor Ausschreitungen gegen die Juden.

Ein Pestfall ist wieder in Oporto vorgekommen; alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. — In Smyrna war gestern der neunte Todesfall infolge von Pest zu verzeichnen; auf Wunsch des Sanitätsrats beauftragt sich eine Kommission mit Sanierungsmaßnahmen für Konstantinopel.

Der Juni als Selbstmordmonat. Es ist eine wenig bekannte, aber durch die Statistik festgestellte Thatsache, daß der Rosenmonat von allen Monaten derjenige ist, in welchem die Selbstmordfälle ihren Höhepunkt erreicht. Von 1000 Selbstmorden kommen aus Herbst und Winter nur 400, auf Frühling und Sommer dagegen 600 und in 100 Fällen erreichte der Juni nicht weniger als 62 mal die Höchstziffer. Die Ursachen der Phantasie darüber, wie gerade der Juni zu diesem traurigen Ruhme kommt, weichen sehr von einander ab, und einen wirklich plausiblen Grund weiß man kaum dafür anzugeben. Dem die Annahme, daß die starke Sommerhitze eine böse Wirkung auf das Gemüt ausübe, kann man schon darum nicht gelten lassen, weil der Juni keineswegs der heißeste Monat ist, vielmehr die höchste Temperatur im Juli fällt. Zudem kann man die alte Erfahrung kaum missen, die jeder an sich selbst zu machen pflegt, daß leichter Sonnenschein immer glänzend auf die Stimmung wirkt. So bleibt denn bis jetzt nur eine Erklärung der seltsamen Erscheinung übrig. Die Statistik hat nämlich u. a. festgestellt, daß die Selbstmörder durchschnittlich häufiger am Tage, als am Abend und in der Nacht in den Tod gehen, der Juni aber hat die längsten Tage. Ob jedoch in dieser Keuzerlichkeit der wirkliche Grund liegt, ist allerdings sehr fraglich.

Jmbs Ostbahn-Park, Rüdersdorferstr. 71.
Montag, den 25. Juni 1900:

Grosses Kinderfest

arrangiert von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (C4).
Kinderbelustigungen aller Art. Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne gratis.
Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Entree 25 Pf. Kinder frei. 215/8

Schloss Weissensee

„Zum Sternecker“

Sonntag, den 8. Juli 1900:

Großes Volksfest

veranstaltet von den
Socialdemokraten des Kreises Nieder-Barnim.

Grosses Früh-, Mittags- und Nachmittags-Konzert
ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Civil-Verwaltungler unter Leitung des Herrn Nehmzow.

Grosse Volksbelustigungen aller Art.

Massengesänge | **Turnerische Aufführungen**
von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes | vom Arbeiter-Turnverein Weissensee (Wittl. d. N. C. B.).
Mitwirkung des Mundharmonika-Bereins „Vorwärts“ usw. usw. 222/17

In den Festsälen von 4 Uhr an: **Großer Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Bei eintretender Dunkelheit: **Grosses Brillant-Feuerwerk**, ausgeführt vom Pyrotechniker Herrn Albers. Die Kaffeelücke ist bis 6 Uhr abends geöffnet.

Anfang 8 Uhr morgens. Billets im Vorverkauf 20, an der Kasse 25 Pf.
Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Im Interesse des guten Gelingens des Festes bitten wir, den Anordnungen der Festordnung Folge zu leisten. — Etwas Besondere, sowie Mitteilungen über gefundene oder verlorene Sachen bitten wir im Festbureau zu machen.

Th. Grützmacher, Nieder-Schönhausen

Lindenstr. 43

Genossen in Pankow und Schönhausen

Konzert, Gesangsvorträge, lebenden Bildern, großem Feuerwerk, Kinderbelustigungen aller Art und großem Ball.

Entree 15 Pf. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. 222/18

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bautischler.

Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, bei Cohn, Deutschstr. 20/22:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung des allgemeinen Reichstagswahlkreises. 2. Beschlussfassung über denselben.

Die Kollegen werden ersucht, möglichst vollständig zu erscheinen.

Branchen-Versammlungen

Dienstag, den 26. Juni 1900, abends 8 Uhr:

Tischmacher

in der Kranz, Wrangelstr. 11;

Sitzmöbel-Tischler

in E. Behrens Festsälen, Wlantenstr. 95;

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr:

Telephonkasten-Tischler

sowie derjenigen Tischler, welche auf photographische und chirurgische Apparate beschäftigt sind,

in Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.

Küchenmöbel-Tischler

in Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: Die gegenwärtigen Verhältnisse in den Branchen.

Friedrichsberg.

Bezirks-Versammlung

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dube, Prinzenallee 30.

Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Bezirksleiters, eines Bezirksamters, der Kontrollkommission. 2. Bericht Angelegenheiten.

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung

der

Bürsten- u. Pinselmacher.

Tages-Ordnung: 1. Gesetz betreffend die Bundesrats-Verordnung vom 28. Januar 1899.

2. Entwurf zur Kommission. 3. Bericht Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Da vielen Kollegen die Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung nicht bekannt sind, so ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Beiträge werden entgegengenommen.

Branchen der Korbmacher.

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreadstr. 20:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Feinlein O. Baader. 2. Diskussion.

3. Branchen-Angelegenheit. 4. Verschiedenes. 90/20

Sätze haben zu dieser Versammlung Zutritt. Um zahlreiches Besuch bitte!

Altplätzerinnen

und **Wäscherinnen.**

Dienstag, den 26. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße 29:

Große öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Finkbeiner-Kommission über den neuen Volkstanz.

2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über den Tarif und seine Einführung.

4. Verschiedenes. 201/7

Erscheint Alle! Die Lohnkommission.

H. K.: Minna Rosenstengel, Plätzerin, Blumenstr. 57.

Zur gef. Beachtung! Für den Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche befinden sich Bagatellen: Im Arbeitsnachweis von Herzt, Landwehrstr. 1 (Kant VII. Nr. 57); bei Stanowsky, Kaffeezer, Hühnerstr. 48; in Weissensee bei Speckmann, Kömigs-Gasse.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 27. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29,

Grosse Versammlung

der Putzer Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über den Kampf ums Dasein in Rom und Gesellschaft. 2. Vorberingung eines Randbogens zur Gewerbegerichtsreform. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 131/16

Der Einberufer.

Arbeiter Berlins!

Von den Finkbeiner Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hanssch Nachf.), K. Wolgel, R. Klähre, W. Enlge, O. Wossly, R. Reincke, O. Franz, F. Köhly, H. Müller, A. Hurras, R. Bär, Reinhold Kaiser, Karl Uhlisch, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Püschel.

Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umg.

Sonntag, den 1. Juli, vorm. präc. 10 Uhr, im Nebensaal der Brauerei Friedrichshain,

Ausschuss-Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Beschlussfassung über Einführung von Bezirks-Übungsstunden. 3. Verschiedenes.

Ausgabe der Billets zum Sängerbund.

Präcise 11 1/2 Uhr: Übungsstunde.

Vorbereitung zum Sängerbund in Weissensee.

Programmatische Lieder: 1. Bundeshymne. 2. Saat und Ernte. 3. Schmach. 4. Brudertief.

5. Arbeiter-Baterlandlied. 6. Frühlings-Gruß. Im Interesse des Sängerbundes werden die Vereine ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. — Bundesmitgliedskarte legitimiert. 18/9

Der Vorstand.

Der Möbelpolierer Franz Müller, Weissensee, Lederstraße 3

monatlich, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen vom Sängerbund, dem sozialdemokratischen Arbeiterverein Weissensee's und dem gegenwärtigen nachzukommen.

Der Vorstand. 18/2

Bausalon.

Große Franzfurterstraße 85.

Empfehle meinen Salon nicht nur den noch einige Sonnabende an Vereine.

Neben Mittwoch: Wlantenball. 16/26

Otto Thiel.

Gesellschaftshaus

Zwinnwälderstr. 42.

Tägl. Theater u. Spezialitäten-Abend.

Jeden Sonntag: Ball.

Säle für Gesellschaften, Vereine, foudant zu vergeben. 1405/2

Achtung! Schneider Berlins! Achtung!

Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr,

Gr. öffentliche Versammlung

im Friedrichshainischen Casino, Friedrichstraße Nr. 236.

Tages-Ordnung: 1. Welche Konsequenzen zieht die Arbeiterkraft aus dem Vortruch einzelner Unternehmer. Referent Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 162/10

Kollegen! Es gilt, gegen die Willkür der Unternehmer energisch Protest zu erheben, erscheint deshalb zahlreich in dieser Versammlung. Die Firmen Vortrefflich, Baum, K. Wertheim, Wehling Schöning und Horwig, Weipzigerstraße, sind brieflich eingeladen, die Kollegen genannter Geschäfte werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Drechsler!

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Branchen-Versammlung der Drechsler.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Gesellenausschusses. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Revisionskommission. 4. Bericht Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. 88/1*

Um vollständiges Erscheinen ersucht der wichtigen Tagesordnung halber Die Kommission.

Achtung! Dachdecker Achtung!

und Vernisgenossen!

Dienstag, den 26. Juni 1900, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Werden die Vereinarbeitungen mit der Reichskraft am 1. Juli auch zur Durchführung gelangen? 2. Wie gestalten wir unsere Sammlungen zum Streikfonds künftig zu gestalten? 3. Verschiedenes. 84/7

Kollegen! Beweist durch Euer Erscheinen, dass es Euch auch ernst mit Eurer Forderung ist.

Der Einberufer.

Tapezierer.

Dienstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Filiale Nord: Brunnenerstr. 188 bei Nümann.

Süd: Märkischerstr. 83 bei Lorenz.

Tages-Ordnung beider Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Diskussion und Verschiedenes. — Referenten werden in der Versammlung bekannt gegeben. 178/8

Zahlreiches Erscheinen erwünscht Die Verbandsleitung.

Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, den 25. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei Bezirks-Versammlungen.

1. Für Schloßarbeiter bei Ludwig, Artilleriestr. 32 (Alten Dessauer).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Das Sozialistengesetz“.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

2. Für Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhwaren-Fabriken bei Stechert, Andreadstraße 21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kotzke über: „Aus der Geschichte Englands“.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Wir ermahnen die Kollegen und Kolleginnen, sich recht zahlreich an diesen Versammlungen zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rabsitzputzer.

Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 75:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

der Zahlstelle Berlin III des Central-Verbands der Maurer.

Tages-Ordnung: 1. Welche Stellung nehmen wir ein gegenüber den durch den Ausfall der Spanner gemehrten Kollegen. 232/12

Die örtliche Verwaltung.

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c. Großer Ball.

Jeden Sonntag, Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree frei, Tanz frei.

Im Juli, August, September sind die Säle noch mehrere Sonnabende an Vereine gratis zu vergeben.

Buchdruckerverband und Socialdemokratie.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ veröffentlicht unter diesem Titel in seinen Nummern 67, 68 und 69 eine Artikelserie, die dem Nachweise gewidmet ist, daß die socialdemokratische Partei an der Haltung des Buchdruckerbundes gegen sie schuld sei und daß alles, was der „Korrespondent“ gegen sie gesagt hat, sachlich durchaus berechtigt sei.

Wie Herr Reghäuser lediglich mit Worten den Bundel zu einem Gefassten umzuwandeln versucht, davon liefert der erste Artikel ein geradezu klassisches Beispiel. Auf der ersten Seite der Nr. 67 erzählt er, daß man (1896) „in der Parteipresse“ endlich die Zeit gekommen glaubte, um mit Hilfe der Marxdeure und Defektdeure den Verband der Buchdrucker aneinanderzureißen.

Nachdem er so durch ein einfaches Wort „die Partei“, die nur geschwiegen hat, wie sie zu allem Streite um gewerkschaftliche Einzelfragen innerhalb der Organisationen geschwiegen hat, zum Auftraggeber der „Marxdeure“, „Defektdeure“ und „Heger“, das heißt der Vertreter der einen Meinung gegenüber der andern, gemacht hat, teilt er mit, daß er auf die Folgen „der namens der Partei gegen die Buchdrucker geübten Hegerarbeit“ immer hingewiesen habe, jedoch „man hat unsre Warnungen in den Wind geschlagen“.

Im vorhergehenden Satz vermutet er nur erst, im letzten Satze weiß er aber bereits bestimmt was die Partei will, nämlich eine innerliche Zerfurchung des Verbandes, und zwar „durch kräftige Unterstützung“ der darauf gerichteten Bestrebungen, obwohl sie thatsächlich nur geschwiegen hat.

In derselben Weise konstruiert der „Korrespondent“ die Schädlichkeit der Socialdemokratie für die Gewerkschaftsbewegung. Neue besondere Thatsachen braucht er dafür nicht; er braucht nur ein Wortkuschel. Er setzt für „Buchdruckerverband“ einfach „Gewerkschaftsbewegung“ und hat so im Handumdrehen aus der Konstruktion „Feindschaft der Socialdemokratie gegen den Buchdruckerverband“ die Konstruktion „Schädlichkeit der Socialdemokratie für die Gewerkschaftsbewegung“ gemacht.

Thatsachen braucht ja der „Korrespondent“ nicht, und Thatsachen sind bei solchem Geschäfte auch nur lösend. Der die Thatsachen betriebsmäßig und nur aus ihnen seine Schlüsse zieht, der müßte anerkennen, daß die socialdemokratische Parteipresse bei allen gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiter stets rückhaltlos auf ihrer Seite steht und ihnen als wichtigstes Kampfmittel dient; daß die Redacture der Parteipresse unmögliche Strafen für die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter, für die Kritik von Missethäten in den Betrieben auf sich genommen haben.

Das bisher Geiragte erschöpft aber die eigentümliche Methode des „Korrespondent“ noch nicht. Es muß auch noch ein Wort darüber gesagt werden, wie das Blatt zu den wenigen Thatsachen gelangt, auf denen seine ganze kunstreiche Konstruktion aufgebaut ist.

So wird z. B. im zweiten Artikel, Nr. 68, Seite 2, Spalte 3, behauptet, der Artikel, den Auer 1888 unter der Ueberschrift „Der königliche dresdnische Gewerksverein“ geschrieben habe, sei 1896 im „Vorwärts“ nochmals abgedruckt worden, „um gegen die Buchdrucker Stimmung zu machen“. Das ist durchaus falsch.

Die weitere Entwicklung in dem Kampfe zwischen Verband und Parteipresse ist unäussäglich nur auf die Einwirkung der Parteipresse in unsre gewerkschaftlichen Angelegenheiten zurückzuführen. Welchen Jweden die Opposition im Verbande zunächst gemacht werden sollte, geht z. B. aus einer Notiz in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hervor: dieselbe schrieb zur Zeit unsrer Generalversammlung: „(Hier folgt das Citat, das aber für uns gleichgültig ist.)“

Nach diese Darstellung ist falsch; nicht die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hat geschrieben, sondern ein einzelner, der Redaktion gar nicht angehörender Buchdrucker hat die fragliche Notiz geschrieben und die Redaktion hat sie auf dessen dringenden Wunsch mit seiner vollen Namensunterzeichnung veröffentlicht. Sie hat aber ausdrücklich erklärt, daß sie nicht damit einverstanden sei.

Im dritten Artikel, Nummer 69, Seite 2, erste Spalte, heißt es: „Von der Masse der Parteizeitungen, die ihren Groß gegen uns ausgegossen, ist in erster Linie das unsren Lesern „bekannteste“ „Halleische Volksblatt“ zu nennen. Dieses Blatt schreibt unter anderm:“

Das Citat, das hierauf folgt, ist einem in dem Blatte enthaltenen Artikel (2. Juni 1900) entnommen, der durch das Signum Sw. (Stwient) am Schlusse deutlich als die Meinung eines Einzelnen gekennzeichnet ist; das zeigt an, daß die Gesamredaktion des genannten Blattes sich die Meinung des Schreibers nicht zu eigen machen wollte. Der „Korrespondent“ verschweigt diesen Umstand, um den Glauben zu erwecken, daß der Artikel die Meinung der Redaktion wiedergibt.

Dieser Mittel bedarf der „Korrespondent“, um sich eine Grundlage für sein Auftreten zu schaffen. Im übrigen möchten wir doch nicht unerwähnt lassen, daß Herr Reghäuser trotz der recht hohen Löhne, die er in den Artikeln ausschlägt, doch mehrfach versucht, die Bedeutung des von uns gekennzeichneten Artikels vom 21. April d. J. abzuwägen und es so darzustellen, als ob er es gar nicht so schlimm gemeint habe.

Wir hätten die Absicht, noch mit einem Wort darauf einzugehen, wie Reghäuser die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaft versteht. Wir werden dieser Notwendigkeit dadurch überhoben, daß wir eine Auslassung der „Frankfurter Zeitung“ über diese Frage, die uns soeben in die Hände kommt, hierherfegen.

Am weitesten ist der Verband der Buchdrucker gegangen, und man kann sagen, daß er in der Richtung von der Socialdemokratie zur Neutralität schon ein wenig übers Ziel hinausging und nicht mehr ganz neutral ist — nach der andern Seite hin. Neutralität in der vorliegenden Frage bedeutet doch, daß die Gewerkschaft als solche jeder politischen Partei indifferent gegenübersteht. Zwischen Buchdruckerverband und Socialdemokratie hat sich aber ein starker Antagonismus herausgebildet, der mit Neutralität nicht gut zu vereinen ist.

Zur Kennzeichnung der Haltung des „Korrespondent“ könnten wir nichts Besseres sagen und unterlassen daher eine Polemik gegen die Sätze der „Frankfurter Zeitung“ — mit denen wir nicht einverstanden sind.

Versammlungen.

Der Schnaps und die Arbeiter lautete das Thema, über welches Genosse Arons am Donnerstag in einer Bahvereins-Versammlung in Charlottenburg sprach. Er wolle den Arbeitern keine Moralpredigt gegen den Alkoholgenuss halten, sagte der Redner. Die Bestrebungen der Mäßigkeitsvereine hätten in den dreißiger und vierziger Jahren in Westeuropa nicht unbedeutende Erfolge gehabt. Von diesen Erfolgen sei aber heute nichts mehr vorhanden, weil einerseits die Mäßigkeitsapostel nur vom Standpunkt der Moral gegen den Alkohol kämpften, und weil andererseits es zum großen Teil wirtschaftliche Ursachen seien, die den Arbeiter veranlassen, Alkohol zu genießen. Von den eigentlichen Säubern solle hier nicht die Rede sein, sondern von denjenigen, die regelmäßig Alkohol als Genussmittel zu sich nehmen.

Zum Schluß gab der Vortragende einige Fingerzeige, wie der Schnapsgenuss zurückzuführen sei: In hohem Grade könnten hierbei die Frauen mitwirken, indem sie, soweit die Verhältnisse es gestatten, die Speisen schmackhaft, und den Aufenthalt im Hause dem Manne angenehm machen. Kindern sollte man unter keinen Umständen irgendwelche alkoholischen Getränke verabfolgen. Stillende Mütter sollten den Genuss solcher Getränke ebenfalls meiden, auch den des sogenannten Ammenbiers, welche keine der ihm nachgesagten guten, wohl aber schädliche Wirkungen habe.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Nur ein Redner vertrat den Standpunkt, daß der Alkoholgenuss unter gewissen Umständen nützlich sei, unter andern auch dann, wenn der Arbeiter sich über Sorgen und Beschwerden des Daseins hinwegsetzen wolle.

Am weitesten ist der Verband der Buchdrucker gegangen, und man kann sagen, daß er in der Richtung von der Socialdemokratie zur Neutralität schon ein wenig übers Ziel hinausging und nicht mehr ganz neutral ist — nach der andern Seite hin. Neutralität in der vorliegenden Frage bedeutet doch, daß die Gewerkschaft als solche jeder politischen Partei indifferent gegenübersteht.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Berlins und Umgegend, hielt am Montag, den 18. Juni, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Beize Bericht erstattete über den Kongreß, der im vergangenen Monat zu Pankow stattfand. Der Referent teilte mit, daß 28 Gewerkschaften daselbst vertreten waren und ein jeder Delegierte Bericht erstattete, was zu einer langen Debatte führte.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hielt am 19. Juni in Wendts Klubhaus eine gut besuchte Versammlung ab. Stadtverordneter Ad. Hoffmann sprach über das Thema: „Auf was wir stolz sind.“ Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf die im September vorzunehmende Neuwahl der Gewerkschafts-Vorstände hingewiesen und aufgefordert, sich rechtzeitig in die Listen einzuzichnen.

Der Verband der Sattler und Tapezierer, Filiale I (Ges. für Sattler usw.) hielt am 16. Juni seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Englischen Hof ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Sassenbach über das Entstehen und die Entwicklung der Gewerkschaften. Eine Diskussion fand nicht statt.

Der Zwirgverein Berlin des Centralverbandes deutscher Drauer hielt am Sonntag, den 17. Juni, seine regelmäßige Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen langjährigen Schriftführers des Vereins P. Köplich in der üblichen Weise. Hierauf erstattete der Delegierte zum Verbandstage, Vorsitzender L. Godayp, seinen Bericht von den Verhandlungen und Beschlüssen desselben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Beitragszahlungsmodus“ wurde beschlossen, den bisherigen Zahlungsmodus, also monatliche Beiträge, beizubehalten. Demert sei hier noch, daß durch Einführung der Haus und Geldbeiträge sich der Beitrag auf monatlich 1,20 M. erhöht. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ schlug der mit Arrangierung einer Dampfpartie beauftragte Kollege G. Gärtner

vor, den Preis für das Billet für Erwachsene auf 1,20 M., für schulpflichtige Kinder auf 0,50 M. festzusetzen, was auch geschah. Der Besuch war zufriedenstellend.

Der socialdemokratische Wahlverein Lichtenberg-Friedrichsberg hielt am 19. Juni bei Böflich, Frankfurter Chaussee 120, seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Körsten referierte über das Unfall-Versicherungsgejetz. In der Diskussion stellten mehrere Genossen Anfragen an den Referenten, welche auch ihre Erledigung fanden. Sodann trug Gen. Liebe der Versammlung vor, daß der Vorstand mit den Wilhelmshöher Genossen, welche doch eigentlich zu Lichtenberger Kommune gehören, aber zur Zeit im Weichenseer Wahlverein sind, Rücksprache genommen hat zwecks Uebertritt in unren Verein. Dasselbe Verhältnis besteht bei den Neu-Lichtenberger Genossen, welche zur Zeit zum Friedrichsfelder Wahlverein gehören. Das Verhalten des Vorstandes wurde von der Versammlung gebilligt. Gen. Well teilte noch mit, daß die Expedition vom 1. Juli ab sich Frankfurter Allee befindet.

Eine gutbesuchte Volksversammlung fand am Dienstag, den 19. Juni, im großen Saale von Kleins Hotel, in Käpenick statt. In derselben referierte der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Liebknecht über die verflochtenen Thaten des Reichstags. Redner schilderte in sehr eingehender Weise, welche ungeheure Opfer die breite Masse des Volkes für den Militarismus und den Marinismus aufzubringen hat. Des weiteren betonte der Redner, daß überall da, wo das Klassenbewußtsein der Arbeiter erwacht sei, die Organisation für unsere Partei in die Wege zu leiten sei und mahnte die Anwesenden, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Durch reichen Beifall bekundete die Versammlung, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sei. Nachdem wurde die Abrechnung von der Kasse erstattet und ist der Ueberschuß von 100 M. dem Vertrauensmann zur Agitation überlassen; ferner wurde beschlossen, die Genossen H. Woid, G. Hoffmann und A. Nothig zur nächsten Kreisversammlung zu delegieren. Nachdem vom Vorsitzenden Woid noch eindringlich ermahnt, recht ege für unsere Preise zu agitieren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Verichtigung. In dem in der Beilage Nr. 141 des „Vorwärts“ enthaltenen Bericht über die Versammlung der Deputierten ist unter anderem gesagt, daß von unserer Firma versucht worden sei, die früheren Lohnsätze zu zahlen und Ueberschunden von den Arbeitern zu verlangen. Wir erklären demgegenüber, daß die in der Versammlung von einigen Rednern gemachten Behauptungen in diesem Sinne auf Unwahrheit beruhen, da wir streng darauf achten, die neu vereinbarten Lohnbedingungen inne zu halten; vier Arbeiter erhalten sogar höhere Löhne.
Gottschalk u. Lasse, Alte Jakobstr. 78.

Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Kränzhallen, Kommandantenstr. 20, Vortrag des Herrn Dr. Oppenheimer über: „Ehe und Erziehung in der Zukunft“. Gäste willkommen.
Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse. Heute Freitag: Kaserstr. 123 bei Diele und Rarantenstr. 48 bei Liebenowstr. von 3-6 Uhr.
Mit-Wäscherinnen und Plätterinnen. Große öffentliche Versammlung am Dienstag, den 26. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn E. Keller, Kopenstr. 29.

Witterungsübericht vom 23. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. 10° C. u. F. 50° F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. G. 10° C. u. F. 50° F.
Eutinende	750	SSW	4	wolflig	15	Saparanda	758	SSW	2	wolflig	15
Damburg	758	SSW	4	bedeckt	13	Petersburg	762	SSW	1	Dunst	12
Berlin	760	SSW	3	wolflig	16	Lort	761	SSW	4	bedeckt	13
Frankf. M.	762	SSW	2	wolflig	15	Aberdeen	757	ONO	2	wolflig	12
Dänayen	765	O	2	wolflig	15	Paris	762	SSW	4	wolflig	15
Wien	764	SSW	3	wolflig	15						

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
3-a. Anonymus, „Kleiner Streber“ usw. Papierkorb.
G. G. Die Befragung enthält nicht über die Frage, ob Truppenente bed stehenden Heeres zu Kriegszwecken in überseeischen Ländern Verwendung finden dürfen. Es kann nicht als verfassungswidrig angesehen werden, wenn derartige Geschäfte, da ein grundsätzlicher Unterschied zwischen überseeischen Ländern und sonstigem Ausland nicht zu machen ist. Eine andere Frage ist die, ob es statthaft ist, die Ableistung der Dienstpflicht in fremden, nichtselbst umgebenen Ländern zu fordern. Die Einrichtung besonderer Schutztruppen

Königliches Schauspielhaus. Sonntag: Letzte Vorstellung vor den Ferien. Die Welt, in der man sich langweilt. Derogin: Frau Ida Stögemann. - **Neues Königliches Opern-Theater.** Alle Abende: Der Wiktor. - **Reisinger-Theater.** Alle Abende: Daffy. - **Neues Theater.** Alle Abende: Hüttenwachen. Freitagabend: Erste literarische Vorstellung: Gläubiger, Mondheimat, Abschiedslied. - **Reisinger-Theater.** Alle Abende: Die Dame von Maxim. - **Theater des Westens.** Alle Abende: Hobo. - **Thalia-Theater.** Son. Dienstag ab alle Abende: Im Himmelstempel. - **Central-Theater.** Alle Abende: Berlin nach Ost. - **Victoria-Theater.** Diesen Sonntag: Sündige Liebe. - **Ironia.** Alle Abende: Von den Alpen zum Meer.

Freitagnachmittag 5 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, der Metallschleifer **Adolf Krause** im 42. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittet **Rixdorf, 22. Juni 1900.**
Emilie Krause.
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Berlinerstr. 23, aus statt. 16188

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Karl Schulz**, am 22. Juni plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 1/2 5 Uhr, vom Trauerhause, Duxstr. 29, aus nach dem Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.
Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen (eingetr. Genoss. mit beschr. Haftpflicht).
Geschäftsbericht pro 1899.
Aktiva 268/4
Passiva 10833,99
Kreditoren-Gkonto 4444,44
Genossenschafts-Gkonto 2210,-
Rücklage-Gkonto 600,-
Gemin-Referende 3311,17
Jahresgewinn 268,38
10833,99
Das Geschäftsguthab. beträgt 2210,- und hat sich gegen das Vorjahr vermindert um 70,-
Die Hoffmann-Guthab. beträgt 3090,- und hat sich gegen das Vorjahr vermindert um 780,-
Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1899 74
Ausgeschlossen sind im abg. laufenden Jahre 3
Eingetretene 29
Wieder Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1899 100
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat. **F. A. Schreiner, Vors. R. Kneuer, Vors.**

Maurer! Filzbretter, auch ganze Tafeln, stets vorrätig **Hut-Bazar, 61. nur Potsdamerstr. 61.** 1945* Bitte auszuscheiden.

Mentes Volksgarten, Lichtenberg, Röderstr., Jeden Sonntag: Gr. Frei-Konzert.
Neue verdeckte Hallen, 2000 Pers., Zelte für 1000 Personen bieten Schutz gegen Sonne u. Regen. Kaffeeküche u. Volksbelustig. Jeden Sonntag eine neue goldene Damenuhr gratis. 46488*
Besond. Bestimmung d. Säulenanschlag. Für gute Verwitterung d. H. Mente, seit 20 Jahren Delekonist im Böhmisches Brauhaus.

Berliner Konsum-Verein. Konstituierende Versammlung am Sonntag, den 24. Juni 1900, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15. Nach Schluß: Geselliges Beisammensein mit Tanz, worin alle Mitglieder und Genossen einladen. Eintritt die Genossen vom Oden, zahlreich zu erscheinen. Im Austrage: 15808
Veranstaltung: **Kranstr. 7.** Sonntag 8-12, nachmittags 3-9 Uhr.

Alhambra Wallnertheater-Strasse 15 Jeden Sonntag und Donnerstag: Gr. Extra-Ball bei doppelt beleuchteten großen Orchester. Anfang 5 Uhr 785 **A. Zameliat.**
Wo ist der schönste Garten? In Rixdorfs Vereinsbrauerei! Frei-Konzerte, Kaffeeküche, Kegeltreiben etc. **Martin Berndt, Vorsitz.**

Restaurant Jägerhäuschen in Saathwinkel empfiehlt für Vereine und Gesellschaften. **Wilh. Schumann.** 1448b
Restaurant Bahnhof Hirschgarten **Jub. M. Grunisch.** Empfehlige Vereinen und Gesellschaften mein vorzüglich am Weinberg und im Wald betretenes Lokal mit Regelbädern und Kaffeeküche.

Kinderwagen-Bazar Max Brinner, Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6. Grobhartige Aufsicht von Kinder-Sport-1. Puppentag, best. Juchelstr. 61/62. 37383*

empfehlensw. 403M. Diesels einf. 25 M. **Silb. Herren-Rem.-Uhr v. 9 M.** an. E. Anero, sehr gutes Werk, 18 M. **Reelle 3 Jahr. schriftliche Garantie für guten Gang auf sämtliche Uhren.**

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 25. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, 55/13 in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Herrn Dr. Franz Oppenheimer über: „Ehe und Erziehung in der Zukunft“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Zahlstelle Berlin 5. **Gruppe Rabitzspanner und Träger.** Montag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht über unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Es ist Pflicht, daß jeder Kollege pünktlich erscheint. 1605b **Die Ortsverwaltung.**

Holzarbeiter! Charlottenburg. Holzarbeiter! Montag, den 25. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr: **Außerordentliche General-Versammlung** bei Jeder, Bismarckstraße 74. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Dringende Verbandsangelegenheiten. 90/19
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Neu eröffnet! (40618*) Neu eröffnet! **Franks Speisehalle** Neue Grünstraße 39 (zu Kommandanten- und Seheldstr.) Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte | Speisezeit ununterbrochen von vormittags 11 1/2 - 10 Uhr abends. **Bier 1/2 10 Pf., 1/3 5 Pf., Kaffee 5 Pf., Milch 5 Pf.**

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 19/20. Empfehle meine Säle zu Versammlungen. September und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 48909*

Restaurant Alt-Landsberg, Inh. A. Diez, Landsberger Allee 76/77, vis-a-vis der Ringbahnstation. Elektrische Bahnverbindungen nach allen Stadtbezirken. 49239* **Großer schattiger Garten, ca. 2000 Sitzplätze.** **Jeden Sonntag: Großer Frei-Konzert und Großer Ball** im neu erbauten Saal. 2 Regelmäßig, Kaffeeküche sowie Volksbelustigungen aller Art.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. **Plomben 1,50 M.** Teilw. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130.** Sprechst. 9-7.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mk. **Plomben 1 Mk.** Absolut schmerzlos. Zahnz. 1 Mk. **J. Blumberg, Gieselerstr. 33, a. Oranienb. Thor.** Spr. 8-7, Sonntag 9-1.

Zwei neue 49450* Elektra-Abendkurse am 4. Juli. - Prakt. und theoret. Ausbildung für alle Zweige der Elektrotechnik. Für Monteur- und Werkmeister. Zeugnis. Stellen nachweis. Probestufe gratis. Anmeldung Prinzenstr. 55.

Arbeits-Anzüge für jeden Industriearbeiter kauft man billigst bei **Adolf Wecker 3. Molkenmarkt 3.**
Zahn-Klinik Vr. Feilzlig, Frau Olga Jacobson, Dent. 82,6* Invalidenstr. 145.

Heilung aller Haut-, Horn-, Stafenleiden ohne Verunstaltung. 31jährige Erfahrung. **Harder senior, Elsassstr. 20.** Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2. Sonnt. 9-2. 28/10*

in Afrika spricht dafür, daß ein solcher Zwang von der Regierung selbst als unstatthaft angesehen würde.

N. N. 31. Die Krankenkasse ist haltbar. Das Krankenkassenmitglied hat keinen Anspruch zunächst der Kasse gegenüber eventuell bei der Krankheit bedürftig (wer diese ist, steht im Status) geltend zu machen. - **F. u. S. 53.** 1. Das Mädchen kann das Recht haben der Marken verlangen und anderem Antrag stellen. Sie muß bei der Krankenkasse angemeldet werden. 2. Kranken- u. d. Invalidenversicherungspflichtig. 2. Falls der Schaden nach dem 1. Januar 1900 zugefügt ist, hat der Vater für denselben. Für die Schadenersatzfrage ist das Amtsgericht zuständig. 3. Personen, die außerhalb der Werkstätte für ein Geschäft arbeiten, sogenannte Hausgewerbetreibende, sind nicht als Kranken- und Invalidenversicherungspflichtig, wenn sie lediglich für das eine Geschäft arbeiten. - **Gg. 5. 1. Ja. 2. Nein.** - **H. 26.** Läßt die Versicherungsanstalt ein Heilversuchen eintreten, so gehen bei Krankenversicherung-Beschwerden vom Beginn des Heilversuches an bis zu dessen Beendigung die Verpflichtungen der Krankenkassen gegen den Versicherten auf die Versicherungsanstalt über. Dieser hat die Krankenkasse in Höhe desjenigen Krankengeldes Ersatz zu leisten, welches der Versicherte von der Krankenkasse für sich beanspruchen konnte. - **48.** Die Ehefrau konnte den Einlass nicht verweigern, sondern nur auf Alimentation, Entziehung des Erziehungsdrehts und auf Scheidung klagen. - **9. 5. Nein.** - **M. 2.** Eine Frist gibt es für Ihre Aufbewahrungspflicht nicht, deshalb ist es verfehlt, wertlose Sachen einzubehalten. Sie können Ihre Forderung eintragen und dann die Sachen pfänden und verkaufen lassen. Wenn aber die Kosten den Pfandwert übersteigen, so wäre dieser Weg nicht zu empfehlen. Etwas weniger Kosten macht der auf vorher gegangene Aufforderung erfolgte Verkauf der Sachen durch einen Gerichts-Bevollmächtigten. - **M. 2. 99.** 1. Ja. 2. Nein. 3. In der Vorunternehmung sollen nur andauernde Zeugen eiblich vernommen werden. - **103. Ja.** - **S. Or.** Stand bei Ihrer Unterschrift etwas noch nicht im Betrage, so konnte der Wirt dies nicht rechtmäßig ohne Ihre Zustimmung zurechnen. Teilen Sie dem Wirt mit, was der Ihrer Unterschrift noch nicht im Betrage stand und teilen Sie ihm mit, daß Sie mit der und der Bestimmung nicht einverstanden sind. - **G. 2. 25.** Sechs bis zwölf Mark und für jeden Besuch 50 Pf. bis zwei Mark. - **P. 6. 68.** Sie können Herstellung des Spindes in ordnungsmäßigen Zustand verlangen; wird die Herstellung binnen einer von Ihnen gesetzten Frist nicht vorgenommen, so können Sie die Herstellung bewirken und die Kosten gegen den Verkäufer eintragen, beziehentlich vom Kaufgeld abziehen.

Wochen-Spielplan.

Wochen-Spielplan	Sonntag 24.	Montag 25.	Dienstag 26.	Mittwoch 27.	Donnerstag 28.	Freitag 29.	Sonntag 30.	Sonntag 1.
Berliner Theater	Berlin bei Nacht	Die deutschen Kleinfüßler	Berlin bei Nacht	Die deutschen Kleinfüßler	Berlin bei Nacht	Die deutschen Kleinfüßler	(Letzte Vorstellung) Berlin bei Nacht	-
Schiller-Theater	Die Eugenotten	Das Mädchen des Eremiten	Der Wildschütz	Der Freischütz	Die Eugenotten	Das Mädchen des Eremiten	Die beiden Schützen	Wilhelm Tell

Rohtabak. Beste Qualitäten, billige Preise, guter Brand. **Friedr. Richtigner u. Sevin, Greifswalderstr. 195.**

Rohtabak. Größte Auswahl. - Billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität. **Sämtliche (40442*) Fabrikations-Utenülien.** Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen. **Heinrich Franck, 185. Brunnenstr. 185.**

Rohtabak. N. Goldschmidt, **Oranienburgerstr. 2,** am Hagedorn Markt. Alte und neue Formen in allen Façons. (46508*)

Roh-Tabak billigste Preise (40618*) **Max Jacoby, Strelitzerstrasse Nr. 52.**

Roh-Tabak zu den allerbilligsten Preisen. **Loegut 80 Pf. Java-Einlage mit Umblatt 80 Pf. Felix 95, Domingo 95, Java-Umblatt 115, Elsassor 100, 180, 200-400 Pf. pr. Pfd. Jedes Quantum wird verkauft.** Sonntag v. 8-10 Uhr früh geöffnet. **E. Erbe, Berlin C., Auguststr. 36, Hof parterre.**

„Bliz“ **Besohlt und Reparatur-Werkstatt L. Ranges, Schönhauser Allee 52,** gegenüber dem Gierzierplatz. Schnell, gut und billig. 1538b
100 M. zahle dem, der nach weiß, daß ich je Kupfleder bearbeitete. Nur Kuppelwerk wird verwendet.

Bettfedernreinigung **elektrischer Betrieb, Gräner Weg 3, (49302*) Hauschild & Keitnitz.**

Ratnr-Heilversahren. Haut-, Horn- u. Blasenleiden. **Frauen-Krankheit,** stellt ohne Verunstaltung. (39788*) **R. Wagner, Invalidenstr. 151/1, (fr. Wallstraße 24.)** 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Licht! Leker! **Holländische Handwerk Sigareten.** **Sumatra Dek. Seedleaf Omblad.** Tegen toezending van postwissel of papiergeeld van R.-Mk. 15,- zenden Ph. de Ruiter en Zoon, Sigaretfabrikanten, Culmborg (Holland) 300 fyne Sigareten franco per post door gansch Duitschland. Kwaliteit excellent. Proefkistjes van 100 stuks **Mk. 6.00** Netto gewicht aan tabak 1/2 kilo per honderd. te betalen tol circa 5 Mark per 300 stuks. **N.B. Duidelyke opgave van dres verzoekt.** 1053b

Zähne v. 2 Mk. an. Teilzahlung. **Reparaturen in 2 Stunden.** **Plombieren, Retorten, Zahnziehen schmerzlos!** **Sprechst. 8-8, Sonntag 8-4.** **H. Lange, Ede Marktstraße.**

Fahrräder - Nähmaschinen verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte zu billigen Preisen. **Reparatur-Werkstätte, Seidmanstr. 25.** **Sämtl. Zubehör, Teilzahl. gehandelt.** **Carl Karas, Langestr. 17.** 40430*

Zähne 2 Mk. Teilzahlung. **Woch 1 Mk.** **Schmerzlos. Zahnziehen mit Lachgas.** **Blonden 1 R.** Garantie. **O. Grieser, Dreßdenerstr. 135 I.** Ede Kottbuler Thor. (1575b)

Kleine Patentgummwaren-Fabrik kann sofort von einem tüchtigen vertrauenswürdigem Arbeiter dieses Fachs „ohne Anzahlung“ übernommen werden. **Offerten an V. Roske, Charlottenburg, Berlinerstr. 158/159.**

Cigarren 1622b gut und kräftig a Stück 5 und 6 Pf. empfiehlt Freunden und Bekannten **M. Könkow, Danzigerstr. 97.** Wegen

hilft nur die altbewährte Schmeiser **Zunderhaus's Wanzentrichtungs-Öffens „Faredol“** (gefehl. gesch.). Erfolg garant. in 31. a 0,50, 1,00, 1,50, 3,00 u. 5,00 M. **Reiniger 0,50.** **Esst nur bei Paul Sanderhauf & Co., Gr. Frankfurterstr. 89,** ebenfalls über die **Schub- und Kabinen, Mittel gegen Motten, Schwaben, Flöhe, Ameisen** a 0,20 bis 1,00 M. **Zonst nirgend.**

Dr. med. B. Laskers specialärztl. Institut für chronische Haut-, Knochen- und Beinleiden. **Alexanderstr. 42.**

Damen-Rem.-Uhr, gold von 16 M. an, kräftiges Gehäuse, reich emall. Doppelkapsel, sehr empfehlensw. 403M. **Ring, echt Gold, ges. gest., mit echten Opalen, Perlen, Türkisen u. Farbstainen, 1,50, 2, 3, 4, 9-20 M.** **Armbänder, echt Gold, ges. gest., m. gleich Stein, 9, 12, 15-30 M.** etc. **Broches, echt Gold, ges. gest., m. gleich Stein, 5, 7, 9, 10-22 M.** etc. **Ohringe, ges. gest., mit gleichen Steinen, 2, 3, 4, 5-18 M.** etc. **Lange Damenketten in Gold,** von 25 M. an, in 13/4, kar Gold-Plated 10-15 M. in Gold-Double 3-8 M.

Damen-Rem.-Uhr, gold von 16 M. an, kräftiges Gehäuse, reich emall. Doppelkapsel, sehr empfehlensw. 403M. **Silb. Herren-Rem.-Uhr v. 9 M.** an. E. Anero, sehr gutes Werk, 18 M. **Reelle 3 Jahr. schriftliche Garantie für guten Gang auf sämtliche Uhren.**

empfehlensw. 403M. Diesels einf. 25 M. Silb. Herren-Rem.-Uhr v. 9 M. an. E. Anero, sehr gutes Werk, 18 M. **Reelle 3 Jahr. schriftliche Garantie für guten Gang auf sämtliche Uhren.**

Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie., Königstrasse 46. Anerkannt billigste Bezugsquelle für Juwelen, Goldene Ringe, Ketten, Taschenuhren, Stand- u. Wanduhren, Silberne und Alfenide-Schmuck- u. Tafelgeräte, Gelegenheits-Geschenke, sowie sämtl. in die Gold-, Silber- und Uhren-Branche fallenden Artikel. **Alt Gold und Silber** wird zu Kurspreisen in Zahlung genommen. **Fabrik mit elektrischem Kraftbetrieb.** Ein gros. Export-Versand nach allen Ländern. - Für den Einzelverkauf sind die Eingänge A und B reserviert. **Sonntag von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.**

Dr. med. B. Laskers specialärztl. Institut für chronische Haut-, Knochen- und Beinleiden. **Alexanderstr. 42.**

Litterarische Rundschau.

Neumann, Dr. S.: Die unehelichen Kinder in Berlin. — Jena, Gustav Fischer, 1900. — 78 S. — Preis 2 M.

Lindner, Dr. Friedrich: Die unehelichen Geburten als Socialphänomen. Ein Beitrag zur Statistik der Bevölkerungsbewegung im Königreiche Bayern. — Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, 1900. — 238 S. 2 Karten. — Preis 4,80 M. (Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns, herausgeg. von Georg Schanz, VII.)

Die vorliegenden beiden Werke ergänzen einander in gewisser Hinsicht, da das eine die Verhältnisse in der industriellen Großstadt des protestantischen Norddeutschlands, das andre diejenigen des überwiegend agrarischen und katholischen süddeutschen Staats schildert. Aber auch noch in anderer Beziehung bildet das eine Buch gewissermaßen das Gegenstück zum andern. Neumann macht vorzugsweise die Schicksale der Kinder selbst zum Gegenstand einer socialhygienischen Studie, und zieht die Ursachen der unehelichen Geburten eigentlich nur insoweit in den Kreis seiner Betrachtungen, als aus den Schicksalen der Kinder Schlüsse möglich sind. Lindner dagegen sucht vorwiegend die Ursachen der unehelichen Geburten in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes zu ergründen.

Dr. Neumann ist schon durch ähnliche frühere Arbeiten auch außerhalb des Kreises seiner ärztlichen Fachgenossen bekannt geworden. Die vorliegende Schrift beschäftigt sich mit den Lebensverhältnissen der im Jahre 1896 in Berlin unehelich geborenen Kinder. In einer kurzen Einleitung wird zunächst darauf hingewiesen, daß es in Deutschland keineswegs von jeher herrschende Sitte war, den Geschlechtsverkehr, auch wenn er ein „eindelicher“ sein sollte, mit Formen zu umkleiden, die der heutigen Ehe oder gar der kirchlichen entsprechen. Selbst als schon die kirchliche Trauung geschaffen war, scheint sie „anfangs zur Eingebung der Ehe unweiblich, lange Zeit wenigstens erst nach vollzogenem Beilager hinzutreten zu sein.“ (Grimm.) Erst die deutsche Gesetzgebung des achtzehnten Jahrhunderts machte die kirchliche Trauung zur bedingenden Form der Ehe. 1876 wurde dann durch Reichsgesetz die Ehe-scheidung zu einer civilrechtlichen Handlung, die „Civilische“ allgemein eingeführt.

Tandem aber hat sich die im Mittelalter allgemein verbreitete Sitte, daß die, welche eine Ehe einzugehen beabsichtigten, schon vorher Geschlechtsverkehr pflegten, noch sehr vielfach in Deutschland erhalten. Das wird unter andrem für weite Kreise der evangelischen Landbevölkerung durch eine Umfrage der Allgemeinen Konferenz der deutschen Ethikvereine festgestellt, hat sich aber auch hinsichtlich nachweisen lassen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Zahl der ehelichen Kinder, welche nach der Zeit der Geburt als vorzeitig erzeugt angenommen werden mußten, in der That eine erhebliche ist. In Berlin ergaben im Jahre 1894/1895 angestellte Erhebungen, die allerdings nur auf ein Ständesamt beschränkt waren, daß die in den ersten 7 Monaten nach der Ehescheidung stattfindenden Erstgeburten 45 Proz., bez. 2/3 aller Erstgeburten ausmachten.

Neumann geht dann auf sein eigentliches Thema über. Von 7229 im Jahre 1896 in Berlin lebend geborenen unehelichen Kindern wurden in diesem Jahre in Berlin überhaupt 50 094 Kinder, davon waren unehelich 7079 = 13,33 Proz. (Ref.) wurden 2228 gleich 30,9 Proz. in den öffentlichen Entbindungsanstalten der Charité, bezw. der Universitätsklinik geboren. Von den in Anstalten Entbundenen hatten 95,8 Proz. als letzten Aufenthaltsort Berlin oder einen seiner Vororte gehabt, 2,5 Proz. kamen aus der Mark Brandenburg, 1,7 Proz. sonst von außerhalb. In dieser Beziehung ist ferner bemerkenswert, daß 180 Schwangere aus dem holländischen Obdach zur Entbindung nach der Anstalt gebracht werden mußten, und daß 13 Mädchen im Obdach selbst niederlamen. Von der ersten Gruppe stammten aus Berlin 84, von außerhalb 70.

433 Kinder (6 Proz.) wurden in Privat-Entbindungsanstalten geboren, 63 Proz. aller unehelichen Mütter, also fast 2/3, wurden dagegen in Privatwohnungen entbunden, also meist bei den übrigen. In dieser letzteren Gruppe überwogen die schlechter als „Arbeiterinnen“ bezeichneten (30,2 Proz.), sowie die der Berufsgruppe „Bekleidung und Reinigung“ angehörenden Mädchen (27,9). Die Gruppe „persönliche Dienstleistung“ (Dienstmädchen usw.) stellte zu den privatim Entbundenen 20,7 Proz., dagegen zu den in öffentlichen Anstalten Entbundenen 58,9 Proz.

Legitimiert durch nachfolgende Ehe, also ehelich wurden von den Kindern des Jahrgangs 1896 im ersten Geburtsjahre 700; davon entfiel der größte Teil auf die in Privatwohnungen geborenen und unter diesen wieder auf die Gruppen: „Arbeiterinnen“ und „Bekleidung und Reinigung“. Wie Neumann hervorhebt, wird auch eine Anzahl der am Ende des ersten Lebensjahres verbleibenden Kinder noch später legitimiert, so daß nach Boeckh im Vergleich mit den gleichzeitig in Berlin lebenden bis zum vollendeten fünften Lebensjahre fast zwei Fünftel der unehelichen Kinder legitimiert werden.

Diese Thatsache, zusammen mit der oben erwähnten, daß auch eine erhebliche Anzahl der ehelich geborenen Kinder außerehelich erzeugt sind, veranlassen Neumann zu dem Ausspruch, „daß die außereheliche Erzeugung von Kindern für die eheliche Fortpflanzung — so widersinnig dies zunächst auch erscheinen mag — in Berlin von Wichtigkeit ist.“

Über den Stand der außerehelichen Väter hat Neumann, da die offizielle Statistik hier in Stich läßt, in seiner Poliklinik private Erhebungen angestellt. Dieselben ergaben, daß auch die Väter in der Mehrzahl dem 4. Stande, d. h. der dienenden und abhängigen arbeitenden Bevölkerung angehörten. Mehrere Erhebungen ergaben, daß von 325 unehelichen Müttern nur 125 von den Vätern unterstützt wurden; in 81 Fällen war der Vater dazu unvernünftig, in 119 wurde die Unterstützung geradezu verweigert.

Der folgende Abschnitt ist einer eingehenden Untersuchung über die Pflegeverhältnisse der unehelichen Berliner Kinder im ersten Lebensjahre gewidmet. Eine Anzahl bleibt dauernd in unentgeltlicher Pflege, und zwar, nach einer privaten Statistik, dann meist bei der Mutter, bezw. mit der Mutter zusammen. Auch von den dauernd unentgeltlich Versorgten entfiel der bei weitem größte Teil auf die in Privatwohnungen geborenen Kinder; von letzteren blieben 82,8 Proz. (3800) dauernd in unentgeltlicher Pflege, und diese wieder einen besonders hohen Prozentsatz — 10,9 Proz. — von Legitimationen im ersten Lebensjahre auf. Die Verhältnisse in den Berufsgruppen „Arbeiterinnen“ und „Bekleidung und Reinigung“ sind auch hierbei wieder die günstigsten.

Etwa 1/4 aller unehelichen kommt in entgeltliche Pflege, bez. fällt der Fürsorge der Waisenverwaltung anheim. Die sogenannten „Haltefrauen“, welche die Pflege von noch nicht 4 Jahre alten Kindern gegen Entgelt übernehmen, bedürfen einer polizeilichen Konzession und werden fortwährend überwacht. Bei ihnen waren von den unehelichen Kindern des Jahrgangs 1896 während des ersten Lebensjahrs 1491 — 1/3 — in Pflege. Beteiligt waren daran 1768 Haltefrauen mit 2144 Pflegen.

Mit seltenen Ausnahmen zwingt mir die Unmöglichkeit, eine andre Art der Versorgung durchzuführen, zur Wahl der entgeltlichen Pflege — „Haltepflege“ —, da ihre Kosten zu dem Ein-

kommen der Mutter, die sie gewöhnlich allein befreitet, in schreiendem Mißverhältnis zu stehen pflegen.“ Dabei würde eine genauere Berechnung in sehr vielen Fällen noch ergeben, daß die Haltemütter einen Teil der Kosten unentgeltlich selbst trägt, insofern der Wert der Naturalien und besonders der aufgewendeten Zeit und Mühe nicht entsprechend eingeschätzt wird.

Der Austritt aus der Haltepflege erfolgte durch Uebergang in unentgeltliche Pflege 497mal, in Waisenpflege 58mal, durch Tod 408mal. 540 Kinder verblieben am Ende des ersten Lebensjahres in Haltepflege.

Daß von den „Haltekindern“ des Jahrgangs 1896 nur 58 direkt und nur 14 weitere nach kurzer unentgeltlicher Pflege in die städtische Waisenpflege übergingen, ist überraschend. „Dem für einen großen Teil der Haltekindestern müssen wir einen Notstand insofern annehmen, als die Pflege nicht genügend entlohnt werden kann. Aber die herrschende Gepflogenheit erleichtert — vielleicht vom moralischen Standpunkt aus mit Recht (?) — nicht eben die Uebernahme in die Waisenpflege.“

Insgesamt kamen in Waisenpflege von den in öffentlichen Anstalten Geborenen 270 (12,1 Proz.), von den in Privat-Entbindungsanstalten Geborenen 11 (2,8 Proz.), von den privatim Geborenen 99 (2,1 Proz.). Private Aufzeichnungen Neumanns ergeben, daß mit wenigen Ausnahmen es „die dringendste Not der Kinder war, welche zur Waisenpflege die Veranlassung gab.“

Bei der Aufnahme in die Waisenpflege kommen alle Kinder zunächst in das Depot der Waisenverwaltung. Von hieraus werden sie, falls sie krank sind, in das Krankenhaus gebracht oder bleiben auch zunächst im Depot. Die gesunden Säuglinge werden hier oder auswärts in Kostpflege gegeben. Von 300 unehelichen Säuglingen des Jahrgangs 1896, über die Genaueres ermittelt werden konnte, blieben im Depot bez. wurden ins Krankenhaus überführt 77 (25,3 Proz.), kamen in Kostpflege 223 (74,7 Proz.). Von den ersteren starben 70 = 30,9 Proz., und insgesamt starben von den 300 Waisenkindern im ersten Lebensjahre 100 = 33,3 Proz.

163 uneheliche Kinder fanden als Neugeborene mit ihren Müttern Aufnahme im städtischen Familienobdach. Von diesen gingen 11 in Waisenpflege über (auch ein sprechender Beweis für die oben erwähnte „herrschende Gepflogenheit“). Ref.) Von diesen 163 Kindern starben im ersten Lebensjahre 71.

Den Sterblichkeitsverhältnissen der unehelichen Kinder im 1. Lebensjahre widmet Neumann noch eine besondere, eingehende Besprechung. Es ergab sich, daß von 1000 unehelichen Kindern überhaupt 634,4 am Ende des ersten Jahres noch am Leben waren, von 1000 in öffentlichen Anstalten geborenen 629, von 1000 in Privatentbindungsanstalten geborenen 687,1, von 1000 in Privatwohnungen geborenen 687,2. Auch hier steht also die letzte Gruppe am günstigsten da.

Die Betrachtung der Sterblichkeitsverhältnisse in der Haltepflege leitet Neumann damit ein, daß er die Frage aufwirft: „Liegt es in Berlin Engelmacherei?“ Er erwähnt einen Fall, in welchem bei einer Haltefrau in der Zeit vom 1. April 1895 bis 20. März 1896 33 Säuglinge starben. Die Frau betrieb ihr Gewerbe in dem hierdurch schon gekennzeichneten Umfang ohne polizeiliche Konzession. Trotz dieser ungeheuren Sterblichkeit hält Neumann es nicht für angängig, allein damit den Vorwurf der Engelmacherei zu begründen. Denn eine ganze Reihe von Momenten wirkt zusammen, um das Leben des unehelichen Säuglings und insbesondere des Haltekindestern in ungewöhnlichem Maße zu gefährden. Zunächst fordert die Euphorie und die angegebene Lebensgröße bei den unehelichen Kindern größere Opfer, als bei den ehelichen. Dann leidet die Pflege der unehelichen Kinder besonders unter der künstlichen Ernährung, die immer schwieriger und für das Kind gefährlicher ist als die „natürliche“ Ernährung an der Mutterbrust. Endlich bieten sich besondere Schwierigkeiten stets bei einer gehäuftem beziehungsweise anfallsweisen Versorgung von künstlich genährten Säuglingen dar und diese können mit die Schuld an der ungeheuren Sterblichkeitszahl in dem oben erwähnten Fall tragen. Dem 3. W. auch in der „Heimstätte in Berlin“, einem Wohlthätigkeitsinstitut, welches „zum erstenmal gefallene Mädchen und deren Kinder aufnimmt und längere Zeit versorgt, starben im Jahre 1896 von 60 Kindern 28, und von den verbleibenden starben nach Austritt aus der Anstalt noch 6 im ersten Lebensjahre. Nach diesen und ähnlichen, zum Teil noch schmerzlicheren Erfahrungen ist die häusliche und nicht gehäufte Pflege von Säuglingen als die einzig zweckmäßige Art des Aufziehens zu betrachten.“

Von 1491 unehelichen Kindern des Jahrgangs 1896, welche dauernd oder zeitweise in Haltepflege waren, starben während des ersten Lebensjahres 469. Um festzustellen, wie weit diese hohe Sterblichkeit durch entsprechende Entlohnung und gute Ueberwachung vermindert werden kann, zieht Neumann zum Vergleich eine Statistik des „Kinderhauß-Vereins“ heran, eines Wohlthätigkeitsvereins, der die Gesundheit unehelicher Kinder in der Weise zu fördern sucht, daß er das Pflegegeld, welches die Mütter aufbringen, durch Zuschüsse auf eine angemessene Höhe bringt und dann für die Kinder geeignete Haltefrauen aussucht, die sorgfältig überwacht werden. Es ergab sich bei der Vergleichung, daß namentlich in der 3. bis 8. Lebenswoche die Sterblichkeitsverhältnisse beim Kinderhaußverein wesentlich günstiger waren, während später ein Unterschied immer noch vorhanden, aber nicht mehr so deutlich war.

Die ungünstigen Sterblichkeitsverhältnisse der städtischen Waisenpflege haben wir schon erwähnt. Dies liegt zum Teil daran, daß dieselben bereits im schwersten Zustande eingeliefert werden, und daher gar nicht mehr in Kostpflege übergeführt werden können, sondern im Depot oder im Krankenhaus sterben. Für das Depot wie für das Krankenhaus bestehen dann weiter die oben erwähnten Gefahren, welche aus der gehäuftem Versorgung erwachsen. Mit diesen Gründen hatte auch die Krankenhaus-Behandlung der unter Fürsorge der Waisenverwaltung stehenden unehelichen Säuglinge so überaus traurige Ergebnisse: von 97 Pflegen — jeder Krankenhausaufenthalt ist besonders geätzt, auch wenn derselbe Säugling mehrfach im Beobachtungsjahr Aufnahme finden mußte — hatten 82 tödlichen Ausgang, und zwar 39 innerhalb der ersten Woche.

Neumann stellt schließlich noch fest, daß die auswärtige Kostpflege der Waisenkindestern für das Säuglingsalter gegenüber der hiesigen keine Vorteile bietet, sondern daß im Gegenteile der Pflegeerfolg jener ein ungünstigerer ist.

Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder in unentgeltlicher Pflege ist im allgemeinen etwas geringer als die Sterblichkeit der unehelichen Kinder in Kostpflege, und der Vergleich mit den Haltekindern fällt noch etwas mehr zu Gunsten der privatim versorgten aus. Nur für den zweiten Lebensmonat stimmt die Sterblichkeit der privatim versorgten mit der der gesamten unehelichen und der Haltekindestern fast überein. Die Sterblichkeit der unentgeltlich versorgten steigt, wie Neumann annimmt, in diesem Monat dadurch, daß zahlreiche Mädchen, die in Anstalten entbunden haben und ihr Kind in Kostpflege geben

wollen oder wenigstens müssen, letzteres bis zu diesem Zeitpunkt nicht annehmen können, weil sie noch erwerbsunfähig sind und deshalb das Pflegegeld nicht aufbringen können. Die Kinder verbleiben daher unter den ungünstigsten Verhältnissen in mütterlicher Pflege und gehen deshalb vielfach zu Grunde. (Für die Abänderung der Waisenwesen-Untersuchungs-Vorschriften im Krankenlassen-Gesetz von Bedeutung! Ref.)

In einem Schlußabschnitt kritisiert Neumann die Fürsorge, welche Staats- und Gemeindebehörden den unehelichen Kindern widmen:

„Es belämmern sich Gericht, Polizei, Armenverwaltung um diese Kinder — aber unvollständig und ohne einheitliches Vorgehen und darum — so scharf es auch klingen mag — zum Teil überhaupt ohne Erfolg, zum Teil in unzureichender Weise, zum Teil zu spät.“

Rechtzeitig muß die Armenbehörde eingreifen, und freiwillig, d. h. sie soll nicht auf das förmliche Ersuchen warten, sondern dort helfen, wo ihr eine Notlage bekannt wird. Die Armenbehörde sollte sich die unehelichen Geburten unmittelbar melden lassen, und sofort feststellen, ob die nötigen Existenzmittel vorhanden sind, um sie im Notfall bereits zu gewahren. Die Ueberwachung der Haltekindestern in gemeinsamer Arbeit der Armenbehörde und Polizei ausgeführt werden, d. h. es müßten Einrichtungen getroffen werden, wie sie in Leipzig bereits bestehen. Durch diese und ähnliche Maßnahmen würde, wenn auch vielleicht nur in einem begrenzten Maße, die Sterblichkeit der unehelichen Kinder verringert werden können, die gegenwärtig 2,1 bis 2,3 mal so hoch ist, als die Sterblichkeit der ehelichen. 1

Die Verichterstattung über das hochinteressante Werk Neumanns, dessen eingehendes Studium nur dringend empfohlen werden kann, hat einen breiteren Raum in Anspruch genommen, als sonst an dieser Stelle bewilligt werden kann. Bei der Besprechung des Lindnerschen Buchs können wir uns deshalb kürzer fassen, weil über die mit ungeheurem Fleiß angestellten Einzeluntersuchungen über die verschiedenen bairischen Landesteile hier nicht ausführlich referiert werden kann, sondern wir uns darauf beschränken müssen, die allgemeinen Ergebnisse von Lindners Untersuchungen wiederzugeben.

Bayern hat von allen deutschen Bundesstaaten den höchsten Prozentsatz von unehelichen Kindern (1887—91 14,01 Proz. gegenüber 9,23 Proz. in Deutschland). Es marschierte in dieser Beziehung ursprünglich auch an der Spitze der europäischen Staaten und wird gegenwärtig nur von Dänemark übertroffen (14,07 Proz.). Die verschiedenen Landesteile sind dabei in verschiedenem Umfang und aus zu verschiedenen Zeiten nicht immer gleichmäßig beteiligt. Die Ursachen der unehelichen Geburten sucht L. zunächst in der bairischen Ehegesetzgebung und Gewerbe-politik. Bis 1868 bestand im rechtsrheinischen Bayern, insbesondere für Pohnarbeiter, gesetzliche Erschwerungen der Niederlassung und der Verehelichung, Bestimmungen, die getroffen waren, um die Gemeinden vor einem allzu starken Steigen der Armenlasten zu schützen. Diese Bestimmungen hatten hauptsächlich die Folge, daß die Zahl unehelicher Geburten eine geradezu ungeheure Höhe erreichte. Der Einfluß der Gesetzgebung wird durch den Abfall der unehelichen Geburtenzahl nach 1868, sowie dadurch bewiesen, daß die Pfalz, in welcher solche Beschränkungen nicht galten, niemals auch nur annähernd so hohe Ziffern erreichte.

Die Untersuchungen L. über den Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Lage, und der Konfessionszugehörigkeit haben ein greifbares und unanfechtbares Ergebnis nicht geliefert, was zum Teil daran liegt, daß das Urmaterial für solche Untersuchungen bisher fehlt.

Die rechtliche Stellung des Kindes, d. h. die Frage, ob das Kind auf Alimentierung durch den unehelichen Vater Anspruch hat oder nicht, soll nach Ansicht vieler auf die Häufigkeit der unehelichen Geburten von Einfluß sein. Lindner kommt zu dem Ergebnis, daß dieser Einfluß zum mindesten weit überschätzt wird.

Eine eingehende Vergleichung von Stadt und Land führt L. zu dem Ergebnis, daß die Behauptung einer verhältnismäßig stärkeren Beteiligung der städtischen Bevölkerung im Gegensatz zur ländlichen an der außerehelichen Zeugung falsch ist.

Dem Einfluß der Berufs-, Besitz- und Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung auf die Häufigkeit der unehelichen Geburten mit besonderer Berücksichtigung der agrarischen Zustände und der Uebertragungsformen landwirtschaftlicher Güter ist ein besonders umfangreicher Abschnitt gewidmet. Verfasser schildert dabei eingehend die wirtschaftliche Struktur der einzelnen Bezirke Bayerns, und setzt sie in Vergleich mit der Zahl der unehelichen Geburten. Das Hauptergebnis dieser Untersuchungen ist das, daß die Kreise mit den höchsten (Land West-) großen und der kleinsten Besitzzahl die höchsten, die mit den niedrigsten Besitzgrößen und der höchsten Besitzzahl die niedrigsten unehelichkeitsziffern aufweisen. Die Beziehung zwischen Besitzgröße und Zahl der unehelichen Kinder ist nach L. Ansicht wohl keine unmittelbare, sondern beruht vielmehr auf Art der Guts-Vertragung, d. h. darauf, ob „Anerkennung“ besteht, also nur eines der Kinder das Gut erbt, oder eine Erbteilung auch des Landbesitzes stattfindet. Wo „Anerkennung“ herrscht, da wird so den nachgeborenen Kindern die Gewinnung einer Existenz und damit die Möglichkeit der „Ehescheidung“ erschwert, und dieselben geradezu auf den außerehelichen Geschlechtsverkehr hingedreht. Wo dies Recht herrscht, da besteht ferner bei den Vätern die Meinung, die eheliche Nachkommenschaft zu beschränken; da wird vielfach die Nebenmutter des Vaters sein Nebenweib, mit welcher er Vorkinder erzeugt. So wird wohl ein besitzender Bauernstand erhalten, aber die Zahl der unehelichen Kinder nicht gemindert.“

Der Industrie im Großbetrieb schreibt Lindner ebenfalls einen „unverkäuflichen“ Einfluß auf die uneheliche Geburtenhäufigkeit zu.

Der Abschnitt: „Das Schicksal der unehelich Geborenen“ kam deshalb hier übergangen werden, weil darin überwiegend nur Auszüge aus andern Arbeiten, z. B. aus älteren Veröffentlichungen Neumanns nicht eigne Untersuchungen Lindners wiedergegeben werden.

Die im Schlußkapitel niedergelegten „Ratschläge“ beziehen sich zunächst auf die „Diagnose“ (Erkennung) des Uebels, d. h. es sind Vorschläge, die eine bessere statistische Ergründung aller mit den unehelichen Geburten in Zusammenhang stehenden Fragen ermöglichen sollen. Für die Therapie (die Behandlung) empfiehlt L. möglichst ausgedehnte Erleichterung der Ehescheidung, Förderung der Sitte der Reueleistung, soweit dadurch nicht andre Interessen des Staats, so die Erhaltung eines kräftigen... Bauernstands... gefährdet werden.“ Im übrigen hält er eine besondere staatliche Fürsorge für die unehelichen Kinder für notwendig, ohne bestimmte Vorschläge zu machen.

Das Werk Lindners, welches er in der Vorrede als seine Erstlingschrift bezeichnet, zeugt ebensowohl von uuermüdetem Fleiß und emsiger Arbeit, wie von kritischem Urteil und Vorsicht in der Bewertung der gewonnenen Ergebnisse. C. F.

*) Der Satz ist auch im Original gesperrt gedruckt.

Strand-Anzüge

schwarz, dunkelblau oder crème gestreift, elegante Touristen-Anzüge 20 M., bessere 30 u. 35 M. Havelocks aus porös wasserdichtem Lodenstoff 8, 10, 50, 12, 15, 18, 22, 50-36 M. Lüste-Jackets, Sommer-Joppen, Sommer-Hosen, Knaben-Waschanzüge von 2 M. an. Weisse und farbige Pique-Westen von 2,50 M. an. 49229*

Wasserdichte Gummi-Paletots, Radfahrer-Anzüge von 12 M. an.

Zurückgesetzt: Herren-Anzüge, vorjährige Muster, bisheriger Preis bis 35 M., jetzt 20 M.

Jünglings-Anzüge 10 M. Knaben-Anzüge 3,50 M.

Carl Stier, 166 Oranienstrasse 166.

Der Grösste Hut-Bazar 61.

am Plage nur Potsdamerstr. 61

empfehlend nach beendeten Erweiterungsbau sein enormes Lager in
Stroh-, Filz- und Seidenhüten.
Prima Qualitäten, neueste Façon, Elegante Ausstattung.

61. Jeder Filzhut 3 Mark. 61.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

MAGGI zum Würzen giebt mit wenigen Tropfen — nach dem Anrichten beigefügt — augenblicklich jeder schwachen Suppe, verlängerten Fleischbrühe, Saucen und Gemüsen einen **überraschenden Wohlgeschmack.** Schon in Probefläschchen für nur 25 Pf. zu haben bei **Max Fahr, N. Rügener Strasse 7, Ecke Putzuser Strasse.** Zum Mitnehmen in die Sommerfrische besonders geeignet.

In der heutigen Zeit, wo fast Alle mit Recht das Ziel erstreben, sich **gesund durchzuleben,** kann deren Devise nur lauten: **Bild sein.**



Oswald Nier's reine ungyptische Traubenweine aus Weintauben
f. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäuser, bew. höh. Rabatt!
Zeit 1876: 70 eig. Centralgeschäfte/44 in Berlin, 261 d. Provinzen
nebst Weinstuben u. 1200 Filialen in Deutschland.
Ausführ. illustr. Preiscurant grat. u. frs.

Noch nie dagewesen! Um das gesunde Trinken meiner sämtlichen Weine in allen Kreisen des geehrten Publikums um mehr schnell einzuführen, gebe ich **Eine Reklamekiste** enth. 12 Orig.-Flasch. Nectarwein gen. „Göttertrank“ sowie 30 Proben meiner 30 and. Weinsorten nebst versch. Uebersetzungen **Mark 15** alles inbegr. franco jeder deutsch. Bahnstation. geg. Nachn. od. Vorber. und d. Beizug. Jede Flasche Nectarwein kostet sonst in meinen eig. Weinstuben u. bei Wiederverkäufern Mk. 2 exel. Glas, Verpack., Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur franco direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt. Bitte versuchen Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne No. 43 Stunden dabei verliehen u. mein Kunde bleiben.
OSWALD NIER, Hauptgesch. Berlin N., Lindenstr. 130

Wir trinken **Oswald Nier's** reine ungyptische Traubenweine aus Weintauben
f. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäuser, bew. höh. Rabatt!
Zeit 1876: 70 eig. Centralgeschäfte/44 in Berlin, 261 d. Provinzen
nebst Weinstuben u. 1200 Filialen in Deutschland.
Ausführ. illustr. Preiscurant grat. u. frs.

Kinderrwagen- u. Schlafmöbel-Bazar „Baby“
I. Invalidenstr. 160, an d. Brunnenstr.
II. Gr. Frankfurterstr. 15, E. Andreasstr.
III. Oranienstr. 31, Ecke Adalbertstr.
IV. Chausseestr. 8, Ecke Schlegelstr.
V. Friedrichstr. 15, an der Besselstr.
von 8,00-150,00

Neu von 6,50 an

Arbeitsstuhl v. 35,00 an

VI. Reinkenderferstr. 24, am Weddingplatz.
VII. Spinnstr. 22, Humboldthaus.
VIII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
IX. Spandau, Potsdamerstr. 20.
Teilzahlung gestattet, bei grossen Raten Kassapreise.
Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.



Neu von 6,50 an

Arbeitsstuhl v. 35,00 an

Teilzahlung gestattet

Betten von 5,00 an

VI. Reinkenderferstr. 24, am Weddingplatz.
VII. Spinnstr. 22, Humboldthaus.
VIII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
IX. Spandau, Potsdamerstr. 20.
Teilzahlung gestattet, bei grossen Raten Kassapreise.
Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“.
38 Salonchraubendampfer und 1 elektrisches Boot.
Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen, Gesellschaften, Lehranstalten etc. zu Sommer-Ausflügen **Sonntags** wie **Wochentags** nach allen Plätzen der Obersee, Dahme, Untersee und Havel sowie sämtlich mit **Sonnenzelt** versehenen eleganten Salon-Dampfer zu 100-300 Personen, ferner unter neuen für ca. 400 Personen eingerichteten mit elektrischer Beleuchtung und Scheinwerfern ausgestatteten Dampfer unter den billigsten Bedingungen als angenehmes Transportmittel. **bedeutend billiger als Eisenbahn und Kreuzer.** 46514*

Austräge nehmen entgegen und erteilen Auskunft unsere Bureaus:
Berlin 50., Potsdam, Brückenstr. 13, I. Lange Brücke, Bachgebäude a. d. Dampferstation.
Fernsp. Amt VII Nr. 1025. Fernsprecher Nr. 124.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager billige Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz, Reichendergerstr. 5.** Auch Teilzahlung!

Wurms Magendoktor

Ansichts-Postkarte beim Einkauf von Wurms konz. Kräuterliqueur Magendoktor erhältlich.



Apotheker A. Wurms' MAGENDOCTOR ist das Beste für den Magen.
Dr. S. Oberstabsarzt I. Kl. a. D., konstatiert: Um den vielen Schädlichkeiten der heissen Jahreszeit vorzubeugen, genügt es, dem Trinkwasser ein kleines Quantum **Wurms Magendoktor** zuzusetzen. Vor kalten Getränken und nach frischen Gemüsen, Gurkensalat, Obst u. dgl. ist ein „Wurm“ sehr zu empfehlen.
Flaschenverkauf in den Restaurationen und konz. Ladengeschäften.
Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläschen!

Dr. S. Oberstabsarzt I. Kl. a. D., konstatiert: Um den vielen Schädlichkeiten der heissen Jahreszeit vorzubeugen, genügt es, dem Trinkwasser ein kleines Quantum **Wurms Magendoktor** zuzusetzen. Vor kalten Getränken und nach frischen Gemüsen, Gurkensalat, Obst u. dgl. ist ein „Wurm“ sehr zu empfehlen.
Flaschenverkauf in den Restaurationen und konz. Ladengeschäften.
Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläschen!



J. Baer, BERLIN N. 40003*
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
Fernsprecher Amt III 2443,
empfehlend wie bekannt, in reichster Ausführung und strengsten Preisen:
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Grosses Stofflager zur Anfertigung nach Mass.
Elegante Paletots und Mäntel. Elegante Gesellschafts-Anzüge.



Kinderrwagen, Kinderbettstellen, Puppen, Kratzen, Feder- u. Sportwagen u. verstellb. Stühle. Beste Fabrikat, billige Preise. Eine Wagenladung Kinderwagen zu billigen Preisen eingetroffen. Schärferichtung „Deel“ vermind. d. Veranlassungen des Kindes. Preis 3,50. Versand nach ausserhalb ab Fabrik. Auftr. gratis. Teilzahlung nur in Berlin und Vororten gestattet. Woche 1 M. 40014*
F. Bergmann & Sohn, Geschäft Berlin, Amt VII, No. 7228.

Paul Voigts Handels-Akademie.
Neue Grünstrasse No. 25, L. Ecke Wallstrasse, 2 Minuten vom Spittelmarkt entfernt.
Vierteljährliche Tageskurse: in getrennten Kursen für Damen und Herren. Beginn 3. Juli. Honorar 15 M. monatlich pränumerando zahlbar. Lehrfächer: Einfache u. doppelte Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Korrespondenz, Wechsel- und Handelsrecht, Schreiben, Stenographie, allgemeines kaufmännisches Wissen, Formularekunde, Schreibmaschine 5 M. extra.
Vierteljährliche Abendkurse: in getrennten Kursen für Damen und Herren. Beginn 3. Juli. Honorar 10 M. monatlich pränumerando zahlbar. Lehrfächer: doppelte Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Wechsel- und Handelsrecht, Korrespondenz. 22/7
Brieflicher Unterricht: Einfache Buchführung 5 M., doppelte Buchführung 7,50 M. inkl. Contohefte zur Bearbeitung. Prospekte gratis. Erste Referenzen stehen zur Verfügung.

Radeberger Exportbier-Brauerei, Akt.-Ges. in Radeberg.

Wir liefern nach wie vor ohne Preisauflschlag unser rühmlichst bekanntes **Radeberger Pilsener.**
Gefällige Bestellungen erbitten an unsre **Berliner Niederlage** Tel.: Amt II, 1616. **Alt-Moabit 60.** [24/9*]

48482*
Berlins grösstes Specialhaus
Teppiche
Salongröße a 5, 8, 10-500 M.
Steis- Gelegenheitsstücke in Teppich-, Gardinen, Portieren, Möbelstoffen, Tischdecken etc. ca. 450 Abbildungen, gratis und franco.
Emil Lefèvre, Berlin S. Oranienstr. 158.
Teppich-Specialhaus



Schönheit der Zähne ist eine Zierde.
!! Achtung !!
Keine Reisende. Auszweiden.
!! Erst bei Abholung vorzeigen !!
Gültig 4 Wt. für denjenigen, der sich in meinem bezirksamtierten und wohlbekanntem Zahnatelier **künstliche Zähne** anfertigen lässt. 40529*
Künstliche Zähne von 3 Wt. Plomben von 2 Wt. an in tadelloser Ausführung.
Keine Extraberechnung. Kautenzahlung gestattet, wöchentl. 1 Wt.
Max Guekel, Zahnkünstler, Laufiger Platz 2.
Teilzahlung gestattet.



Kinderrwagen-Gauß August Götz, Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr. Kistenauswahl in Kinder-, Puppen-, Sport-, Kratzen- und Federwagen, Kinderbettstellen, Kinder-Poly-möbel und Klappstühle. [38163*]



Lexikon Brockhaus Meyer
Brehms Tierleben Ohne Anzahlung monatlich 3 Mk Postkarte erhalten
W. Krauß, Berlin, Spandauerstr. 2.

Otto Reichel, Berlin 50., Eisenbahnstr. 4, vis-à-vis Marktstr. Tel. IV. 3150.
Nirgendwo weiter! Hier frei Haus durch meine Gespanne. Nach ausserhalb durch die Post. Es gibt richtungsl. leise Nachahmungen.
Chronische Leiden jeder Art ohne Berufshörung. Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r. 9-3, 5-9, Sonntags 9-7. **Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.**

Fahrräder. Steis großes Lager erhaltlicher Fabrikate auf Teilzahlung ohne Preisermäßigung zu den constanten Fabrikpreisen. Katalog gratis. Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau, Lothringerstr. 48 I. Nicht am Reichthaler Thor.



Grösstes Lager aller Arten Uhren und Goldwaren, sowie **Schmuck** u. **Facharbeiten** in Silber u. Platin von den einfachsten bis zu den elegantesten. Regulatoren und Freischwinger mit Schlagwerk von 14 M. an. Remontoluhren von 5 M. an. Goldene Ringe von 1,25 M. an.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112, 6 Minuten v. Bahnh. Gesundbrunnen.